Dienstag, 11. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 213 - 37.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausländerpolitik: Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann (CDU) ist nach wie vor nicht bereit, die vom hessischen Innenminister Winterstein (SPD) verfügten Lockerungen beim Nachzug von Angehörigen ausländischer Arbeitnehmer in die Praxis umzusetzen. Nach einem Treffen mit Winterstein sagte Wallmann, er bleibe dabei, daß der Ausländer-Erlaß rechtswidrig sei. (S. 6)

Europa: Bonn erwartet von dem Treffen der EG-Außenminister heute in Dublin, daß der zum 1. Januar 1986 vorgesehene Beitritt Spaniens und Portugals sichergestellt wird. Man hoffe, daß die ernste Situation allen klar sei, hieß es in Diplomatenkreisen.

Flucht gescheitert: Durch Schußwaffengebrauch ist ein Mann aus der „DDR" offenbar an der Flucht über die Grenze nach Niedersachsen gehindert worden. Der Mann *stürzte nach einem Schuß zu* Boden und wurde kurz darauf von „DDR"-Posten weggeschleppt.

Dollart-Vertrag: Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht erwartet vom Ausbau des Emdener Hafens Arbeitsplätze für Tausende von Menschen. Das deutsch-niederländische Vertragswerk, das den Grenzverlauf im Dollart regelt, wurde gestern in Emden unterzeichnet.

Neuer Bürgermeister: Der Wiener Stadtrat hat gestern mit 62 von 99 Stimmen den früheren Unterrichtsminister Zilk zum neuen Stadtoberhaupt gewählt.

Israel: Um eine Steigerung der amerikanischen Finanzhilfe von *2,6 auf 3,3 Milliarden Dollar für* 1985 wollen der designierte Ministerpräsident Peres und der künftige Außenminister Shamir Washington bei einem Besuch Ende des Monats ersuchen. Vorgesehen sind Militärhilfe von 1,4 und Wirtschaftshilfe von 1,2 Milliarden Dollar.

Öffentlicher Dienst: Eine Erhöhung der Gehälter um 4,5 Prozent und eine Vorruhestandsregelung will die von der DAG geführte *Tarifgemeinschaft für Angestellte* im öffentlichen Dienst in der diesjährigen Tarifrunde fordern.

Papst-Reise: Befremden in Teilen der katholischen Kirche Kanadas hat Johannes Paul II. mit seinem Wunsch ausgelöst, daß bei den zwölf Messen während seines Pastoralbesuchs Mädchen nicht als Meßdiener eingesetzt werden sollen. (S. 3)

Sowjetunion: Als regulären Wechsel in der Struktur der Streitkräfte bezeichnete der neue Generalstabschef Achromejew die Ablösung seines Vorgängers Orgakow. Gegenüber der US-Fernsehgesellschaft NBC sagte er, Orgakow übe weiterhin eine verantwortliche Funktion in den Streitkräften aus.

Heute: Beginn der dritten Runde der Stockholmer KVAE-Konferenz – Bundesarbeitsgericht beginnt Anhörung über Zulässigkeit von Warnstreiks während laufender Tarifverhandlungen

ZITAT DES TAGES



» Es ist gut, wenn Ceausescu kommt. Wenn er nicht kommen sollte, müssen wir gelassen sein. Wir wünschen jedenfalls das Gespräch und den Dialog «

Bundeskanzler Helmut Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Bundesanstalt für Arbeit: Der Überschuß wird nach Schätzungen des Münchner Ifo-Instituts in diesem *Jahr bei knapp vier* Milliarden DM liegen. Allgemein war man bislang von zwei bis drei Milliarden DM ausgegangen. (S. 7)

Geldmarkt: Auch das französische Zinsniveau ist ins Rutschen geraten, *obwohl die US-Zinsen* hoch geblieben sind. Frankreich profitiert damit indirekt von der deutschen Stabilisierungspolitik, die es der Bundesrepublik erlaubte, sich von der amerikanischen Zinsentwicklung weitgehend abzukoppeln. (S. 8)

Hoher Ausbildungsstand: Neun von zehn Frauen im arbeitsfähigen Alter üben in der „DDR" eine Berufstätigkeit aus. 82 Prozent verfügen nach amtlichen Angaben über einen beruflichen Abschluß, verglichen mit nur fünf Prozent im Jahre 1950.

Börse: Nach zögerndem Start *kam es später Meinungskäufen*. Autowerte standen unter Druck. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 145,7 (145,8). Dollarmittelkurs 2,9860 (2,9688) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,45 (339,75) Dollar.

KULTUR

„Berlin um 1900": Kultur, Lebensgefühl und Atmosphäre einer Weltstadt im Werden fängt eine Austellung in der Berliner Akademie der Künste ein. (S. 13)

Oper: Einhelligen Beifall erntete Alfred Kirchner in Frankfurt bei der ersten großen Saisonpremiere mit Tschaikowskys „Eugen Onegin". (S. 13)

SPORT

Tennis: Der Amerikaner John McEnroe gewann zum vierten Mal die offenen amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow. Er bezwang den Tschechoslowaken Ivan Lendl 6:3, 6:4, 6:1.

Fußball: Ohne die verletzten Karl-Heinz Rummenigge und Karlheinz Förster wird die deutsche Nationalmannschaft morgen das Länderspiel gegen Argentinien in Düsseldorf bestreiten.

AUS ALLER WELT

Luftpirat: Der Algerier, der am 7. März eine Air-France-Maschine auf dem Flug Frankfurt-Paris nach *Genf entführte*, wird nicht abgeurteilt. Der Luftpirat handelte nach Angaben der Genfer Strafkammer in einem Zustand totaler Paranoia. Er wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Adria verpestet: Eine „Invasion" roter Algen hat an der Adriaküste zwischen Ravenna und Rimini ein Fischsterben riesigen Ausmaßes verursacht. Kommunalbeamte sprechen von einer „ökologischen Katastrophe". (S. 14)

Wetter: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Schauer. 14 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bukarest sieht den Besuch Ceausescus nicht gefährdet

Verstärkung des sowjetischen Drucks erwartet / Gorbatschow nach Rumänien?

DW. Bonn

Nach den Besuchsabsagen aus der *„DDR" und Bulgarien haben* rumänische Diplomaten gestern Befürchtungen zu zerstreuen versucht, daß auch die Bonn-Reise von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu Mitte Oktober gefährdet sei. Es gebe keinerlei Grund für die Annahme, daß Ceausescu sich den Entscheidungen seiner Warschauer Pakt-Kollegen Erich Honecker und Todor Schiwkow anschließen werde, erklärten die Diplomaten der *Deutschen Presse-Agentur* (dpa).

Vermutungen in Bonn, die Sowjets könnten auch bemüht sein, den Rumänen Ceausescu zu einer Stornierung seiner Reisepläne zu bewegen, gründen sich auf die Einschätzung, *daß Moskau* auf seine Verbündeten einen „härteren Druck" ausübt, Blockdisziplin im Sinne seiner außenpolitischen Interessen durchzusetzen. In ersten Analysen im Bundeskanzleramt ist von einer Verstärkung solcher Pressionen die Rede. *Durch eine betont* kühle Einschätzung der Situation versucht die Bundesregierung die „Fieberkurve" der öffentlichen Diskussion über die Ost-Diplomatie zu senken.

Besondere *Aufmerksamkeit gilt* der Reisetätigkeit von ZK-Sekretär und Politbüromitglied Gorbatschow. Der als zweiter Mann der sowjetischen Hierarchie eingestufte Spitzenfunktionär hatte sich am vergangenen Wochenende zur 40-Jahresfeier *der kommunistischen Machtübernahme* in Bulgarien aufgehalten und dort nach einer Unterredung mit Schiwkow dessen Absage an die Adresse Bonns bewirkt. Daß die Sowjets in Bukarest eine vergleichbar hochrangige Intervention unternehmen, gilt nicht für ausgeschlossen. Den letzten Versuch, Rumänien wieder mehr ins Kielwasser der Moskauer Politik zu lotsen, hatte der sowjetische *Außenminister* Gromyko Anfang Februar dieses Jahres persönlich unternommen. Die hochrangige Delegation hatte die sowjetische Bereitschaft, dem energie- und devisenknappen Rumänien Erdöl (1,5 Mio. Tonnen), Kohle und Erdgas gegen *rumänische* Währung bzw. Industriegüter zu liefern, mit außenpolitischen Bedingungen verbunden.

Die geforderten Konzessionen betrafen in erster Linie ein rumänisches Einschwenken auf die sowjetische Abrüstungs-Politik. Bukarest hatte bis dahin in wiederholten Stellungnahmen die USA und die Sowjetunion *gleichermaßen aufgefordert, „alles* zu tun", um in Genf die Aufstellung neuer Atomwaffen in Europa zu verhindern und den Abbau und die Zerstörung der schon aufgestellten Waffen zu ermöglichen. Welchen Erfolg Gromyko damals erzielen konnte, ließ sich aus dem vorsichtig formulierten Kommunique von Bukarest nicht eindeutig herauslesen.

Die Bonner Analyse geht jedoch davon aus, daß kritische Stimmen in Osteuropa zur Stationierung neuer Raketen-Typen in der „DDR" und der *Tschechoslowakei als Motiv für* die sowjetische Verhärtung im Umgang mit einigen Verbündeten zu betrachten sind. Nach dem Beginn der Stationierung amerikanischer Pershing 2 habe es Moskau als schockierend empfunden, daß die Rumänen, die überaus treuen Bulgaren, aber auch andere Verbündete die sowjeti-

● Fortsetzung Seite 6

Kohl spricht von „nützlichen Idioten"

Scharfe Kritik an SPD-Politikern / „Wir vertreten Positionen der Verfassung"

MANFRED SCHELL, Berlin

Nach Auffassung von Bundeskanzler Helmut Kohl ist die Gemeinsamkeit mit der SPD in der Ost- und Deutschlandpolitik zerbrochen. Es gebe sie nicht mehr, sagte Kohl gestern vor der in Berlin tagenden CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In der von der Sowjetunion entfachten „Revanchismus"-Debatte habe so mancher SPD-Politiker die Rolle des „nützlichen Idioten" gespielt, meinte Kohl. Erneut wies der Kanzler den Vorwurf des Revanchismus zurück. „Wir vertreten Positionen der Verfassung." *Die jetzige Generation* werde einmal an ihrer Standfestigkeit in diesen Fragen gemessen. Kohl: „Wir dürfen das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung nicht untergehen lassen."

Es sei auch kein übertriebener Nationalismus, wenn man für die Einheit der Nation eintrete. Er werde im Rahmen seiner Deutschlandpolitik „das Menschenmögliche tun, damit die Menschen zueinander finden". Prinzipientreue, so Kohl, sei gefordert, und sie dürfe auch nicht um eines *guten Besuchsklimas* willen aufgegeben werden. „Wir bekennen *uns zu den Prinzipien, und es ist kein* Firlefanz, wenn wir von einer deutschen Staatsbürgerschaft sprechen."

Zuvor hatte Kohl vor dem Vorstand der Fraktion ausdrücklich den Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger gegen Vorwürfe vor allem aus der *„DDR"* in Schutz genommen. Niemand solle sich diese „Schuhe" anziehen und meinen, Dreggers Erklärungen hätten zu der Absage des Honecker-Besuchs geführt. Dieser Besuch sei aufgeschoben, nicht aufgehoben. Er, Kohl, wolle keine Kreml-Astrologie *betreiben*, aber *seine Einschätzung* sei, daß die Besuchsabsage von Honecker und nun auch von Schiwkow Teil einer von Moskau gesteuerten Politik sei.

Im Zusammenhang mit seinen Aussagen zur Revanchismus-Kampagne nahm Kohl ausdrücklich die Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland in Schutz. Es gehe nicht, daß diese Gruppe, die in „Fragen der Nationalität Dank verdient", zu einem Buhmann aufgebaut werden solle. Kohl äußerte sich auch *zu den umstrittenen Ausführungen* des polnischen Kardinals Glemp, der *sich gegen die Lesung von Messen in* deutscher Sprache in Polen gewandt hatte. Er halte die Aussage von Glemp für „nicht akzeptabel", meinte Kohl. Zugleich verwies er darauf, daß Deutsche in den zurückliegenden Monaten „Liebesgaben" im Wert von *300 Millionen Mark* an die Bevölkerung in Polen gegeben hätten. Die Aussöhnung mit Polen, so Kohl, sei wie die Aussöhnung mit Israel ein Grundelement der deutschen Außenpolitik.

Der Fraktionsvorsitzende Dregger sieht in der Absage des Besuchs von Honecker und Schiwkow eine „konzertierte Aktion, die Moskau mit der *Revanchismus-Kampagne* eingeleitet und durchgesetzt hat". Nun sei endgültig klar, daß die Honecker-Absage kein bilaterales deutsch-deutsches Ereignis sei, meinte Dregger.

Es werde sich bald zeigen, ob der rumänische Staatschef Ceuasescu wie bei der Olympiade seine eigenständige Position innerhalb des Ostblocks wahren könne. Ceausescu wird im Oktober in Bonn erwartet.

Freie Wirtschaftszonen am Rhein?

CDU-Vorstoß zur Verringerung der Arbeitslosigkeit / Worms sucht Gespräch mit Bonn

GEORG BAUER, Bonn

Der von der rheinischen CDU verabschiedete Antrag, mit sogenannten *freien Wirtschaftszonen an Rhein* und Ruhr die hier hohe Arbeitslosigkeit abzubauen, ist nach Meinung des CDU-Landesvorsitzenden Bernhard Worms ein „Versuch mehr, mit den Problemen unseres Landes aufgrund seiner traditionsbelasteten Industrielandschaft schneller fertig zu werden".

Worms sagte in einem WELT-Gespräch, den Unternehmern müsse jenes Maß an Freiheit verschafft werden, das für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung notwendig sei. Dies sei keine „schrankenlose Freiheit", sondern das Freihalten von Wegen, die die Unternehmer gehen. Den auf dem Parteitag von vergangener Woche verabschiedeten Antrag will Worms zum Anlaß für Gespräche mit der Regierung in Bonn nutzen, da hier der Bund gefordert ist. Außerdem glaubt er, daß der Gedanke freier Wirtschaftszonen auch ein Mittel zur Bekämpfung struktureller Schwächen im Norden der Bundesrepublik ist. In Gesprächen mit Politikern in Bremen und Hannover möchte Worms auch klären, inwieweit andere Bundesländer bereit sind, dieses Vorhaben mitzutragen.

In den kommenden Wochen soll der Antrag mit Wirtschaftswissenschaftlern und Rechtsexperten auf seine Realisierbarkeit hin überprüft werden. Der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung der rheinischen CDU, Peter Jungen, sagte, es müsse geklärt werden, ob solche Zonen Schritt für Schritt aufgebaut werden können.

In der Bundesrepublik fordere man im Zusammenhang mit Neugründungen von Unternehmen zwar immer Entbürokratisierung, doch mit dem rheinischen Beitrag sollten nun für einzelne Gebiete endlich einmal konkrete Maßnahmen getroffen werden.

Der Grundgedanke des Antrags ist die Schaffung von nicht reglementierten Zonen in Nordrhein-Westfalen. So soll die Exportwirtschaft durch den Verzicht auf Zölle, Einfuhrsteuern und indirekte Steuern gestärkt werden. Außerdem sollen bürokratische Vorschriften, die bisher Unternehmer von Neugründungen auf besonders geeigneten Altindustrie-Flächen mit ihren günstigen Transportverbindungen an Rhein und Ruhr abhalten, abgebaut werden.

Nach den gesetzlich noch zu regeln- den Vorstellungen der Christdemokraten sollen freie Banken und Versicherungen in den Zonen ein zusätzlicher Ansporn für die wirtschaft*liche* Gesundung der *Wirtschaft* Nordrhein-Westfalens sein.

Basierend auf dem Prinzip eines freien Wettbewerbs, in den weder Berufsorganisationen noch Staat einzugreifen hätten, sollte ferner Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt und flexiblere Bau- und Umweltschutzbestimmungen gelten.

Geschwächt geht Peres in die Koalition

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Trotz großer Widerstände ist es jetzt wahrscheinlich, daß es dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Shimon Peres, gelingen wird, am Mittwoch seine Regierung der Nationalen Ein*heit der Knesset mit der Bitte um das* Vertrauensvotum vorzustellen.

Allerdings wird der designierte israelische Ministerpräsident das Koalitionsabkommen mit dem amtierenden Regierungschef Yitzhak Shamir als der schwächere oder bestenfalls gleichstarke Partner unterzeichnen: Die sozialistische Mapam-Partei hat das Bündnis mit der von Peres geführten *Partei* aufgekündigt. Peres verliert damit die sechs Mandate der Mapam sowie einen Sitz aus den Reihen der Arbeiterpartei selbst. Die sieben Abgeordneten beschlossen, daß sie eine Große Koalition nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten. Damit sinkt der Arbeiterblock mit 41 Sitzen auf die gleiche Stärke wie der Likud herab.

Beim Likud gibt es zwar keine Abtrünnigen, aber er verliert die verbündete Techiya-Fraktion auf dem rechten Flügel. Diese Absprünge werden jedoch die Regierung als solche nicht beeinträchtigen. Mit 82 von den insgesamt 120 Mandaten der Knesset verfügen die beiden großen Blöcke über eine gesicherte Mehrheit.

Peres, der sich besonders mit Widerstand im eigenen Lager auseinandersetzen mußte, hatte zuvor seine Gegner gefragt: „Was wäre die Alternative? Entweder eine Kleine Koalition, deren Überleben von den vier Mandaten der kommunistischen *Fraktion abhinge und untragbare* Zugeständnisse an die anderen Kleinparteien machen müßte, oder Neuwahlen, die wir uns einfach nicht leisten können."

Vor allem wurde Peres vorgeworfen, daß er auf wirtschaftlich einflußreiche Ministerien verzichtet hatte: Sowohl Finanzen als auch Handel und Industrie wird der Likud besetzen – zusätzlich zum Posten des Gouverneurs der Nationalbank und des Vorsitzenden des Parlamentarischen Finanzausschusses. Peres *machte* geltend, daß die Arbeiterpartei das Verteidigungsministerium mit einem Drittel des Gesamthaushalts besetze und auf jeden Fall genug Sicherheitsventile eingebaut habe, um einseitige Wirtschaftsbeschlüsse zu verhindern. Alle wichtigen Entscheidungen würden im „inneren Kabinett" und im Ministerausschuß für Wirtschaft gefaßt. In beiden bestehe *Parität* zwischen Arbeiterpartei und Likud.

Das gelte genauso für die Frage der *Neusiedlungen*. Sie müssen laut Abkommen von „einer Mehrheit der Minister" genehmigt werden. Dies gebe der Arbeiterpartei faktisch ein Vetorecht. Auf heftige Kritik stieß Peres' Einverständnis, daß der beim Arbeiter-Block verhaßte Minister Arik Sharon nicht nur in der Regierung verbleibt, sondern auch Mitglied des „inneren Kabinetts" wird.

DER KOMMENTAR

Rheinisch-Hongkong

PETER GILLIES

Die Erkenntnis ist zutreffend: Wenn die CDU in Nordrhein-Westfalen nicht breiteste Arbeitnehmerschichten gewinnt, wird sie weiter die Oppositionsbänke drücken. Gewiß arbeitet ihr die Furcht vor rot-grünen Bündnissen in die Hand, aber Furcht allein ist nicht genug. Wie bei den letzten Bundestagswahlen muß die Kompetenzvermutung hinzutreten, die Erwartung, eine bürgerliche Mannschaft könne die Probleme des von Strukturkrisen geschüttelten Bundeslandes nicht nur kassandrisch beschreiben, sondern auch lösen.

Dabei *ist es nützlich, sich an* neuen Ideen zu wetzen. Man möge an Rhein und Ruhr, so schlägt die CDU vor, Freihandelszonen errichten, damit die Wirtschaft neu erblühe. Befreit von staatlicher Bevormundung, von Steuern, Ab*gaben und Zöllen, mit günstigen* Finanz-, Bau- und Umweltbedingungen sollten die Betriebe neue Wachstumschancen erschließen. In Dortmund und Duisburg ein Hauch von Singapur, Silicon Valley und Hongkong.

Wenn diese Idee mehr sein soll als die Schaffung neuer Subventionstatbestände, stellt sich die Frage, ob man mitten in einem industriellen Ballungsraum Inseln mit rechtlichem Dispens schaffen kann. Dort würden nämlich Tarifverträge ausgehebelt, ein anderes Steuerrecht gelten, andere oder keine Paragraphen für das Bauen und Investieren. Die Initiatoren scheinen von ihrer Bewunderung für fernöstliche Wachstumssprünge fortgetragen zu sein.

Gleichwohl ist der Ansatz, Prosperität stelle sich nur dann ein, wenn man Bürokratie, Bevormundung, Verkrustung und Abgabenlast verringere, so falsch nicht. Er darf dann jedoch nicht nur auf Freihandelszonen begrenzt sein. Die gesamte Bundesrepublik muß die selbstgezimmerten Bremsklötze wegräumen und einen neuen Aufbruch wagen.

Auch die populistisch ge*meinten Versuche* der *rheinischen* CDU, sich von der vermeintlich unpopulären Sparpolitik Bonns abzukoppeln, zwingen nicht zur Kompetenzvermutung. Das Winken mit einem Familiendarlehen von fünftausend Mark, *das man „abkindern" kann,* wird ebenfalls seinen Eindruck auf die Wähler verfehlen. Verteilen und verheißen können die anderen besser.

Die Menschen im Revier sind bodenständig und gutbürgerlich. Der Versuch, eine markante Distanz zur Bonner CDU-Politik zu suggerieren, ist durchsichtig. Er enthält *das unzutreffende* Eingeständnis, man müsse sich der unbestreitbaren Erfolge schämen. Man muß sie nur zutreffend darstellen – unaufgeregt, solide und verläßlich.

Gromyko zum Treffen mit Reagan bereit

DW. Moskau/Washington

Der sowjetische Außenminister *Andrej Gromyko ist nach Angaben* einer seiner Stellvertreter bereit, nach seiner Teilnahme an der UNO-Vollversammlung mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Washington zusammenzutreffen. Der erste stellvertretende Außenminister Georgi Kornienko *sagte gestern, einst* sei es Tradition gewesen, daß Gromyko nach seiner Teilnahme an der Generalversammlung nach Washington gereist sei.

Gromyko reagierte damit auf die bekanntgewordene Absicht des Wei*ßen Hauses, den sowjetischen Außen*minister zu einem Treffen mit US-Präsident Ronald Reagan einzuladen, nachdem Moskau am Sonntag offiziell erklärt hatte, Gromyko werde die sowjetische Delegation bei der Eröffnung der 39. Vollversammlung der Vereinten Nationen leiten. Die Sitzungsperiode wird am 18. September in New York eröffnet. Eine Begegnung mit US-Außenminister George Shultz *ist* für den 26. September vorgesehen. Noch vor diesem Gespräch will Reagan vor der Vollversammlung eine Rede halten.

In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC erklärte Shultz, er gehe davon aus, daß das Treffen mit Gromyko „nützlich" sein werde. Die Reagan-Administration tue alles, um die Beziehungen zur Sowjetunion „so konstruktiv" wie möglich zu gestalten. Er bezeichnete das Verhältnis zu Moskau als „kühl", fügte aber hinzu, daß er die Lage im *militärischen* Sinne keineswegs für gefährlich erachte.

Dollar streift die Grenze von drei Mark

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Beflügelt von einem anhaltend hohen Zinsniveau in den USA und den auf einen Wahlsieg Präsident Reagans gerichteten Erwartungen hat der Dollar *auf seinem seit einer* Woche andauernden steilen Höhenflug gestern erstmals die Marke von drei Mark gestreift. Dieser neue Rekordkurs, der höchste seit elfeinhalb Jahren, ist allerdings nur gestern morgen ganz kurz in Fernost bezahlt worden, *nachdem der Dollar am Freitagabend* in New York bereits auf 2,9970 Mark geklettert war. Als die europäischen Händler gestern morgen in den Markt kamen, ging der Kurs bis auf 2,9850 Mark zurück. An der Frankfurter Devisenbörse wurde der Kurs mittags mit 2,9860 Mark notiert nach 2,9688 Mark am Freitag. Anschließend setzte ein neuerlicher Anstieg auf knapp unter drei Mark ein. Vom Dollar wurde auch der japanische Yen mitgezogen, der mit 1,2180 Mark seinen Höchststand vom Januar überstieg.

Nachdem der Dollar gestern die Marke von drei Mark noch nicht nachhaltig „geknackt" hat, wären Devisenhändler nicht überrascht, wenn eine Konsolidierungspause einträte, die als überfällig angesehen wird. *Man warnte allerdings davor, einen* möglichen Rückgang um fünf bis zehn Pfennig schon als Trendumkehr anzusehen. In Händlerkreisen hielt man es durchaus für möglich, daß der Dollar noch weiter über drei Mark hinausmarschiert, obwohl es vorerst einiger Anstrengung bedürfe, den Kurs auf diesem Niveau zu halten.

Chile: Konflikte zwischen Bischöfen und den Militärs

Geistliche verweigern zum Nationalfeiertag das Te Deum

DW. Santiago

Nach dem harten Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen regimefeindliche *Demonstranten in Chile haben* sich die Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und der Militärregierung von General Pinochet verschärft. Die Distanz dürfte am 18. September, dem chilenischen Nationalfeiertag, besonders deutlich werden: So hat der derzeitige Präsident der Nationalen Bischofskonferenz und Erzbischof von Concepcion, José Manuel Santos, für die offizielle Feier in seiner Diözese das traditionelle Te Deum abgesagt.

Der Erzbischof faßte diesen Beschluß, nachdem am 23. August drei angeblich „Subversive" von den Ordnungstruppen getötet worden waren. Sie sollen bei Gefechten ums Leben gekommen sein; Augenzeugen sprachen jedoch davon, daß es gar keine Kampfhandlungen gegeben habe. Der Erzbischof forderte den zuständigen Gouverneur zur Klarstellung auf.

Das Te Deum für den Nationalfeiertag wurde auch in Copiapo, einem *Ort 800* Kilometer nördlich von Santiago, abgesagt. Auch dort hatte es zwei Tote gegeben, als das Militär gewaltsam gegen Studenten vorging. Diese „bedauernswerten Vorgänge" könnten keinen „geeigneten Rahmen für einen Akt der Freude" abgeben, betonte der Bischof von Copiapo, Fernando Ariztia.

In den vergangenen drei Wochen hatten die Auseinandersetzungen in Chile 19 Menschenleben gefordert. Unter den Opfern befand sich auch *der französische Pater André Jarlan*, der in einem Arbeiterviertel der chilenischen Hauptstadt Sozialarbeit geleistet hatte.

Seine Leiche war am vergangenen Samstag nach Frankreich überführt worden. Der Erzbischof von Paris, Kardinal Jean-Marie Lustiger, zelebrierte in Notre Dame eine Gedenkmesse für den Geistlichen und betete dafür, daß „das chilenische Volk, das ein demokratisches Leben gekannt hat und nun in großem Elend lebt, den Weg zu Frieden und Gerechtigkeit findet". An der Gedenkmesse nahmen zahlreiche Exilchilenen teil.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chaos Ausländerpolitik

Von Manfred Schell

Es wird höchste Zeit für Klarheit in der Ausländerpolitik. Die Empfehlung Genschers, den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Özal nicht mit Auseinandersetzungen in der Koalition zu belasten, war richtig. Nun aber ist dieser Besuch vorbei. Jetzt kann und muß gehandelt werden.

Genscher hat angedeutet, daß die Türkei auf das von 1986 an geltende Freizügigkeitsrecht zu verzichten bereit sei. Von Özal gibt es bislang eine solche Erklärung nicht. Nun möchte man gern wissen, was er zugesagt hat und was nicht, wieweit welchem Politikerwort hier zu trauen ist; wird der eventuelle Verzicht auch aktenkundig gemacht, oder wird dieses Thema von 1986 an alle Jahre wieder zwischen Bonn und Ankara unter jeweils neuen Konditionen verhandelt werden?

Bonn sollte darüber offen sprechen, denn jeder versteht, daß die Türkei, wenn sie Rechte aufgibt, auf anderem Feld Entgegenkommen erwarten kann: bei Militär- und Entwicklungshilfe, vielleicht auch beim Export von Kernkraftwerken.

Die Begrenzung des Nachzugsalters auf sechs Jahre, die Zimmermann vorschlägt, ist aus humanitären Gründen richtig. Aber sie wird sich, wie es aussieht, nicht durchsetzen lassen. Die Widerstände der FDP und auch in der CDU sind zu groß, die CSU selber hat Kompromisse ins Spiel gebracht. Wieder einmal zählt nicht die Sache, sondern die Rücksichtnahme auf die, die ausländerpolitische Geschäfte betreiben.

Nun hofft man, die Sache möge sich numerisch zum Guten wenden: Nach Bonner Schätzungen würden bei der Herabsetzung des Nachzugsalters von 16 auf sechs Jahre rund 50 000 Kinder kommen. Wenn man hingegen die Altersgrenze offen lasse, könnten die Eltern mit dem Nachzug der Kinder zögern. Vielleicht geht die Rechnung ja auf. Aber sie sagt uns nicht, was aus dem doch noch hereingeholten Sechzehnjährigen ohne Deutschkenntnisse und sonstige ausreichende Ausbildung wird. Vielleicht schafft Bonn es wenigstens, beim Ehegattennachzug in der zweiten Generation fest zu bleiben.

Und vielleicht schafft Bonn den Durchgriff auf die eigenständige Außen- (Ausländer-)politik von Ländern wie Hessen. Beispiel Frankfurt: Dort wird jetzt jeder Antrag eines Ausländers nicht mehr vom Oberbürgermeister Wallmann (CDU) geprüft, der sich den Anordnungen des Hessischen Innenministers widersetzt. Diese Aufgabe wird jetzt der Regierungspräsident übernehmen, der direkter Weisung aus Wiesbaden unterliegt. Wallmann kann nicht einmal zu Gericht gehen, er kann nur mit dem Chaos ringen. Kohl hat Wallmann Hilfe versprochen. Die ganze Republik ist gespannt.

Das Scheidungsurteil

Von August Graf Kageneck

Das Schicksal hat seinen Lauf genommen. Auf ihrem Parteizeitungsfest hat die KP Frankreichs der Links-Union endgültig und nachhaltig den Abschied gegeben. Man sei von nun an für nichts mehr verantwortlich, was in Frankreich geschieht, erklärte Partei-Boß Marchais, und sein Genosse Roland Leroy zelebrierte die erste scharfe Rede als neuer Oppositionsführer gegen die Politik des Premierministers Fabius.

Das mußte so kommen; der große anachronistische Test, ob die Kommunisten nicht doch loyale Demokraten sein können – wie sollte er anders ausgehen? Die übrige Welt konnte sich einreden, daß französische Kommunisten in erster Linie Franzosen seien. Die Franzosen wissen, wie „ihre" Kommunisten 1940 bis zum Sommer 1941 mit dem Feind zu kollaborieren verstanden, der damals seinerseits mit Moskau kollaborierte. Ein Kommunist ist zuerst Kommunist.

Gewiß waren die Sozialisten nicht nur naiv; man hat sich gegenseitig nach Kräften über den Tisch zu ziehen versucht. Aber irgendwo lag dem Ganzen ja doch die Hoffnung auf eine Gemeinsamkeit der Linken zugrunde, falls es denn eine erfolgreiche und sinnvolle linke Politik geben sollte. Es gibt sie nicht; die Berufung des Laurent Fabius besiegelt das – wozu sich also noch länger an einem gescheiterten Experiment beteiligen? Auf so etwas wird sich die KPF lange nicht mehr einlassen.

Gescheitert ist das Experiment aber auch für die Sozialisten. Ihre Krokodilstränen auf die Leiche der Links-Union sind wenig überzeugend, denn sie haben sich ihrer Alliierten nur als Steigbügelhalter für den Sieg bedient und sind nun heilfroh, sie wieder los zu sein. Zweimal haben sie sträflich leichtsinnig gehandelt: Kommunisten an der Regierung zu beteiligen, und: mit ihnen eine Politik zu machen, die allen wirtschaftlichen Erkenntnissen zuwiderlief. Beides, wie gesagt, mußte fehlgehen. Quod erat demonstrandum.

Marcos vor dem Ende

Von Christel Pilz

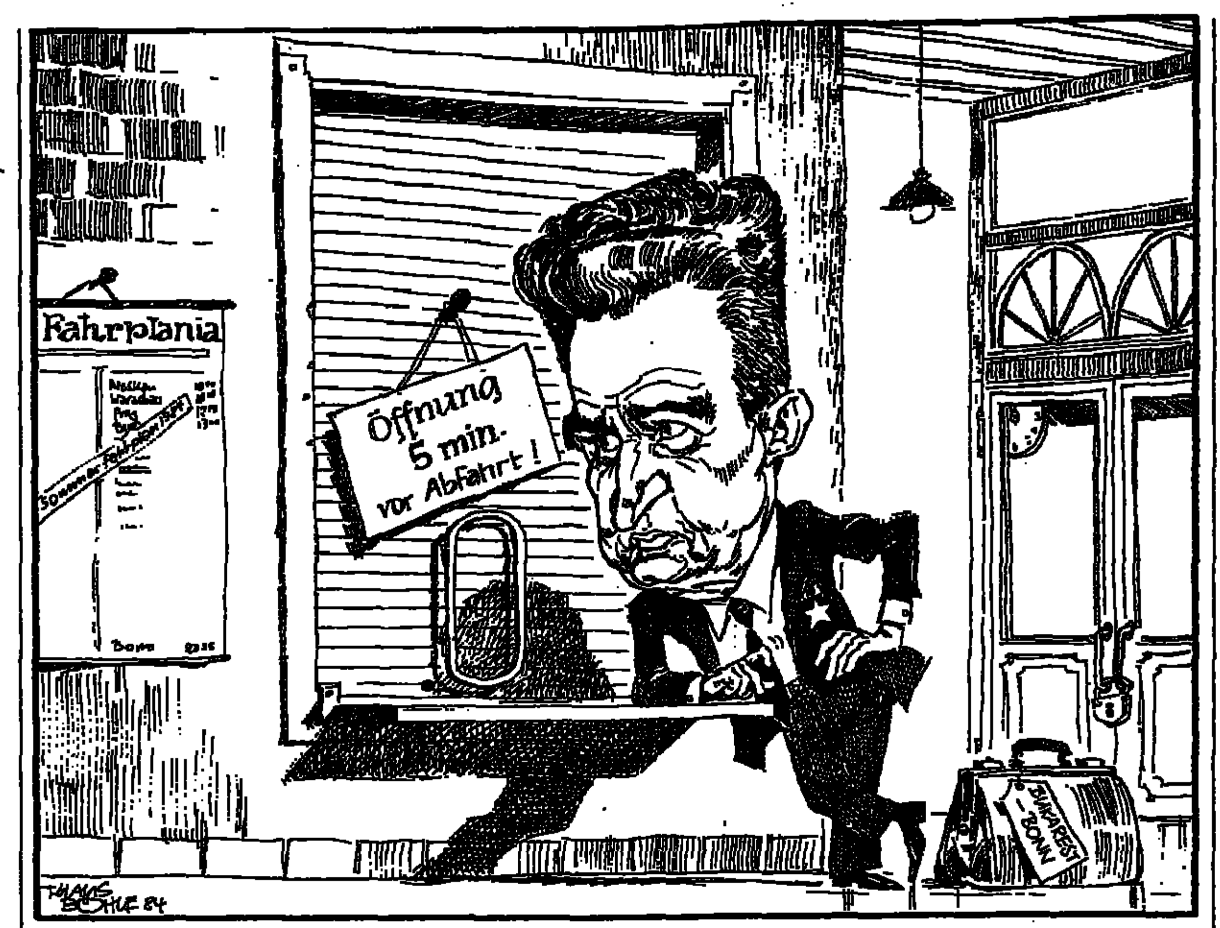
Keinen Grund zum Feiern hatte Präsident Marcos, der soeben 67 wurde. Kardinal Sin hatte es abgelehnt, ihm die Geburtstagsmesse im Stadtpark von Manila zu lesen: In der Kathedrale ja, aber im Park tue er das nur für Heilige.

Marcos ist nicht nur nicht heilig, er ist auch kein nationaler Held. Nach neunzehn Jahren Herrschaft steht er vor einem Scherbenhaufen. Es ist beklagenswert, daß er aus dem traurigen Zustand seiner Inselnation nicht die Konsequenzen zieht.

Die Wirtschaft wächst nicht mehr; sie schrumpft. Menschen werden hungrig und rebellisch. Der Staat kann seine Auslandsschulden von 26 Milliarden US-Dollar nicht bezahlen. Verhandlungen zur Umschuldung stagnieren. Der Internationale Währungsfonds blockiert den dazu notwendigen Beistandskredit. Der Grund: Marcos hat gleich mehrere Male die IWF-Auflagen sabotiert. Jetzt sagte einer seiner loyalsten Mitarbeiter, der Premier- und Finanzminister Cesar Virata, er habe es satt, eine so verantwortliche Position zu bekleiden ohne jede Macht.

Im Volk gärt gärt es immer deutlicher. Nun scheint festzustehen, daß die Regierung gelogen hat, daß der Mörder des populären Oppositionsführers Aquino nicht der gleich anschließend erschossene Galman war, wie die Regierung sagt. In diesen Tagen wird die Empfehlung der mit der Mordkommission beauftragten Agrava-Kommission erwartet, die Militäreskorten des Ermordeten vor Gericht zu stellen. Das könnte für Marcos politisch den Todesstoß bedeuten.

In den Provinzen wächst der Zulauf zu den Kommunisten. Die Militärs werden nervös. Anti-Marcos-Gruppen formieren sich. Selbst die Natur macht Marcos zu schaffen. Zwei Wirbelstürme, die schwersten seit Jahrzehnten, haben mehr als tausend Menschen den Tod gebracht, unzählige obdachlos gemacht und ganze Landstriche zerstört. In den fernöstlichen Regionen werden Naturkatastrophen als Zeichen dafür interpretiert, daß der Regent das „Mandat des Himmels" verliert.



Noch kein Fahrkartenverkauf? KLAUS BÖHLE

Deutsche Nagelprobe

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nach den Absagen Honeckers und Schiwkows mahnt der Bundespräsident die Gemeinsamkeit der verfassungtragenden Bundestagsparteien in der Deutschlandpolitik an. Im Februar hatten sich die Union, die FDP und die SPD nach mehr als zehnjährigem Streit auf gemeinsame Grundlagen verständigt. Morgen muß sich im Parlament erweisen, ob diese Einmütigkeit noch hält.

Gefährdet ist sie, weil die SPD nach dem Scheitern des Honecker-Besuches drei Problemfragen aufwirft: Sie besteht erstens darauf, daß die Regierung Kohl das gemeinsame Werbellinsee-Kommuniqué Schmidts und Honeckers vom Dezember 1981 zur Geschäftsgrundlage ihrer Verhandlungen mit Ost-Berlin macht; das betrifft besonders Honeckers Geraer Forderungen. Zweitens wirft sie der Regierung vor, sie habe ihre Gespräche mit Ost-Berlin über den Besuch Honeckers nicht unmittelbar in Moskau abgesichert. Drittens wischt Willy Brandt die Statusfragen Berlins, besonders Ost-Berlins, vom Tisch wie einst den angeblichen „Formelkram".

Ehe sich die drei genannten Fraktionen auf das stürzen, was strittig sein könnte, sollten sie sich dessen vergewissern, was gemeinsame Überzeugung ist:

I. Deutschlandpolitik ist der außenpolitische und innerdeutsche Gesamtrahmen – einschließlich der rechtlichen Grundlagen – der Bonner Politik, deren Ziel es ist, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt" (Windelen; das Zitat gibt den Brief zur deutschen Einheit wieder).

Diese These kann nicht kontrovers sein, weil die SPD im Februar ausdrücklich der Aussage des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 zugestimmt hat, daß die Deutschlandpolitik durch
– das Grundgesetz,
– den Deutschlandvertrag,
– die Ostverträge, die Briefe zur deutschen Einheit sowie die Entschließung des Bundestags vom 17. Mai 1972 (anläßlich der Abstimmung über die Verträge von Moskau und Warschau),
– den Grundlagenvertrag und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und vom Juli 1975
bestimmt wird. Die so beschriebene Deutschlandpolitik schließt den Grundsatz, daß Freiheit vor Einheit geht, ebenso ein wie die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis und in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien. Im gemeinsamen Beschluß der Union, FDP und SPD vom Februar steht ausdrücklich, „daß die deutsche Frage offen ist".

II. Deutschlandpolitik ist essentiell europäische Wiedervereinigungspolitik und in diesem Sinn europäische Friedenspolitik.

Brandt hat das schon 1969 wie folgt ausgedrückt: Uns komme es darauf an, „den Zusammenhang der einen Nation nicht aufzugeben und den Weg in eine europäische Friedensordnung offenzuhalten".

III. Innerdeutsche Vertragspolitik ist nicht der Versuch, das deutsche Problem „im Alleingang" zu lösen (Windelen).

Schon als Bundeskanzler sprach Brandt von der „europäischen Orientierung der Deutschlandpolitik".

Wenn die SPD jetzt das Kommuniqué vom Werbellinsee reklamiert, so deshalb, weil sie glaubt, Honecker habe seinen Besuch nicht zuletzt wegen mangelnder Attraktivität der zu erwartenden Ergebnisse abgesagt. In der Verlautbarung Schmidts und Honeckers findet sich der Hinweis, daß die „Bemühungen um die Klärung noch offener Fragen des Grenzverlaufs" fortgesetzt werden sollen. Das zielt auf das umstrittene Stück Elbgrenze. Die SPD muß aus ihrer eigenen Kanzlerzeit wissen: Ohne Zustimmung der Alliierten und des



Was er für „dummes Zeug" hält: Brandt FOTO: WEREK

Landes Niedersachsen kann Kohl keinerlei Zugeständnis machen, selbst wenn er es wollte. Um so unverständlicher ist es, wenn Wischnewski das Tor noch weiter in Richtung der Geraer Forderungen aufreißt, indem er „innerdeutsche Verhandlungen" nicht nur über eine Neufestlegung der Elbgrenze, sondern auch über die Abschaffung der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter verlangt.

Was die unmittelbare Absicherung von Verhandlungen mit Ost-Berlin in Moskau betrifft, so scheint Brandt auf seine Erfahrungen als Kanzler zu pochen. Er ist der Meinung, seine Begegnung mit Stoph 1970 in Erfurt sei zustande gekommen, weil „Moskau nachgeholfen hatte". Aber auch Brandt muß sich die Frage stellen, ob beim gegenwärtigen Zustand der sowjetischen Führung wiederholbar ist, was 1970 möglich war. 1984 ist das Interesse des Kreml an einem deutsch-deutschen Gipfel eindeutig negativ.

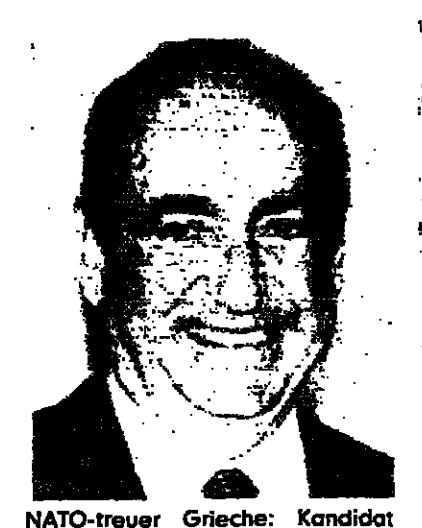
Brandt war nicht nur Bundeskanzler, sondern auch Regierender Bürgermeister von Berlin. Er muß den Status-Unterschied zwischen Bonn und Berlin, speziell Ost-Berlin, besser kennen als Jenninger. Wie kommt er also dazu, es für „dummes Zeug" zu erklären, wenn wir „sagen, daß man nach Ost-Berlin nicht gehen kann"? Berlin als Ganzes untersteht, wie Deutschland als Ganzes, alliiertem Recht. Die „DDR" hat Ost-Berlin gegen alles Recht zu ihrer Hauptstadt gemacht. Wir dürfen nichts tun, was so ausgelegt werden könnte, als erkenne Bonn diesen Zustand an. Dazu hat Bundespräsident von Weizsäcker Klärendes gesagt, als er bekundete, er wolle Honecker gern empfangen, müsse es aber von Verhandlungen beider Regierungen abhängig machen, ob er es auch könne. Damit meinte er: Er kann Honecker in seiner Bonner Residenz nur dann empfangen, wenn vorher mit der „DDR" geklärt ist, daß weder der Bundeskanzler noch der Bundespräsident sich je zum Gegenbesuch in Ost-Berlin einfinden werden.

Die SPD hat keinen hinreichenden Grund, die Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik aufzukündigen. In der von Moskau erzwungenen Situation ist es patriotische Pflicht, zusammenzustehen.

IM GESPRÄCH Mitsotakis

Der Lange gegen den Linken

Von Evangelos Antonaros



NATO-treuer Grieche: Kandidat Mitsotakis FOTO: BRECHER-SCHULZ

Kaum hatte die Fraktion der liberalkonservativen Oppositionspartei „Neue Demokratie" Konstantin Mitsotakis einen Monat vor seinem 66. Geburtstag mit 71 gegen 40 Stimmen zum Nachfolger des abgetretenen Parteichefs Evangelos Averoff gewählt, wurde er auf die unflätigste Art beschimpft. Der sozialistische Regierungschef Andreas Papandreou höchstselbst nannte den ehemaligen Außenminister einen „Verräter", der in Griechenlands Politik nichts zu suchen habe.

Überraschung löste in Athen der Stil, aber nicht der politische Inhalt der Aussage von Papandreou aus. Denn seit knapp zwanzig Jahren gelten die beiden Spitzenpolitiker als die schlimmsten Intimfeinde in der griechischen Politik. Ihre Fehde stammt aus den sechziger Jahren, als sie im Kabinett von Georgios Papandreou, des Vaters des heutigen Premiers, dienten. Mitsotakis verließ 1965 mit etwa vierzig Abgeordneten die „Zentrumsunion" und brachte das Kabinett zum Sturz. Diesen „Verrat" hat Papandreou ihm nie verziehen.

Übel ist Papandreous Behauptung, Mitsotakis sei durch seine Haltung zum „Wegbereiter" des zwei Jahre später erfolgten Obristenputsches geworden. Gewiß hat die labile innenpolitische Situation den Putschisten die Machtergreifung erleichtert. Aber Mitsotakis hat das Militärregime nie unterstützt. Zunächst wurde er inhaftiert, später konnte er auf abenteuerlichen Wegen in die Türkei flüchten und von dort aus nach Westeuropa weiterreisen. Bis zum Sturz der Obristen in 1974 war er einer der aktivsten Regimegegner im Ausland.

Unmittelbar nach dem Regimewechsel konnte Mitsotakis sich in seinem Heimatwahlkreis in Chani (Kreta) nicht durchsetzen. Drei Jahre später, 1977, kam er an der Spitze einer winzigen „Neoliberalen Partei" ins Parlament. Kurz darauf wurde er vom damaligen Premier Karamanlis zum Minister für wirtschaftliche Koordination ernannt, drei Jahre später wechselte er ins Außenministerium über, wo der fließend Deutsch, Englisch und Französisch sprechende Politiker brillierte. Aus seiner Ministerzeit haftet dem „Langen", wie Mitsotakis wegen seiner Größe von 1,90 Meter genannt wird, der Vorwurf an, Griechen aus seiner Heimat Kreta begünstigt zu haben. Seine Gegner werfen ihm im übrigen – nie bewiesene – „besonders enge Beziehungen" zum Großkapital vor.

Ein ebenfalls häufig gegen Mitsotakis gerichteter Vorwurf lautet auf „politische Unbeständigkeit". Tatsächlich hat der Vater von drei erwachsenen Töchtern und einem Sohn oft die Fronten gewechselt, obwohl er beteuert, „immer ein Liberaler, ein Anhänger der gemäßigten Mitte" gewesen zu sein. Dennoch betrachten ihn viele Zentrumswähler mißtrauisch; vielen Rechten aber ist er „zu liberal".

In Griechenland werden spätestens im Herbst 1985, frühestens vor Weihnachten 1984 Wahlen stattfinden. Mitsotakis, der während der Besatzungszeit von den Nazis zum Tode verurteilt wurde, will die „Neue Demokratie" umkrempeln und neu organisieren. Der Jüngste mag er zwar nicht sein, aber er bringt frische Ideen mit, die seine demoralisierte Partei dringend braucht: „Ich will unbedingt Ministerpräsident werden", sagt der Politiker, der Griechenlands Zugehörigkeit zur NATO und zur EG als Eckpfeiler der griechischen Außenpolitik betrachtet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Zeitungen des In- und Auslandes beschäftigen sich mit der Schiwkow-Absage:

Die Presse

Ausgerechnet zur Zeit der erzwungenen Absagen der Besuche Honeckers und Schiwkows in Bonn hält es Gorbatschow für richtig, in Sofia auf die Respektierung der „Besonderheiten der Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus" hinzuweisen und den Albanern sowjetisches Interesse an einer Normalisierung des Verhältnisses zu signalisieren ... Im Sowjetblock selbst wird man das Zeichen nicht übersehen. (Wien)

Neue Zürcher Zeitung

Ein Besuch Schiwkows in Bonn zum jetzigen Zeitpunkt käme einer schallenden Ohrfeige für Honecker gleich, weil dies schonungslos demonstrieren würde, daß Ost-Berlin im Warschaupakt über den geringsten außenpolitischen Spielraum verfügt.

Algemeen Dagblad

Nach Honecker hat nun auch Schiwkow seinen Besuch abgesagt ... Es ist deutlich, daß beide Staatsmänner dies unter schwerem Druck aus Moskau getan haben. (Den Haag)

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Der Kreml versucht jetzt, glaubhaft zu machen, daß die Bundesrepublik wegen des deutschen Revanchismus und wegen der politischen Aggressivität verfemt werde, die sich im Westen und vor allem in Amerika entwickle. Das bedeutet aber, schnell zu vergessen, daß der Abbruch des Dialogs zwischen den beiden Lagern vorsätzlich und einseitig in Moskau beschlossen worden ist.

INDIAN EXPRESS

Dennoch waren es nicht die angebenen Gründe, sondern die starke und fortgesetzte Opposition der Sowjets zu dem Besuch, die sich als entscheidend für die Absage herausstellte. (New Delhi)

Frankfurter Allgemeine

Der Besuchs-Absage des Bulgaren Schiwkow lassen sich, so paradox es klingt, positive Aspekte abgewinnen. Denn nun hat es noch weniger Überzeugungskraft als vorher, wenn behauptet wird, das Ausbleiben des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker zeige nicht nur eine das innerdeutsche Verhältnis betreffende „Vereisung" an, sondern auch ein globales Wachsen der Spannungen zwischen West und Ost.



Nehmen wir's gelassen. Jedem Sturm geht einmal die Luft aus – und soviel Wind haben die alten Herren im Kreml nun auch nicht in den Backen.

Afrikas erste KP mit Moskauer Besucherehren

Auch Äthiopien bekommt das sowjetische Machtgerüst: die Kaderpartei / Von Peter M. Ranke

Denkmäler für Marx und Lenin gibt es schon in Addis Abeba. Seit Jahren werden auch die kommunistischen Kader in der Volksmiliz von Russen, Kubanern und Funktionären der „DDR" ausgebildet. Ein gelber Stern mit Hammer und Sichel ist ihr Symbol. Aber nun erhält der Vielvölkerstaat Äthiopien, fünfmal so groß wie die Bundesrepublik, pünktlich zum zehnten Jahrestag des Sturzes von Kaiser Haile Selassie am 12. September auch eine marxistisch-leninistische Staatspartei.

Wie in Zimbabwe, Moçambique und Angola besteht Moskau darauf, daß in Äthiopien die Militärherrschaft oder Diktatur eines Stammeschefs (Mugabe in Zimbabwe) durch eine Kaderpartei abgestützt wird. Neben der Geheimpolizei, die in Äthiopien vor allem von der „DDR" aufgebaut wurde, und dem Militär bildet die Partei ein weiteres Kontrollinstrument. Mit Zentralkomitee und Politbüro kann die Staatspartei allerdings auch zum Nebenbuhler und Aufsichtsorgan machtbesessener Militärs werden, so wie im kommunistischen Südjemen.

Zunächst ist jedenfalls der kleine Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam (42) aus dem Negervolk der Galla am Ziel. Er hatte die seit Jahrtausenden bestehende Herrschaft der aus Südarabien stammenden Amharen und Tigre beseitigt. Erst nur ein unbekanntes Mitglied des „Derg", des aus 120 Offizieren und Unteroffizieren bestehenden Militärrats, ist der Sohn einer Palast-Putzfrau und eines Feldwebels heute der von Moskau gestützte Alleinherrscher des alten Kaiserreichs – eine proletarische Zierde der kommunistischen Revolution und der imperialen Sowjetpolitik in Afrika.

Staats- und Parteichef Mengistu ist ein Mörder. Eigenhändig hat er im Militärrat seinen Vorgesetzten Oberst Andom wenige Wochen nach dem Putsch von 1974 erschossen. Mit der Maschinenpistole mähte er im Akaki-Gefängnis gefangene Beamte des Kaisers nieder. Er sorgte 1976 für die Beseitigung seines Nebenbuhlers Haile Fida, der für ein sozialistisches und neutrales Äthiopien eintrat. Dagegen setzte Mengistu von Anfang an auf seine marxistische Partei „Seded" (Die Flamme), die er nach den Machtkämpfen im „Derg" 1975 und 1976 für den „Roten Terror" aufbot. Zehntausende verloren damals ihr Leben.

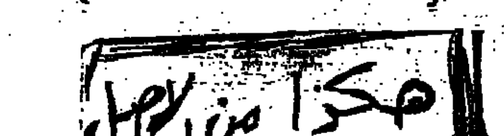
Zur Absicherung seiner Herrschaft schuf er das Blockwartsystem der Kebele, eine Nebenpolizei mit eigenen Gefängnissen. Im Mai 1978 besuchte Mengistu Kuba, nachdem rund 12 000 Kubaner und sowjetische Berater die Ogaden-Provinz Äthiopiens vor den angreifenden Somalis gerettet hatten. Kubaner und rund 1500 sowjetische Militärs bis zum General sind noch heute im Lande.

Seitdem die Kommunisten in Addis Abeba (amharisch: Die neue Blume) die Macht übernahmen, begann der Aufbau der Kommunistischen Partei durch Kaderschulung. Schon am 30. November 1978 schloß Mengistu einen Freundschaftspakt mit Moskau, dem im August 1981 die Beistandsverträge mit Südjemen und Libyen folgten. Sie dienten Mengistu zum Ausbau seiner Macht. Mit Kubanern und Südjemeniten schlug er nicht nur die Somalis zurück, mit ihnen zügelte er auch die Befreiungsbewegungen in Eritrea und Tigre. Dennoch schwelt der Guerrillakrieg in Eritrea und an den Grenzen zu Sudan weiter.

Vorläufig hat Mengistu in Äthiopien keinen Gegner zu befürchten. Die einst mächtige koptisch-orthodoxe Staatskirche ist zerschlagen. Der Religionsunterricht wurde abgeschafft. Demonstrationen und Streiks sind verboten. Die Hungersnot, die 1973 den ersten Anlaß zur Unzufriedenheit gegen Haile Selassie lieferte, hält sich in Grenzen. Mengistu setzte eine Landreform durch, Hilfe kommt aus dem Ostblock. Moskau liefert allerdings vornehmlich Waffen und Ausrüstung, bisher für zwei bis drei Milliarden Dollar für die 300 000 Soldaten der Äthiopier. Hunderttausend von ihnen stehen in Eritrea.

Obwohl in der Staatspartei der sowjethörige Legesse Aswaf als Aufpasser und Nebenbuhler von Mengistu gilt, bleibt dieser – jedenfalls vorläufig – der Mann Moskaus am Horn von Afrika. Das wird auch durch die Präsenz des sowjetischen Politbüro-Mitglieds Romanow sowie Honeckers bei den Gründungsfeiern unterstrichen.

Wenn Mengistu einmal stürzen sollte, können die Sowjets auf jeden Fall einen anderen Statthalter nachrücken lassen, aus der Partei oder der Armee. Niemand mehr wird in Addis Abeba so leicht zu stürzen sein wie der 82 Jahre alte Kaiser Haile Selassie vor zehn Jahren. Seine etappenweise Entmachtung zog sich über Monate hin. Von außen her ist Äthiopien nur durch Sezessionsbewegungen bedroht; der sie unterstützende Sudan gilt als Hauptfeind. Aber die Zeiten sind vorbei, da ein Kaiser mit britischer Hilfe Äthiopien 1941 nach sechsjähriger italienischer Kolonialherrschaft zurückerobern konnte. Denn in Addis Abeba herrscht durch Mengistu die Sowjetunion, ihr Kuba liegt auch in Zentralafrika.



WIE WAR DAS?

Als Sofia gegen Stalin und Hitler Krieg führte

Von CARL G. STRÖHM

Fast zur gleichen Stunde, da die Kommunisten in Sofia mit großem Aufwand den 40. Jahrestag der „Sozialistischen Revolution" und die „Befreiung von den Deutschen" feierten, gab es für die Bulgaren, die in ihrer Geschichte oft zwischen Deutschen und Russen gestanden haben, wieder einmal Ärger mit diesen beiden. Parteichef Schiwkow mußte auf massiven sowjetischen Druck hin eine geplante Reise in die Bundesrepublik absagen.

Der jetzt in Sofia beschworene 9. September 1944 erinnert daran, daß Bulgarien im Ersten und dann auch im Zweiten Weltkrieg ein Verbündeter des Deutschen Reiches war und zweimal das Schicksal eines Besiegten erlitt.

Nach dem Frontwechsel Rumäniens und dem fast ungehinderten Vormarsch weit überlegener sowjetischer Verbände unter Marschall Tolbuchin nach Süden in Richtung Bulgarien versuchte in den August- und ersten Septembertagen 1944 auch die königlich-bulgarische Regierung aus dem Bündnis mit Deutschland auszusteigen.

Dabei gab es ein Kuriosum: Das königlich-bulgarische Regime, das an der Seite Hitlers gegen die USA und Großbritannien Krieg führte und sich beim gemeinsamen Einmarsch mit deutschen Verbänden in Jugoslawien und Griechenland größere Gebiete einverleibt hatte, weigerte sich strikt, am Krieg gegen die Sowjetunion teilzunehmen.

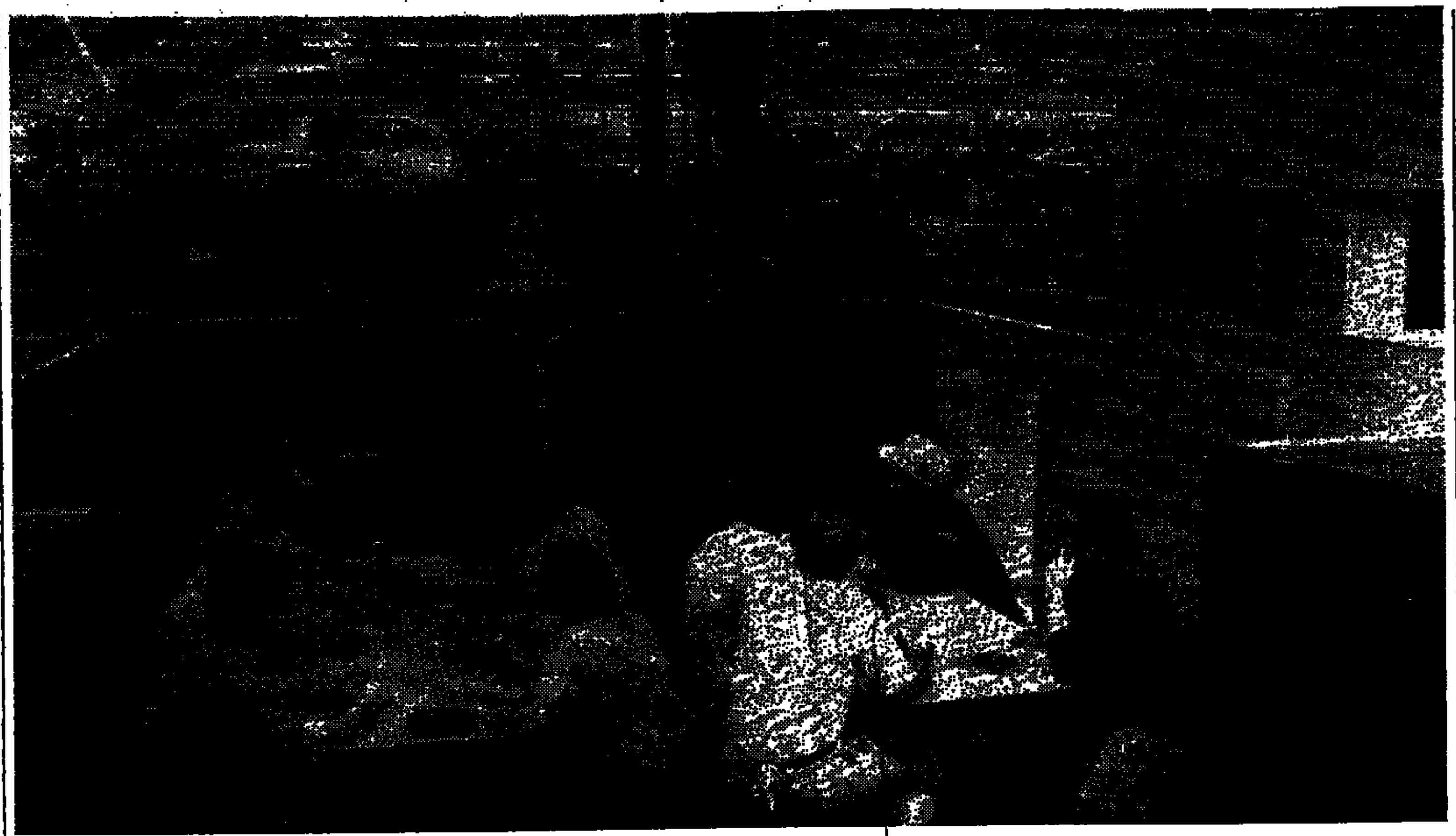
Obwohl antikommunistisch, respektierten Zar Boris (aus dem deutschen Hause Coburg) und sein Nachfolger, Prinz Kyrill, die traditionell prorussischen Gefühle der bulgarischen Bevölkerung. So unterhielt die Sowjetunion mitten im Zweiten Weltkrieg in dem von deutschen Truppen besetzten Bulgarien eine Gesandtschaft in Sofia und zwei Konsulate in Varna und Burgas.

Der Versuch der bulgarischen königlichen Regierung, über Ankara einen Waffenstillstand mit den Westalliierten zu erreichen, scheiterte an deren völligem Unverständnis. Um der drohenden Okkupation durch die Sowjetarmee, die bereits Rumänien besetzt hatte, zu entgehen, entschloß sich die letzte königliche Regierung unter Ministerpräsident Murawjow zu einem Verzweiflungsschritt: Sie erklärte ihrem bisherigen Verbündeten, dem Deutschen Reich, den Krieg.

Gleichzeitig erklärte aber Molotow dem bulgarischen Gesandten in Moskau, daß – da Sofia angeblich weiterhin die „deutschen Faschisten" unterstützte – die Sowjetunion ihrerseits Bulgarien den Krieg erkläre. Bulgarien war somit einige Tage lang in der grotesken Situation, sich als einziges Land der Welt gleichzeitig sowohl mit Hitler als auch mit der Anti-Hitler-Koalition im Kriegszustand zu befinden.

Am 9. September 1944 kam es in Sofia zum Staatsstreich: Linksnationalistische Offiziere, gemeinsam mit Kommunisten und der „Vaterländischen Front", stürzten das Königsregime. Kurz darauf marschierte die Sowjetarmee in ganz Bulgarien ein. Anders als in Rumänien setzte in Bulgarien sofort der kommunistische Terror ein.

Tausende von echten oder angeblichen „Faschisten", Anhänger des Königshauses, Offiziere wurden in Lastwagen gepfercht und in den Wäldern erschossen. Während auf der Straße fanatisierte Demonstranten „Hängt die Verräter" brüllten, wurden in einem Schauprozeß Prinz Kyrill, zwei weitere Regenten, zwei Ministerpräsidenten, 17 Minister und 66 Abgeordnete zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Die neue Herrschaft begann mit einer Bartholomäus-Nacht.



Ein Leistungs-Team bei General Motors verfolgt am Bildschirm, ob das Firmen-TV die Ergebnisse der Gruppe lobend erwähnt FOTO: DW

Die Wiedergeburt von Detroit

Mit Spendensammlungen und Suppenküchen zog man im Winter 1982/83 gegen die Verarmung in Detroit zu Felde. Amerikas Autostadt lag darnieder. Heute regiert hier wieder der Boom, zu dem die Arbeiter auch durch Lohnverzicht beitrugen.

Von HEINZ HORRMANN

Auf dem Highway 59 am Stadtrand von Detroit sticht der Höhenflug der Automobilindustrie Tag und Nacht ins Auge: Eine vom Reifenunternehmen Goodyear aufgestellte gigantische Zahlentafel macht den Rhythmus ablesbar, in dem die Fahrzeuge vom Montageband laufen. Das Herz der Autometropole pumpt zur Zeit so kräftig wie noch nie. Nur zwei Sekunden vergehen, bis die Digitalanzeige umspringt und die Fertigstellung eines neuen Fahrzeugs signalisiert.

In schlechten Zeiten dauerte es sieben Sekunden, bis die Stückzahl kletterte. 5 197 265 Autos waren es am 31. August um zwölf Uhr mittags, 200 000 mehr als 1982 insgesamt. Vom 64jährigen Schuhputzer in Downtown bis zum Oberbürgermeister im Rathaus stellen die älteren Bewohner mit Stolz fest, daß es fast schon wieder wie ganz früher sei. Da sind sie wieder, die oft zitierten „good ol' days".

Ganze 16 Monate nach Beendigung der schwersten Krise, der längsten Talfahrt dieser Branche, verdienten die großen Vier – General Motors, Ford, Chrysler und American Motors – im ersten Quartal 1984 die Rekordsumme von dreieinhalb Milliarden Dollar. Da die schon gewaltige Nachfrage immer noch wächst, sehen die Autobauer in „Motor Capital USA" die optimistische Prognose von zwölf Milliarden Dollar Gewinn bis zum Jahresende für gesichert an. Philip Caldwell, der Ford-Chairman, prophezeit nach Auswertung einer Studie der Michigan-Universität über das Konsumverhalten amerikanischer Autokäufer sogar, daß 1985 ein noch besseres Jahr werden wird.

Die Autostadt am Erie-See hat in 50 Jahren gelernt, mit schnellen Wenden nach beiden Seiten zu leben. Doch was sich seit dem Frühjahr '83 getan hat, bleibt auch hier nur schwer begreifbar. Zur Jahreswende 82/83 lag die geliebte, verhätschelte, wegen der totalen Abhängigkeit der Stadt oft auch gehaßte Motorindustrie am Boden. Die Stadt, die sie beherbergt und von ihr lebt, mußte künstlich beatmet und mit Spenden und Suppenküchen versorgt werden.

Die Wunden jener Tage sind heute noch nicht ganz verheilt. Am Detroit-Fluß stehen die ausgebrannten Ruinen mit toten, schwarzen Fensterhöhlen neben vernagelten Firmenhallen. Auch die Arbeitslosenquote liegt in Groß-Detroit immer noch bei 11,5 Prozent, allerdings hatte sie ihren Höchststand in jenen eiskalten Wintermonaten ohne Hoffnung mit 22 Prozent. In der Bundesrepublik erleben wir, wie schwer es ist, auch nur ein paar Punkte aufzuholen.

Obwohl die 1,5 Millionen Einwohner Detroits auch in der Phase des absoluten Tiefs die einzig erfreuliche Erfahrung machten, daß sie in der Krise nicht alleingelassen wurden und selbst in den schwärzesten Tagen das Versorgungsproblem im Griff war, triumphierten damals Kommunisten, vor allem Berichterstatter im „DDR"-Fernsehen, über die „K.-o.-Niederlage des kapitalistischen Systems" („Die Trutzburg des westlichen Kapitalismus brach total in sich zusammen"). Ohne Frage konnte jeder, der wollte, zum Jahresbeginn 1983 bittere Armut, Sorgen und Leid finden, wo früher der höchste Einkommensschnitt der USA registriert wurde. Aber in Schlagzeilen und Filmberichten war dann plötzlich von Menschen die Rede, die hilflos in ihren Häusern erfroren, von Bürgern, die auf der Straße verhungerten, ohne daß sich die Öffentlichkeit darum kümmerte.

Detroits farbiger Oberbürgermeister Coleman Young donnerte vergeblich im Fernsehen gegen diese Ammenmärchen und verkündete bereits in dieser Phase, als es nicht mal Optimisten glauben konnten, trotzig den neuen Aufschwung. Gleichzeitig kämpfte er wie ein Löwe darum, daß die großen Firmen in der Stadt blieben. Tatsächlich existierten bei Ford Pläne, das Hauptquartier der Company aus dem Geburtsort des Firmengründers nach Mississippi zu verlegen. Auch General Motors entschied sich erst nach langem Zögern, die Cadillac-Produktion in „Motortown" zu belassen. Doch dann ging alles in Windeseile. Neue moderne Werke wurden in Rekordzeiten hochgezogen. Allein GM stellte 102 000 Arbeiter wieder ein. Coleman Young hatte recht behalten.

Ein Bauboom zeugt vom neuen Geist

Nirgendwo in den USA wird zur Zeit mehr gebaut als in der Metropole Michigans: Bürohäuser, Werkshallen für die Zulieferindustrie, Geschäftspavillons. In der einst verwahrlosten Innenstadt sind Bulldozer dabei, die Slums blockweise abzuräumen. Nach einem Sanierungsplan, der den neuen Geist von Detroit spürbar werden läßt, entstehen auf den Grundstükken der schmutzigen Halbruinen Appartementhäuser und elegante Wohnungen hinter Kastanienbäumen. Viele wohlsituierte Bürger haben hierfür bereits Verträge abgeschlossen und werden nach Jahrzehnten allgemeiner Stadtflucht aus den Vororten wieder zurückkommen. Ein gesundes Zeichen, wie optimistisch man die Stabilität der Trendwende beurteilt.

Im Fahrstuhl nach oben freilich saß man kurzzeitig schon häufig; nach der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren beispielsweise oder in den Monaten, als sich Amerika vom Ölschock freimachte. Doch völlig anders als die erhöhte Produktion, der schnelle Verkauf nach schlechten Zeiten sind heute die konkreten Bemühungen um Stabilität über die Phase des Nachholbedarfs hinaus. Die Auto-Industrie hat aus Fehlern gelernt. Viel zu lange ruhte man sich auf alten Lorbeeren aus. Über Jahrzehnte wurde wenig Neues im Modellbereich und schon gar nichts im Produktionssystem geschaffen. Die Folge war, daß die Japaner den Markt in der streng kalkulierten Kompaktwagenklasse beherrschten und die Deutschen mit technisch hochwertigen Spitzenprodukten in Marktlükken sprangen und das Geschäft machten.

Vorübergehend brachte die freiwillige Handelsbeschränkung der Japaner auf 20 Prozent Marktanteil zwar eine Linderung, doch das Abkommen läuft im Frühjahr 1985 aus, und keiner weiß heute, ob ein neues zustande kommt. So investierte allein General Motors über 400 Millionen Dollar in die Entwicklung neuer „Babycars", von denen auf dem amerikanischen Markt jährlich 380 000 Exemplare verkauft werden sollen.

Aufwendig wie nie wurde in der Fertigung rationalisiert. Das „Orion Township Plant" von GM ist komplett mit Robotern und Automaten bestückt, in der Gesamterstellung werden 20 000 eingesetzt. Im Juli kam Ronald Reagan, um die modernste amerikanische Produktionsstätte einzuweihen. Staunend ließ sich der Präsident den neuentwickelten computergesteuerten Farbroboter vorführen, der Lackierungen präziser und ungleich schneller ausführt, als das nach altem System möglich war. Vor allem: Der Automat verrichtet klaglos die Dreckarbeit, die bei Menschen oft zu gesundheitlichen Schäden führt.

Lange war in Detroit der Gedanke fest verankert, Roboter seien schädlich, weil sie Arbeitern den Job raubten. Eric Mittelstadt, Präsident der neugegründeten „GMF Robotics", im Rückblick: „Ich wurde immer gefragt, was wollt ihr mit Robotern? Die kaufen vom Verdienst schließlich keine Autos. Wir haben aber mit Robotern und Elektronikunternehmen neue Arbeitsstätten geschaffen und damit zweierlei erreicht: Unsere Autos werden preislich wieder konkurrenzfähig, und die eingesparten Fließbandwerker finden im neuen Unternehmen einen Job und sind damit auch potentielle Käufer eines Corvette oder Buick." Diese Argumente hat übrigens auch die Gewerkschaft übernommen.

Im „Orion Plant" greifen die „neuen" Stahlwerker in einem Arbeitsgang Karosserieteile, verbinden sie miteinander, schweißen, öffnen Türen, prüfen und hängen die Blechkarossen schließlich an ein gewaltiges Kettenkarussell, das sich an der Decke über den Fertigungsstätten dreht und sie weitertransportiert. Automatische Stapler mit dem Namen Tele Carrier II fahren geräuschlos Einzelelemente durch die blitzsaubere Halle: Krieg-der-Sterne-Atmosphäre im Autobau. Fehler machen die Roboter höchstens auf den gelb markierten Runways im Werk. Manchmal beachten die silberglänzenden Ungetüme mit Leuchtaugen nämlich die Vorfahrt nicht. Einmal rammte ein programmierter Automat das Elektro-Auto eines Meisters. Seitdem machen Menschen freiwillig den Weg frei.

Dem Aufschwung folgen die Zulieferer

Die Zulieferindustrie vom Gummipufferhersteller bis zum Elektronikausrüster siedelt sich um die neuen hochmodernen Autowerke an, das spart lange Transportwege und hohe Lagerkosten. Firmenintern ist ein neuer Geist spürbar geworden. Kleine Produktionsteams rücken enger zusammen. Durch Wettbewerbe mit anderen Kollegengruppen werden sie auf fehlerfreie Arbeit gedrillt. Die besten haben ihren Auftritt im Werksfernsehen. Die Zahl der Detroiter Autowerker, die sich nicht mehr als anonyme Bandarbeiter, sondern als GM- oder Ford-Mann fühlen, wächst ständig. Der höhere persönliche Einsatz aus Markenverbundenheit zahlt sich finanziell aus.

Nehmen wir Ronald Powel. Bevor er arbeitslos wurde, verdiente er wöchentlich 472,40 Dollar. Vorübergehend verzichtete er nach der Neueinstellung freiwillig auf 12,50 Dollar (nach einer Absprache zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern). Mit Prämien kommt er seit dem 1. Juli auf nahezu 500 Dollar.

Wohl kaum einer ist über die Entwicklung glücklicher als Mayor Coleman Young. Gegenüber der WELT sagte er: „In dieser Stadt gab es seit Menschengedenken ein ständiges Auf und Ab, stets im Gleichschritt mit der Automobilindustrie. Jetzt sind wir dabei, in Detroit auch andere Branchen anzusiedeln. Mit finanzieller Unterstützung der Firmen werden wir unsere Stadt attraktiver machen und versuchen, zukünftig auch Touristen hierherzuholen. Wer kann schon 150 Golfplätze und so herrliche Segelreviere auf den großen Binnenseen anbieten?"

Die Fremdenverkehrswerbung werde darauf abgestellt, sagt Young. Man hoffe schließlich darauf, daß diesmal nicht nur ein Konsumnachholbedarf befriedigt werde, sondern die Konjunktur stabil bleibe. „Ein langes Hoch ist ein überzeugender Sieg der freien Wirtschaft, die zeigt, daß sie sich immer wieder selbst sanieren kann", sagt Young.

„Ich erinnere mich", das gilt in Quebec auch für den Papst

Quebec, das ist der geistig-religiöse Mittelpunkt Französisch-Kanadas. Hier im Zentrum der Separatisten begann Papst Johannes Paul II. seinen zwölftägigen Besuch in Kanada. Ausgleich hieß das Motto seiner ersten Predigt.

Von F. MEICHSNER

Es war ein farbenprächtiges Schauspiel, mit dem Kanada den Papst auf dem Flugplatz von Quebec willkommen hieß. Es war gleichzeitig auch eine Zeremonie voller Symbolkraft.

Vor dem akustischen Hintergrund von Salutschüssen präsentierten auf schneidende französische Kommandos Soldaten, deren Äußeres britischer nicht hätte sein können. Ihre leuchtend roten Röcke, ihr weißes Koppelzeug und ihre riesigen Bärenfellmützen schienen direkt aus der Kleiderkammer der Wachttruppe im Buckingham Palace zu kommen. Aber die Soldaten des 22. Königlichen Infanterieregiments, die darin steckten, hören nicht auf Englisch.

Das ist Quebec, das Französisch-Kanada, von dem es nicht ganz zu Unrecht heißt, es sei unter dem englischen Firnis von zwei Jahrhunderten in der Substanz „französischer als Frankreich" geblieben.

Mit einer ähnlichen Zeremonie enthüllt dieses Quebec während der Sommermonate Abend für Abend seine Seele, wenn in der Zitadelle, 110 Meter über dem mächtigen St.-Lorenz-Strom, das Traditionsregiment, das sich in zwei Weltkriegen und in Korea ausgezeichnet hat, seine Wache abzieht und die französischen Kommandorufe vom leichten Atlantikwind über das Schlachtfeld der leuchtend grünen „Plains of Abraham" landeinwärts getragen werden.

Vom Kap Diamant aus schweift der Blick der Infanteristen mit französischem Herz und britischer Uniform dann nach Osten – dorthin, wo die europäischen Entdecker einst den ersten Fuß auf dieses Land setzten. Es waren, wie auch die ersten Siedler und die ersten Missionare, Franzosen. Und jetzt kam von dorther auch der Papst als höchster Repräsentant jener lateinischen Kirche, die der völkischen Latinität Quebecs über Jahrhunderte neben der Sprache den verläßlichsten Halt gegeben hat.

„Je me souviens" lautet das Motto des 22. Königlichen Infanterieregiments, eingemeißelt auf einem Torbogen der vor anderthalb Jahrhunderten von den Engländern errichteten Festung, die den Amerikanern den Zugang nach Kanada verwehren sollte. „Ich erinnere mich". Und wie er sich erinnert, der Frankokanadier!

Er erinnert sich an Jacques Cartier, an dessen nachgebautem Schiff Johannes Paul II. auf dem Wege vom Flugplatz in die Stadt haltmachte. Er erinnert sich, daß dieser französische Entdecker im Jahre 1535 als erster Europäer – vielleicht nach einigen längst vergessenen Wikingern – das Diamantenkap betrat und die strategische Bedeutung dieses „Gibraltar des Nordens", dieser beherrschenden Uferhöhe über der mit dem indianischen Wort „kebec" bezeichneten „Verengung" des großen Stromes, sofort erkannte.

Er erinnert sich an Samuel de Champlain, der 73 Jahre später die „Habitation", die erste französische Siedlung, unterhalb des Kaps anlegte. Und er erinnert sich an den französischen Edelmann François-Xavier de Laval-Montemarency, der all seinen Besitz aufgab, um 1659 als Priester nach „Neufrankreich" jenseits des Atlantiks zu gehen, dessen erster Bischof mit Sitz in Quebec er wurde. Seine Diözese erstreckte sich damals über den halben Kontinent – von der Hudsonbai bis nach „Neuorléans". Und das von ihm gegründete Seminar von Quebec wurde später als Laval-Universität zum geistig-religiösen Zentrum Französisch-Kanadas.

Der Rotrock mit der Bärenfellmütze erinnert sich aber auch noch an anderes. Etwa an jenen 13. September 1759, an dem die Engländer in der Schlacht auf den „Plains of Abraham" am Diamantenkap die französischen Verteidiger Quebecs besiegten und damit Kanada eroberten.

Das „Je me souviens" ist nicht nur der Wahlspruch der paradierenden Rotröcke auf der Zitadelle. Danach leben 97 Prozent der 567 000 Einwohner Quebecs. Danach leben auch die meisten der 6,9 Millionen (katholischen) Frankokanadier, von denen weit über fünf Millionen stolz darauf sind, „Québecois", Bürger der „Provinz" Quebec, zu sein. In dieser „Provinz", die ein Sechstel ganz Kanadas ausmacht und in der ein Viertel der kanadischen Bevölkerung lebt, wird französisch gefühlt, französisch gedacht, französisch gesprochen, französisch gekocht, auf französisch befohlen – und auch gebetet.

Nach der Eroberung Quebecs durch die Engländer waren die „Québecois" zwei Jahrhunderte lang die „Underdogs" der kanadischen Gesellschaft gewesen. Wer von ihnen nach oben kommen, wer im Geschäftsleben Erfolg haben wollte, mußte sich anpassen, sich „anglisieren". Vor zwei Jahrzehnten begannen die Unterdrückten offen zu rebellieren und ein Besucher aus dem europäischen Mutterland gab ihnen dazu in gewisser Weise mit das Signal.

Separatismus hieß die Losung, die Frankreichs Präsidentengeneral Charles de Gaulle ausgab, als er am 24. Juli 1967 vom Balkon des Rathauses von Montreal aus die Menge mit dem Ruf „Vive le Quebec libre!" elektrisierte.

Ein Jahr später ermordeten die Separatisten einen Provinzminister und der liberale Frankokanadier Pierre Elliot Trudeau sah sich als Chef der Zentralregierung in Ottawa zum Verteidiger der kanadischen Einheit gezwungen, in Quebec Bundestruppen gegen die terroristischen Separatisten einzusetzen. Neun Jahre später übernahm der Chef der Quebecer Unabhängigkeitspartei, René Lévesque, nach deren Wahlsieg die Provinzregierung und drückte als ersten „revolutionären Akt" für die Provinz ein Gesetz durch, das Französisch zur alleinigen Amtssprache machte.

Als daraufhin die von den Anglokanadiern beherrschte Wirtschaft Industrien und Kapital in andere Provinzen abzog, kamen freilich so manchem „Québecois" Zweifel an der Nützlichkeit solch konsequent angewandter „Je me souviens"-Politik. In einem von Lévesque erzwungenen Referendum sprachen sich im Mai 1980 59,5 Prozent der Provinzbevölkerung gegen die Trennung von Kanada aus, und Mitte dieses Jahres ergab eine Umfrage, daß die Popularitätsquote des „Parti Québecois" auf 23 Prozent abgesunken ist.

Kanadas neugewählter konservativer Ministerpräsident Brian Mulroney, ein irisch-stämmiger „Québecois", hat jetzt versprochen, die Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung in Ottawa und der separatistisch orientierten Provinzialregierung Lévesques zu intensivieren. Mit dieser Ausgleichszusage errang er in Quebec für seine Partei den bisher größten Wahlerfolg.

Ausgleich war auch die Devise, die der Papst in seiner ersten Predigt auf kanadischem Boden während der Messe auf dem Sportgelände der Laval-Universität ausgab. Zwar bezog auch er sich auf das „Je me souviens", interpretierte es aber zur Enttäuschung der Separatisten mit den Worten: „Ihr werdet wissen, wie ihr unter Wahrung der tief verwurzelten Menschlichkeit eine neue Kultur entwickeln könnt, die die Modernität Amerikas integriert." Im Laufe der Jahrhunderte sei das kulturelle Erbe Quebecs „konsolidiert und diversifiziert" worden. „Es nahm den besonderen Beitrag der 'Amerintians' (Indianer) in sich auf und profitierte von der englischen Präsenz auf diesem Kontinent."

So können die bärenfellbemützten Rotröcke des 22. Königlichen Infanterieregiments in der Zitadelle des Kaps Diamant auch morgen noch ihren Eid auf Ihre Majestät Elisabeth II., die Königin von Kanada, leisten, ohne deshalb das Gefühl zu haben, am „Je me souviens"-Wahlspruch ihrer Traditionstruppe Verrat zu üben.

Biedenkopf für Wettbewerb mit den Grünen

DW. Düsseldorf

Die CDU muß nach Auffassung des westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf ihre „bloße Defensivhaltung" gegenüber den Grünen aufgeben und statt dessen „den Wettbewerb aufnehmen". Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen warnte der Politiker zugleich davor, die Auseinandersetzung mit der grünen Partei auf die Diskussion über rot-grüne Koalitionen zu begrenzen. Er forderte eine Auseinandersetzung, die auch Antworten auf Fragen suche, die von den Grünen berechtigt gestellt würden.

Der westfälische CDU-Vorsitzende betonte, seine Partei habe bereits „eine *ganze Reihe* von Fragen aufgenommen und Themen aufgegriffen", aber die gefundenen Antworten noch nicht ausreichend umgesetzt und nach außen getragen. Dies gelte für die Einbeziehung des Umweltschutzes in die soziale Marktwirtschaft genauso wie für Reformen des Arbeitsmarktes „in Richtung auf eine wirkliche Dezentralisierung unserer Gesellschaft und damit die Stärkung der kleinen Lebenskreise, die auch die Grünen auf ihre Fahnen geschrieben haben". Biedenkopf *nannte* es eine „Ironie der Auseinandersetzung, daß das Subsidiaritäts-Prinzip zum Grundbestand der CDU-Politik gehört, und daß die Grünen großen Anklang gerade damit finden, daß sie die Umsetzung dieses Prinzips verlangen".

Die Grünen dürften sich nach Auffassung von Biedenkopf längerfristig im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren. Man werde lernen müssen, mit einer gewissen „natürlichen Quote" von Andersdenkenden und Protestwählern zu leben. Damit habe das politische System der Bundesrepublik, so sage es auch eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung, seine „langjährige Moderatheit" verloren und sich der Normalität seiner westeuropäischen Nachbarn angeglichen. Die Grünen besiegelten in diesem Sinne auch „die politische *Emanzipation* von *mäßigenden* Tabus der Nachkriegszeit". Angesichts dieser Entwicklung wäre es eine Gefahr, wenn die großen Parteien in einer Defensivhaltung verharrten und damit die Angst der Bevölkerung vor Bewegung und zwangsläufigen wie positiven Veränderungen verstärkten.

Regierung weiter auf Konsolidierungskurs

Parlament nimmt Arbeit auf / Morgen: Etat-Einbringung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Deutsche Bundestag beendet *in dieser Woche die Sommerpause.* Auf dem Programm steht gleich eine der elementarsten Aufgaben eines jeden *Parlaments:* der Etat. *Morgen* um 9 Uhr bringt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg den Bundeshaushalt 1985 und den Finanzplan 1984 bis 1988 ein. Bis Freitag 13 Uhr wollen dann die Abgeordneten darüber diskutieren, allerdings nicht nur über dieses Werk, in dem die Politik der Bundesregierung ihren Niederschlag findet, soweit sie sich in Zahlen gießen läßt, auch die Deutschland- und Außenpolitik werden einen breiten Raum einnehmen.

Im Zentrum steht natürlich der Haushalt, der sich gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen sehen lassen kann: *Die* Gesundung der Staatsfinanzen soll vorangetrieben, die Kreditaufnahme des Bundes *forciert werden. Kurz:* Die Bundesregierung steuert ihren Konsolidierungskurs weiter.

Im *vergangenen* Jahr sind die Ausgaben des Bundes um 0,7 Prozent gestiegen. Für dieses Jahr wird im Bundesfinanzministerium mit einem Zuwachs von zwei bis drei Prozent gerechnet, weniger als im Haushaltsgesetz (Soll) vorgesehen. Der Entwurf des Etats 1985, den die Bundesregierung Anfang Juli beschlossen hatte, sieht Ausgaben von 260,2 Milliarden Mark *vor. Dies bedeutet einen Zuwachs* von 2,4 Prozent gegenüber den voraussichtlichen Ausgaben dieses Jahres und von nur 1,2 Prozent gegenüber dem Planansatz 1984.

Auch von 1986 an sollen die Ausgaben des Bundes um nicht mehr als drei Prozent jährlich steigen. Zum Vergleich: In den fünfziger Jahren kletterten die Bundesausgaben um durchschnittlich neun Prozent, in den sechziger und siebziger Jahren waren es 8,5 und 8 Prozent. Gerhard Stoltenberg: „*Dieses* veranschaulicht das Ausmaß der Kurskorrektur in Richtung auf eine stetige und deutliche Verringerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt."

„Dennoch", so der Finanzminister, „ist die Neuverschuldung nach wie vor viel zu hoch." Zwar dürfte die Nettokreditaufnahme von 37,2 Milliarden 1982 auf unter 30 Milliarden Mark in diesem Jahr gedrückt werden können, rund vier Milliarden weniger als im Haushalt vorgesehen war. „Dieses Zahlenbild ist aber zu günstig, weil ein sehr hoher Bundesbankgewinn den Etat 1984 um 11,4 Milliarden Mark entlastet", kommentiert Stoltenberg selbst.

Für 1985 wird mit einer Nettokreditaufnahme von 23,97 Milliarden Mark gerechnet. Vor allem wegen der vorgesehenen Reform der Lohn- und Einkommensteuer, die beim Bund zu *Einnahmeausfällen führt, wird* sie 1986 auf 26 Milliarden ansteigen und dann bis 1988 auf 22,4 Milliarden sinken, wobei *dann noch ein* Bundesbankgewinn von fünf Milliarden berücksichtigt ist. „Zufrieden können wir erst sein, wenn die Neuverschuldung ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns deutlich unter 20 Milliarden Mark liegt", beschreibt der Finanzminister sein Ziel.

Daß die Haushaltskonsolidierung noch nicht vollendet ist, zeigt sich für Stoltenberg auch an den Zinsausgaben des Bundes: Zwischen 1969 und 1984 schnellten sie von 2,2 auf 28,7 Milliarden nach oben. Das ist mehr als die Ausgaben des Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Forschungs-, Bil*dungs- und Bauministers zusammen.* Bis 1988 wird die Zinslast sogar auf 37,6 Milliarden steigen. Auch im Etat 1985 ist die Bundesschuld der drittgrößte Ausgabenblock. An erster Stelle rangieren trotz eines Rückgangs um 3,1 Prozent mit 57,6 Milliarden die Ausgaben für Arbeit und Soziales. Platz zwei nimmt der Verteidigungsetat mit 49,3 Milliarden ein, plus 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die nach dem Urteil des Internationalen Währungsfonds gute Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik hat dazu geführt, daß *die Inflationsrate* auf unter zwei Prozent gesunken ist. Daher werden die Realeinkommen wieder steigen – ein wichtiges Argument gegen die Forderung der Opposition nach einem Beschäftigungsprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Nach der ersten Lesung im Bundestag ist für den 5. Oktober der erste Durchgang im Bundesrat geplant. Ende November sollen dann die zweite und dritte Lesung im Bundestag stattfinden und am 20. Dezember soll der Bundesrat das Werk dann abschließend absegnen.

SPD soll an Friedensaktionen teilnehmen

DW. Bonn

Der SPD-Vorstand hat die Sozialdemokraten dazu aufgerufen, an den Veranstaltungen der „Friedensbewegung" im Herbst teilzunehmen, um dabei „friedfertig und gewaltfrei Zeichen des Friedens zu setzen". Unter Hinweis auf geplante Aktionen der „Friedensbewegung" zur Behinderung von NATO-Manövern heißt es zugleich, Sozialdemokraten sollten aber alles vermeiden, „was zu einer Konfrontation von Soldaten und Friedensbewegung führen könnte".

Bereits am vergangenen Wochenende hatte sich die SPD in Baden-Württemberg einstimmig darauf geeinigt, an den Herbstaktionen der „Friedensbewegung" teilzunehmen. *Der Parteivorstand in Bonn* unterstützte gestern auch die Aufforderung von SPD-Chef Willy Brandt, die Bundesregierung solle eine eigenständige europäische Abrüstungsinitiative ergreifen und kündigte eine Initiative mit dem Ziel eines sofortigen Stationierungsstopps als Einstieg in neue Abrüstungsverhandlungen an.

Quartiermacher der RAF gefaßt?

W. K./SAD, Nancy/Bonn

Zwei mit gefälschten Papieren ausgestattete und möglicherweise als Kuriere oder Quartiermacher in der terroristischen Szene eingesetzte junge Deutsche sind in den Vogesen festgenommen worden. Französische Gendarmen verhafteten die beiden in *einer ehemaligen Holzsägerei im* Vogesen-Dorf Allarmont (250 Einwohner). Den Haftbefehl hatte ein Hamburger Untersuchungsrichter ausgestellt. Die deutschen Behörden suchten die aus Bremen stammende Martina Bick und ihren Begleiter Peter Schönwiese wegen des Verdachtes der Fälschung von Dokumenten und Scheckbetrugs. Die beiden hatten in Ostfrankreich die *verlassene Holzsägerei* gemietet und dort häufig Besucher empfangen, die in Autos mit deutschen Kennzeichen kamen.

Schönwiese und Martina Bick lebten in den Vogesen unter falschem Namen. Der 34jährige nannte sich Peter Kronk, seine Freundin trug den Namen Martina van den Heide. Eine weitere Deutsche, die gültige Personalpapiere besaß, wurde wieder freigelassen.

Eine Brille führte die Polizei auf die Spur von Hoffmann

Zweifache Mordanklage gegen Neonazi im Fall Lewin / Mehrmonatiger Prozeß in Nürnberg

PETER SCHMALZ, Nürnberg

Auf 15 000 Blatt Strafakten fußt die Anklage, die Oberstaatsanwalt Otto Horn morgen im Schwurgerichtssaal des Nürnberger Justizgebäudes verlesen wird. Ob die umfangreiche Sammlung jedoch genügen wird, nach voraussichtlich mehreren Monaten Verhandlung einen Schuldspruch gegen die beiden Angeklagten zu erwirken, ist noch keineswegs sicher. Die Chancen für Karl-Heinz Hoffmann (46) und seine Lebensgefährtin Franziska Birkmann (37), das Mammutverfahren mit einem Freispruch zu überstehen, sei es mangels Beweises oder gar aus erwiesener Unschuld, scheinen jedoch gering. 60 Zeugen und 21 Sachverständige sind aufgeboten, die Schuld der beiden zu belegen.

Angeklagt ist Hoffmann, der Gründer der nach ihm benannten und seit Januar 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe", des Mordes: Er soll teilgehabt haben an der Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin *und dessen Lebensgefährtin Frida* Pöschke in deren Bungalow in Erlangen. Frau Birkmann ist der Beihilfe beschuldigt. Beide bestreiten den Vorwurf.

Die Tat geschah am 19. Dezember vor vier Jahren. Wenn erst jetzt die Hauptverhandlung eröffnet wird, dann liegt das vor allem an den schwierigen Ermittlungen, die immer wieder im Sande zu verlaufen drohten. Schon im September 1981 hatte der leitende Oberstaatsanwalt Rudolf Brunner in Nürnberg erklärt, Hoffmann habe die Morde „im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute" begangen, die Tat könne „als im wesentlichen geklärt angesehen werden".

Dem aber widersprach genau zwei Jahre später die 5. Große Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth und lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens mit der Begründung ab, ein hinreichender Tatverdacht könne „mangels genügender Beweise" nicht bejaht werden. Daraufhin wurde das Verfahren der 3. Großen Strafkammer überwiesen, die nun unter Leitung des Vorsitzenden Richters Rudolf Koob an jeweils drei Verhandlungstagen pro Woche den Schuldvorwurf klären soll.

Die nach dem auch im Ausland Aufsehen erregenden Doppelmord gebildete Sonderkommission des bayerischen Landeskriminalamtes tappte lange Zeit auf der Suche nach Motiv und Täter im dunkeln. Am Tatort bleiben nur wenige Anhaltspunkte zurück, die auf die Spur der Täter führen könnten: eine Sonnenbrille, acht Patronenhülsen vom Kaliber 9 Millimeter, der Abschlußring einer Spraydose (was auf die Verwendung eines selbstgebastelten Schalldämpfers schließen läßt). Schließlich werden im Garten noch Fußspuren im Schnee entdeckt, die von einem Da*menschuh* oder einem Herrenwesternstiefel stammen könnten.

Die Suche nach persönlichen Fehden der Getöteten bringt keine erhellenden Erkenntnisse: Frau Pöschke hatte keine, Shlomo Lewin hatte mit der Israelitischen Kultusgemeinde von Nürnberg, deren Vorsitzender er bis 1979 war, zwar heftige Auseinandersetzungen. Als Motiv für ein derartiges Kapitalverbrechen reichte dieser Dauerkonflikt aber nicht aus.

Erst die Brille brachte die Fahnder *auf die Fährte,* die Wochen später zu dem Schloß Ermreuth von Wehrsport-Hoffmann führen wird. Das Gestell war eines von 77, die eine kleine Firma im Mittelfränkischen in den Jahren '75 und '76 hergestellt hatte. Und die Gläser waren anders behandelt als bei Optikern üblich. Da erinnerte sich der Inhaber der Brillenfirma, einen solchen Sonnenschutz einmal seiner früheren Nachbarin Franziska Birkmann gegeben zu haben. Als Dank für eine graphische Arbeit.

Birkmann als Lebensgefährtin von Hoffmann, der Neonazi als möglicher Mörder eines jüdischen Mitbürgers: Hier wurde eine logische Verdachtskette erkennbar. Und mehr noch: Die Schüsse, so hatten Experten des Landeskriminalamtes ermittelt, waren aus einer Maschinenpistole der Marke „Beretta" abgefeuert worden, wobei *auffällig war, daß die Projektile* wahrscheinlich aus einer Waffe stammten, die einmal verlötet war und später wieder gebrauchsfähig gemacht worden ist. Vier Jahre vor dem Doppelmord war bei Hoffmann eine verlötete Pistole dieser Marke beschlagnahmt und wieder ausgehändigt worden. Diese Waffe ist noch heute verschwunden – wie auch die Tatwaffe.

Während der Verhöre mußten Birkmann und Hoffmann schließlich auch zugeben, daß an ihrem Küchentisch im Schloß ein Schalldämpfer gebastelt und an einer Beretta-Maschinenpistole befestigt wurde – just der Typ der *Mordwaffe. Mehr noch:* Nach dem Erlanger Doppelmord kratzte Hoffmann die Projektile von Probeschüssen aus *dem Kellerboden* des Schlosses, deformierte sie in einem Schraubstock und warf sie weg.

Nun konzentrierten sich die Ermittlungen und fördern immer neue Hinweise zutage. Drei Mitglieder der verbotenen Wehrsportgruppe flohen aus einem PLO-Lager in Libanon, wohin sie von Hoffmann gebracht worden waren. Einer berichtet, Hoffmann und drei seiner engsten Getreuen hätten wenige Tage nach dem Doppelmord von Erlangen in Libanon die Tat gefeiert, und Hoffmann habe dabei von „sauberer Arbeit" gesprochen. Einer von Hoffmanns *Kumpanen war der 29jährige Uwe* Behrendt, der verdächtig ist, der Todesschütze gewesen zu sein. Aber ihn wird kein irdischer Richter mehr aburteilen können. Behrendt soll nach Zeugenaussagen am 16. September 1981 Selbstmord begangen haben. Seine Leiche wurde erst kürzlich von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamtes in Beirut gefunden.

Behrendt gehörte der von Hoffmann nach dem Verbot seiner hiesigen Gruppe gegründeten „Wehrsportgruppe Ausland" an, die von der Al Fatah trainiert wurde. Mit der Hilfe dieses Toten hoffen die beiden Nürnberger Angeklagten nun, ihren Kopf aus der Schlinge des Gesetzes ziehen zu können. Ihm lasten sie die Bluttat alleine an: Behrendt soll, so gibt Hoffmann an, ihm nachts nach der Tat gebeichtet haben, er habe die Morde begangen.

Der inzwischen kahlköpfige Hoffmann wird dem Gericht aus der Haft vorgeführt, er muß sich während des *Verfahrens noch weiterer strafbarer* Handlungen verantworten, wie Geldfälschung, Freiheitsberaubung, Anwerben für einen fremden Wehrdienst und Verstöße gegen das Waffen-, Sprengstoff- und Kriegsgesetz. Der Haftbefehl gegen Franziska Birkmann ist seit März 1982 außer Vollzug, auch ihr werden weitere Delikte angelastet wie Nichtanzeigen geplanter Straftaten und Beihilfe zur Geldfälschung.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Stereotype Ausrede

„Mit dem Kopf im Wasser"; WELT vom 4. September 1984

Der Analyse Ihres Madrider Korrespondenten Rolf Görtz über das Nichtverstehen maritimer Zusammenhänge in Bonn ist nichts hinzuzufügen. Es ist mehr als beschämend, wenn die Beteiligung deutscher Minenabwehreinheiten an der Suche im Roten Meer, ob expressis verbis darum gebeten wurde oder nicht, mit der stereotypen Redewendung (besser: Ausrede!) abgetan wurde, ein „Einsatz" von Seestreitkräften „out of area", also südlich des Wendekreises des Krebses, komme nicht in Frage.

Diese selbstgestrickte Selbstbeschränkung ist vor allem dann vollends absurd, wenn, wie in diesem Fall, die Bundesrepublik Deutschland ihre Solidarität nicht nur mit den dort suchenden Marinen auch von NATO-Partnern, sondern auch mit den Anrainerstaaten dieses wichtigen Welthandelsweges bewiesen hätte, den auch die deutsche Handelsflotte täglich nutzt. Die Weigerung, sich an einer defensiven Aktion zu beteiligen, muß um so unverständlicher sein, weil das Legen von Minen, von wem auch immmer, in dieser Zeit und dieser Region ein Bruch des Völkerrechts ist. Handelsschiffe, und damit ihre – auch deutschen! – Besatzungen, vor Gefahren zu schützen, sollte eine humanitäre Verpflichtung sein. Das Licht der Erkenntnis, daß die Bundesrepublik im In- wie Export auf die gefahrenfreie Nutzung der Wasserstraßen dieser Welt in hohem Maße angewiesen ist, ist offensichtlich in Bonn noch immer nicht aufgegangen. Es läßt sich eben am Rhein vortrefflich träumen, wenn die Marinen unserer Verbündeten (auch für uns) räumen.

Wie gut, daß Bonn nördlich des Wendekreises des Krebses liegt. Sonst dürften möglicherweise deutsche Minensucher noch nicht einmal *alle zwei Jahre auf ihrer Rheinreise* die eigene Bundeshauptstadt aufsuchen.

Mit freundlichen Grüßen
J. Franke,
Kapitän zur See a. D.
Bonn

Basis des Vorhandenen

„Über den Tisch gezogen"; WELT vom 8. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kommentatoren, die sich mit den Vorgängen im innerdeutschen Bereich befassen, sollten wissen, wie die Dinge liegen. Dies sollte man gerade auch von der WELT, die sich stets ausführlich mit den zugegebenermaßen recht komplizierten Verhältnissen befaßt, erwarten.

Um so verwunderlicher ist es, wenn Herr Zehm bei den von Staatsminister Dr. Jenninger am 25. Juli 1984 angekündigten und von der DDR seit dem 1. August 1984 praktizierten Verbesserungen im „grenznahen Verkehr" beklagt, daß die West-Berliner davon ausgeschlossen seien. *Die Deutschland-Experten der WELT* sollten wissen, daß diese Bundesregierung nur auf der Basis handeln kann, die sie bei ihrer Amtsübernahme vorgefunden hat. Von „planvoller Abkoppelung" der Berliner bei Verhandlungen über menschliche Erleichterungen kann schon deshalb keine Rede sein, weil nach den Vertragsgrundlagen aus dem Anfang der 70er Jahre die Regelungen im „grenznahen Verkehr" eindeutig und ausschließlich in das Vertragswerk des *Grundlagenvertrags mit der DDR* vom 21. Dezember 1972 gehören. Sie betreffen lediglich den Reiseverkehr im Bereich der innerdeutschen Grenze. Eine ganz andere Basis hat der innerstädtische Verkehr in Berlin: Hier handelt es sich um eine Vereinbarung des Senats von Berlin mit der Regierung der DDR vom 20. Dezember 1971, die im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 abgeschlossen wurde.

Und ferner: Was heißt hier, „von nun an" würden Bürger der Bundesrepublik Deutschland von östlichen Grenzern nach „richtigen" und „falschen" Rentnern gesiebt? Dieser Vorwurf wurde im Anfang der 70er Jahre, als die Vereinbarungen über den innerdeutschen Reiseverkehr zwischen der damaligen Bundesregierung und der DDR-Regierung geschlossen wurden, nicht erhoben. Aber bereits damals hatte die DDR zwischen „falschen" und „richtigen" Rentnern „gesiebt", als sie am 10. Dezember 1974 eine Verordnung erließ, nach der Personen, die „das Rentenalter erreicht haben" vom Zwangsumtausch befreit wurden.

Der Paragraph 1 dieser Verordnung definierte diesen Personenkreis ziemlich exakt: „Als Personen im Rentenalter gelten Frauen nach Vollendung des 60. und Männer nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Den Altersrentnern gleichgestellt werden Invalidenvollrentner und Unfallvollrentner."

Unter diesen Voraussetzungen bleibt unerfindlich, wie Herr Zehm die jetzt erreichten Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr, die der sozialliberalen Regierung nicht gelungen waren, als „gleich Null" bezeichnen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
Im Auftrag Fr. Jos. Schmitt

Von Glauben und Politik

„Gegen Politisierung des Glaubens"; WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserer weitestgehend säkularisierten Zeit müssen die Kirchen fast täglich die Nagelprobe der Glaubwürdigkeit bestehen. Ein bedeutsamer Schritt ist es daher, daß den „Befreiungstheologien" in Erinnerung gebracht wurde, „daß der Atheismus und die Negation der menschlichen Person sich im Zentrum der marxistischen Konzeption befinden".

Der erhobene Zeigefinger gen Südamerika mag seine Berechtigung haben. Er verfehlt jedoch seine moralische Wirkung, solange andererseits die lateinamerikanische Kirche darauf verweisen kann, daß sich in dem Heimatland des Papstes die dortige katholische Kirche – ungerügt (!) – vertraglich zum nationalistischen Erfüllungsgehilfen des dortigen atheistisch-kommunistischen Regimes degradiert hat. In Punkt 5 des am 14. April 1950 geschlossenen Abkommens zwischen der polnischen Kirche und der polnischen Regierung heißt es wörtlich: „Der Grundsatz, daß der Papst die maßgebliche und höchste Autorität der Kirche ist, bezieht sich auf Angelegenheiten des Glaubens, der Moral und der kirchlichen Jurisdiktion. In anderen Angelegenheiten hingegen richtet sich der Episkopat nach dem polnischen Staatsinteresse."

Dabei beschrieb dem neuen Vatikanbotschafter Hermes gegenüber der Papst die Aufgabe der Kirche wie folgt (WELT v. 28. 8. 1984): „Die Kirche ist kraft ihrer Sendung überall dort zu offenem Widerstand aufgerufen, wo Grundwerte und Grundrechte des Menschen in das Belieben und dadurch in die willkürliche Verfügbarkeit des Einzelnen oder der Gesellschaft abzugleiten drohen."

Gemäß der Devise „pacta sund servanda" ist es völlig korrekt, wenn der Primas von Polen fragt „Welche Deutschen? Welches Unrecht?"! Ein unergründliches Geheimnis bleibt einem römisch-katholischen Christen nur, warum von deutschen Bischöfen die Kirche Polens den Deutschen als leuchtendes Vorbild dargestellt wird. Die katholischen Oberschlesier wüßten bestimmt „Interessantes" von dieser besonderen Art „polnischer Befreiungstheologie" zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Thüne,
Oppenheim

Eher Mißgunst?

„Lange Ferien – deshalb müssen Lehrer mehr als 40 Stunden arbeiten"; WELT vom 30. August

Sehr geehrte Redaktion,

daß der Lehrer seine Arbeitszeit als Unterrichtsvorbereitung und Korrektur selbst festlegen kann – z. B. auf den Abend und auf das Wochenende –, und wenn er dabei seine Freizeit auf die übliche Büro- oder Geschäftszeit verlegt, so trägt ihm dies eher Mißgunst als Verständnis ein.

Es ist schwierig, die Gesamtarbeit der Lehrer in exakten Stundenzahlen anzugeben, wie es für andere Berufsgruppen möglich ist, bei denen man nur die Anwesenheit am Arbeitsplatz in Anrechnung zu bringen braucht. Dies gilt um so mehr, als die normale Unterrichtsstunde in ihrer Gesamtbelastung schwer zu vergleichen ist mit einer Stunde *Verwaltungsarbeit o. ä.*

Als Schulleiter eines Gymnasiums, der die Belastung seiner Kollegen sicherlich beurteilen kann, bin ich der Auffassung, daß die Lehrer am Gymnasium in ihrer Mehrzahl einen Arbeitsaufwand zu leisten haben, den man vergleichbaren Berufsgruppen heute nicht mehr zumutet. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Pflichtstundenzahl der Studienräte seit über 50 Jahren konstant geblieben ist. Die Lehrer sind häufig in schwierigen Zeiten zu den Prügelknaben geworden. Das wiederholt sich leider auch heute wieder.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Siemen,
Oberstudiendirektor,
Gymnasium Brunsbüttel

Ohne Deutsch

„Leserbrief: Pierre Pflimlin; WELT vom 30. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird wohl das Geheimnis Herrn Boysens bleiben, wie man Menschen, die Deutsche und germanischer Abstammung sind (denn das sind die Elsässer und Lothringer ja wohl) germanisieren kann.

Wer ins Elsaß kommt, versuche doch einmal ein Gespräch in deutscher Sprache mit der jungen Generation zu führen, und wenn er dazu in der Lage ist, so möge er einen Vergleich mit dem Stand von 1954 ziehen, also eine Generation zurück! Tatsache ist, daß sowohl im Elsaß als auch in Lothringen in den Kindergärten deutsch zu sprechen verboten ist. In den Grund- und Hauptschulen wird weder in Deutsch unterrichtet noch Deutsch als Fremdsprache angeboten. Das gibt es nur an den Gymnasien!

Mit freundlichem Gruß
F. Brunner,
Sottrum

Die Redaktion behält sich das Recht vor, *Leserbriefe sinnentsprechend* zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Diejenigen, die Einflüsse fürchten und sich ihnen entziehen, legen damit stillschweigend ein Geständnis ihrer seelischen Armut ab. Es gibt in ihnen nichts wirklich Neues zu entdecken, denn sie geruhen nicht, dem zu folgen, was sie zu neuen Entdeckungen führen könnte."

André Gide; franz. Autor (1869–1951)

Personalien

EHRUNG

Eine gestandene Parlamentarierin der CDU, Dr. **Helga Wex**, wird von der Union geehrt. CDU-Parteichef und Bundeskanzler Helmut Kohl gibt am 13. September im Bonner Konrad Adenauer-Haus einen Empfang zu Ehren der Politikerin. Frau Wex war am 5. Juli 60 Jahre alt geworden. Helga Wex ist Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. In diesem Jahr übernahm sie auch das Amt des Koordinators für die deutsch-französische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt. Auf Bitten von Helmut Kohl hatte sie sich zu dieser weiteren Aufgabe bereiterklärt. Die Offizierstochter und ehemalige Ministerialrätin bei der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Bonn war 1967 für den verstorbenen Konrad Adenauer über die Landesliste in den Deutschen Bundestag nachgerückt. 1969 wurde sie in das Präsidium der CDU gewählt, dem sie bis 1977 angehört hat. 1971 hat sie das Amt der Bundesvorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung übernommen. Zu ihren Anliegen in der Politik gehörte seitdem unter anderem das Thema Erziehungs- und Familiengeld für nicht berufstätige Mütter, die Forderung nach dem Ausbau der Teilzeitarbeit für Mann und Frau sowie die Partnerrente für die Frau. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat für Helga Wex, die als junges Mädchen am Europa-Kolleg in Brügge studierte, heute einen ganz besonderen Stellenwert. Der mühselige Weg der beiden Völker zueinander ist ihr seit den Studentenzeiten immer vor Augen. Als „Anwalt der Freundschaft zwischen beiden Ländern" glaubte sie, müssen auch von oben immer wieder neue Anläufe unternommen werden, um die Menschen zueinander zu bringen. Ein Weg hierzu sind noch intensivere Kontakte als bisher zwischen den Familien in Deutschland und Frankreich, die das Deutsch-Französische Jugendwerk unterstützen sollte.

RUHESTAND

Die längste Serie in einer deutschen Tageszeitung, die im wesentlichen von nur einem Autor niedergeschrieben wurde, ist nach Folge 1250 soeben zu Ende gegangen – weil der Schreiber die Pensionsgrenze erreichte. 27 Jahre lang hat **Ernst Ney** (65), die Kolumne unter dem Titel „Die Woche in Bonn/In Bonn notiert" mit Ereignissen aus der Bundeshauptstadt gefüllt, die eben nicht nur in die todernste Berichterstattung paßten.

Neys nächstes Stück Literatur ist kürzer und exklusiver. Er gehört zu den wenigen Journalisten, die vom Econ-Verlag aufgefordert wurden, ein Kapitel für das Buch „Mein Elternhaus – Ein deutsches Familienalbum" zu schreiben. 40 Autoren sind dafür ausgewählt.

Statt der CIA ein Heer von Spendern für die Contras

Die Guerrilla in Nicaragua kommt auch so „gut über die Runden"

WERNER THOMAS, **Miami**

Guerrilla-Führer Adolfo Calero hat kürzlich auf dem internationalen Flughafen von Miami vor einer Reise nach Panama ein Interview gegeben, bei dem er oft nervös um sich blickte. Er befürchtete keinen Mordanschlag, er erwartete einen Schuhhändler. „Ich soll Militärstiefel in Empfang nehmen", berichtete der elegant gekleidete Calero. „Das gehört zu meinen zusätzlichen Aufgaben in dieser neuen *Situation.*"

Die neue Situation: Der Krieg der antisandinistischen Partisanenbewegung „Demokratische Streitkräfte Nicaraguas" (FDN) gegen die marxistischen Comandantes in Managua wird heute nicht mehr vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert, weil der Kongreß die Mittel blockierte. Die Rebellen mußten sich deshalb neue Geldquellen erschließen. Sie sind mit den bisherigen Erfolgen zufrieden. „Wir kommen ganz gut über die Runden", versichert Calero.

Die „New York Times" und der „Miami Herald" berichteten in ihren Sonntagsausgaben, daß die diversen Spenden in diesem Jahr bereits zwischen zehn und 20 Millionen Dollar betragen, fast soviel wie die CIA-Hilfe im Haushaltsjahr 1984, die sich auf 24 Millionen Dollar belief. Die FDN konnte damit den Krieg fortsetzen und die monatlichen Soldkosten für die 12 000 bis 15 000 Partisanen in Höhe von 800 000 Dollar decken.

Israel zahlt fünf Millionen

Die weitaus größte Unterstützung leisteten nach Informationen des „Miami Herald" die Länder Argentinien, Honduras und Israel. Argentiniens Beitrag wird auf zehn Millionen Dollar geschätzt, der israelische auf vier bis fünf Millionen Dollar.

Israel habe die FDN-Truppen auch mit sowjetischen und chinesischen Waffen versorgt, die in Libanon von den PLO-Guerrillas erbeutet worden seien. Honduras soll besonders eine logistische Hilfe beim Transport von Versorgungsgütern gewähren. Während der Kampf der antisandinistischen Brigaden (Contras) vor zweieinhalb Jahren von honduranischem Boden aus begann, befinden sich heute fast alle Rebellen in Nicaragua.

Seit der Kongreß im Frühsommer die von der Reagan-Regierung beantragten Contra-Mittel für das Haushaltsjahr 1985 (21 Millionen Dollar) ablehnte, sucht die FDN-Führung in den Vereinigten Staaten private Spender. Sie annoncierte in amerikanischen Zeitungen: „Die Opfer des von Kommunisten beherrschten Nicaragua brauchen Ihre Hilfe."

Mario Calero, der Bruder des Rebellen-Kommandeurs, organisierte von seinem Wohnsitz in New Orleans einen Werbefeldzug, dessen Resonanz seine Erwartungen übertraf. Ein Veteranenverband, protestantische Fundamentalisten, Firmen und Privatbürger überweisen Spenden.

Der orthopädische Chirurg Dr. Manuel Alzugaray, ein Exilkubaner aus Miami, reist am Wochenende mit einem Kollegenteam nach Honduras, um verwundete FDN-Kämpfer zu operieren. Das Söldner-Magazin „Soldier of Fortune" wurde aktiv, schließlich eine Gruppe, die sich „Zivile Militärassistenz" (CMA) nennt.

Durch diese in Huntsville, US-Staat Alabama, ansässige Organisation, die Berater und militärische Ausrüstungen schickt, ist das Thema der vielseitigen Unterstützung der antisandinistischen Rebellen aktuell geworden. Seit zwei CMA-Vertreter am 1. September beim Abschuß eines Hubschraubers über nicaraguanischem Gebiet ums Leben kamen, beschäftigt sich die amerikanische Presse mit diesem jüngsten Kapitel des Mittelamerikakonfliktes.

Es wird nicht so schnell aus den Schlagzeilen verschwinden: Die demokratischen Kritiker der Mittelamerikapolitik Präsident Reagans auf dem Kapitolshügel wollen nun herausfinden, ob die CIA Kontakte knüpfte, ob US-Botschaften der Region kooperierten oder ob die Helfer gegen die Neutralitätsgesetze verstießen.

Ost-Hilfe für Sandinisten

Vertreter der Reagan-Regierung erinnerten in diesem Zusammenhang daran, daß die marxistischen Rebellen El Salvadors im vergangenen Jahr mehr als 150 000 Dollar von amerikanischen Solidaritätsgruppen erhalten hätten, ohne daß eine Untersuchung gegen die Spender eingeleitet wurde.

Sie erwähnten auch die Militärhilfe des Ostblocks an die Sandinisten, die weit höher liege als die der FDN zur Verfügung stehenden Mittel: etwa 100 Millionen Dollar im vergangenen Jahr, zwischen 500 und 800 Millionen Dollar seit der Machtübernahme der Comandantes im Juli 1979. Die Sandinisten besitzen mit 120 000 Soldaten und Milizen die stärksten Streitkräfte der Region.

Adolfo Calero, ein ehemaliger Politiker der konservativen Partei Nicaraguas, der während der Somoza-Zeit gelegentlich im Gefängnis saß, schätzt die Erfolgsaussichten seiner Leute weiterhin optimistisch ein, besonders nachdem er sieht, daß der Kampf auch ohne die direkte Hilfe der US-Regierung fortgesetzt werden kann.

Er warnt jedoch: „Der Krieg kann noch lange dauern." In diesem Punkt herrscht Übereinstimmung mit dem Gegner. So urteilen auch die Männer in Managua.

Überhastet in die Falkland-Pleite

Warum Argentiniens Marine wirkungslos bleiben mußte

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Obwohl mit zwei modernen, in der Bundesrepublik gebauten U-Booten ausgerüstet, ist die argentinische Marine im Falkland-Krieg gegen die britische Royal Navy nicht zum Zug gekommen. Die Gründe dafür wurden erst jetzt bekannt.

Überhastet stolperte Argentinien im April 1982 in die kriegerische Auseinandersetzung um das Archipel im Südatlantik. Dies berichtete kürzlich ein früherer argentinischer Seeoffizier in der Zeitschrift „Marine-Rundschau". Carlos Zartmann zufolge war die Marine des südamerikanischen Landes nicht im mindesten auf den Waffengang vorbereitet.

Vor allem nicht die U-Boot-Waffe. Über vier Boote verfügte Argentinien vor Kriegsbeginn. Davon waren zwei überalterte des amerikanischen Typs „Guppy", zwei weitere der modernen deutschen Klasse 209, die an Argentinien Anfang der siebziger Jahre geliefert worden waren. Mit diesen Booten hätte das Land Erfolge erzielen können, wenn die Hindernisse nicht gewesen wären. *Zartmann führt sie in* dem Zeitschriften-Artikel minutiös auf.

Schon mit den „Guppy"-Booten war erwartungsgemäß nicht viel anzufangen. Eins davon wurde nur noch als schwimmender Ausbildungsplatz genutzt, es war gar nicht tauchklar. Immerhin nutzte es die argentinische Admiralität dennoch zur Täuschung. Vor der amerikanischen Satelliten-Aufklärung wurde es versteckt, so daß sie annehmen mußte, es sei im Einsatz auf See.

Das zweite „Guppy"-Boot, obwohl durch langes US-Embargo und Mangel an Ersatzteilen nicht voll einsatzfähig, brachte in der Nacht zum 2. April Kampfschwimmer vor die Küste der Falkland-Inseln, die die folgende Landung von Marine-Infanterie vorbereiteten. Während der anschließenden Versorgungsfahrt für die Garnison auf Süd-Georgien entdeckten es britische Hubschrauber kurz nach dem Auslaufen aus dem Hafen Grytviken bei der Überwasserfahrt in flachen Gewässern und beschädigten es schwer. Ein Besatzungsmitglied kam dabei ums Leben.

Die sehr viel kampfkräftigeren Boote aus deutscher Fertigung hatten es mit ganz anderen Problemen zu tun. Von beiden waren die erfahrenen Kommandanten und andere Besatzungsmitglieder abgezogen und nach Emden in der Bundesrepublik gebracht worden. Dort wurden sie als neue Besatzungen ausgebildet für die bei den Thyssen-Nordseewerken seinerzeit im Bau befindlichen zwei neuen Boote des Typs TR 1700.

So waren die besten U-Boot-Fahrer Argentiniens während des gesamten Konflikts weitab vom Schuß in Europa. Im übrigen war eines der 209-Klasse-Boote zu Beginn des Krieges in der Werft zur Generalüberholung. In den wenigen Kriegswochen war es nicht mehr frontklar zu machen.

Blieb das letzte Boot, die „San Luis". Auf ihm hatten ein neuer Kommandant und eine neue Besatzung eben erst wenige Wochen Ausbildung auf See hinter sich. Trotzdem schickte es die Admiralität zum Kampf gegen die britische Marine. Es operierte im Seegebiet nördlich der Falkland-Inseln rund 800 Seemeilen von seinem Stützpunkt Mar del Plata entfernt.

Dreimal hatte die „San Luis" Gelegenheit zum Angriff, dreimal schlugen sie fehl. Am 8. Mai hatte die „San Luis" wieder Sonarkontakt. Die Besatzung glaubte, ein britisches atomgetriebenes U-Boot vor sich zu haben und schoß aus 2800 Meter einen amerikanischen *Mk-37-U-Jagd-Torpedo.* Der Angriff blieb ohne Folgen.

In der Nacht vom 10. zum 11. Mai fuhren zwei britische Zerstörer mit hoher Fahrt auf das getauchte Boot zu. Es feuerte aus 4600 Meter Entfernung einen drahtgelenkten Torpedo ab. Vergeblich. Zu einem zweiten Schuß hatte die „San Luis" nicht mehr die Zeit. Die Zerstörer liefen zu schnell und waren bald außer Kampfentfernung.

Wegen dieser Pannen brach der Kommandant schließlich die Funkstille und meldete die Ereignisse dem Marine-Oberkommando. Darauf erhielt er den Auftrag, Mar del Plata anzulaufen. Ende Mai kam das Boot an. In großer Eile wurden die Defekte repariert.

Zu spät aber, um noch in die Kämpfe einzugreifen. Großbritannien hatte die Malwinas inzwischen zurückerobert.

Hassan setzt auf Wähler vom Land

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Das 21-Millionen-Volk der Marokkaner wird am 14. September das vierte Parlament seiner drei Jahrzehnte bestehenden Unabhängigkeit wählen. Es ist das erste Parlament, das einer ohne Unterbrechung geführten Legislaturperiode folgt. Das Übergewicht der konservativen Landbevölkerung und die Doppelgleisigkeit des theokratischen Systems mit dem Majzen, dem Hofrat des Königs, der der vom Parlament bestimmten Regierung übergeordnet ist, lassen keine großen Änderungen erwarten.

Gewählt werden 306 Abgeordnete, normalerweise ein Vertreter für 100 000 Einwohner. Zu den Ausnahmen gehört die Westliche Sahara, die mit nur 160 000 Bewohnern acht Sitze erhält. Nur 204 Parlamentarier können in direkter Wahl ermittelt werden. Das restliche Drittel teilen sich die Gemeinden sowie die Kammern für Landwirtschaft, Handel und Industrie in indirekter Wahl.

Sechs Parteien und Wählervereinigungen treten an. Nach dem Ergebnis der letzten Kommunalwahlen vom vergangenen Jahr sind dies der Reihenfolge nach die neutralen, unabhängigen, *meist königstreuen Dorfältesten* und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Danach folgt mit Abstand etwa gleich stark die Verfassungsunion (UC) des Exministerpräsidenten Maati Bouabid, die politisch schwer einzuordnende Istiklal-Partei und die Nationale Vereinigung der Unabhängigen (RNI) unter Achmed Osman, einem Verwandten des Königs. Erst mit großem Abstand folgt dann die Sozialistische Opposition (USFP). Beobachter geben den Sozialisten höchstens 35 Sitze. Auch die Kommunisten dürften nur mit zwei oder drei Plätzen rechnen.

Natürlich kann König Hassan des besseren Eindrucks wegen die Reihenfolge dadurch verschieben, daß er zum Beispiel den Neutralen empfehlen läßt, sich ihnen – und ihm selbst – nahestehenden Parteien anzugliedern. Am Ergebnis würde das nichts ändern. Die Opposition des Istiklal und der Sozialisten protestierte mehrfach gegen dieses Wahlsystem, nennt es schlicht Betrug. Dennoch lassen sich ihre Vertreter – auch die Sozialisten – immer wieder zur Teilnahme an der Regierung einladen.

Bei der Beurteilung politischer Bewegungen weist man in Rabat auf *den großen Gegensatz* von Stadt und Land hin. Die Aufstandswellen der letzten Zeit konzentrierten sich auf wenige Städte. Auf die Städte aber *entfallen nur 88 Sitze,* während das mehrheitlich unpolitische Landvolk 116 Sitze im Parlament einnehmen wird. Eine kleine Verstärkung erhofft sich die Linke aus der Zulassung der etwa drei Millionen Marokkaner, die in Europa, vor allem in Frankreich, arbeiten, zur Briefwahl.

Marokko steckt tief in einer Wirtschaftskrise, die auch durch die Erlöse aus dem größten Phosphatvorkommen der Welt in der Westsahara nicht wesentlich verbessert werden kann. Der Phosphatpreis sank in den letzten Jahren auf ein Drittel seiner ursprünglichen Höhe. 40 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos – ein Zustand, der bereits zu Hunger und Unruhen geführt hat.

Der Weltwährungsfonds verlangt dennoch eine restriktive Politik, wofür er als Gegenleistung ein Moratorium für den Schuldendienst der Jahre 1983 und 1984 einräumt. Eine logische Folge der wirtschaftlichen Stagnation im Rahmen der Weltwirtschaftskrise bildet die Einschränkung der in der Vergangenheit so euphorisch begonnenen Ausweitung der marokkanischen Universitäten und Ausbildungsstätten für höhere Berufe. Die Weltbank verlangt eine *Drosselung.* Ihr Vorschlag war eine der Ursachen der Aufstandsbewegung Ende letzten Jahres. König Hassan schob sein entsprechendes Dekret zwar *auf,* er weiß aber, *daß er* eine Tages die Ausgaben für die Universitäten und höheren Schulen einschränken muß.

Neuseeland rückt von Pakt mit den USA ab

DW. Wellington

Die in Neuseeland regierende Labour Party strebt einen Rückzug des Landes aus dem mit Australien und den USA geschlossenen Anzus-Verteidigungspakt an. Darauf zielt eine *Resolution des Kongresses der Regierungspartei,* der sich dagegen aussprach, daß die neuseeländischen Streitkräfte künftig gemeinsam Manöver mit Armeen abhalten, die im Besitz von Atomwaffen sind. Ministerpräsident David Lange distanzierte sich von der Entschließung und versicherte, die Regierung sei nicht auf dem Rückzug vom Anzus-Pakt.

Neuer Bürgermeister in Wien gewählt

dpa, Wien

Mit großer Mehrheit ist gestern der bisherige österreichische Unterrichtsminister Helmut Zilk zum neuen Bürgermeister in Wien gewählt worden. Er erhielt im Gemeinderat *62 der abgegebenen 99 Stimmen.* Der Bürgermeister bekleidet zugleich auch das Amt des Landeshauptmanns im Bundesland Wien. Der Vorgänger von Zilk, Leopold Gratz, war zum Außenminister ernannt worden.

Befreiungstheologie: EKD soll ablehnen

idea, Stuttgart

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sollte ebenso entschieden wie der Vatikan die Theologie der Befreiung ablehnen. Dazu hat der *Leiter der Konferenz* Bekennender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands, Pfarrer Fritz Grünzweig, aufgefordert. Er betonte, Christen träten für Entrechtete ein und hülfen ihnen. Es könne aber nie Aufgabe der Kirche sein, gewaltsam tätige Befreiungsbewegungen ideell und finanziell zu unterstützen, wie es „leider beispielsweise der Weltkirchenrat über seinen Sonderfonds im Blick auf die marxistischen Widerstandsorganisationen Swapo *und AMC im südlichen Afrika" praktiziere.*

Busse und Lkw an der Grenze gebremst

DW. München

Den Vorteil, an manchen europäischen Grenzen offene Schlagbäume vorzufinden, haben Omnibus- und Lastwagenfahrer noch nicht gefunden. Über anhaltende Behinderungen klagte jetzt der Geschäftsführer des Verbandes Bayerischer Omnibusunternehmer, Helmut Seither, in Tirol. Er monierte, daß sich nicht nur die *Fahrgäste in den Bussen Paßkontrol*len unterziehen müssen, sondern daß auch die Fahrer Kontrollen der Fahrzeugpapiere, Nachweise über ihre Arbeitszeit und Steuerkontrollen hinnehmen müßten. Für Lastwagen seien an manchen Grenzen sogar bis zu 70 Papiere nötig.

Rückkehrer werden verstärkt unterstützt

epd, Frankfurt

Mit 2,5 Millionen Mark will die Bundesregierung in diesem Jahr die Gründung von Produktionsbetrieben *in der Türkei durch türkische Rück*kehrer unterstützen. Diese türkischen Arbeitnehmergesellschaften würden weiterhin als „entwicklungspolitisch sinnvoller Ansatz" betrachtet, erklärte der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Siegfried Lengl. Außerdem werde das Ministerium in den nächsten zwei Jahren zinsgünstige Kredite von insgesamt 28,5 Millionen Mark bereitstellen.

Wollte Schweden in Krieg eingreifen?

dpa, Kopenhagen

Das neutrale Schweden hat angeblich kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs Möglichkeiten geprüft, militärisch in den Krieg einzugreifen, um die von deutschen Truppen besetzten Nachbarländer Dänemark und Norwegen zu befreien. Dies geht aus bisher geheimgehaltenen Dokumenten des Reichsarchives in Stockholm hervor, die jetzt freigegeben und gestern von der Zeitung „Svenska Dagbladet" in Auszügen veröffentlicht wurden. Unter Berufung auf diese Papiere berichtete die Zeitung außerdem, die damalige schwedische Regierung habe im April 1945 dem SS-Führer *Heinrich Himmler* vorgeschlagen, in Norwegen stationierte deutsche Truppen nach ihrer Kapitulation zu internieren. Himmler sei an diesem Angebot grundsätzlich interessiert gewesen.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bukarest sieht Besuch nicht gefährdet

● Fortsetzung von Seite 1

sche Verweigerung weiterer Abrüstungs-Dialoge mit dem Westen in zwar gewundener, aber doch erkennbar kritischer Form kommentiert hätten. Dies entsprach nicht der gewünschten „Linie".

Bei allem Bedauern betrachtet man die bisherigen Absagen in Bonn auch deshalb mit Gelassenheit, weil die Verantwortung dafür eindeutig bei Moskau liege und keineswegs bei der Diplomatie der Bundesregierung. Wenn bestimmte bilaterale Begegnungen, wie zum Beispiel die deutsch-bulgarischen, im Augenblick nicht zustande kämen, gingen dadurch keine Ergebnisse verloren. Für den Bundeskanzler beansprucht offenbar die Europa-Politik nach wie vor die höchste Priorität. *Die „historische Chance"*, auch für die Ostpolitik, liege *im Akkord* zwischen Kohl, *Mitterand* und anderen westlichen Partnern.

*

DW. Berlin

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die gestern in Berlin tagte, stellte die Absagen Honeckers und Schiwkows in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der derzeitigen inneren Lage im Ostblock. Bundeskanzler Kohl sagte vor dem Fraktionsvorstand, es stehe völlig außer Frage, *daß* beide Politiker *hätten* kommen wollen. Derzeite wisse niemand im Westen, *was in Moskau* geschehe, meinte der Kanzler unter Anspielung auf den kranken sowjetischen Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko.

Kohl ging ausdrücklich auf die jüngsten Revanchismus-Vorwürfe, denen sich jetzt auch die „DDR" angeschlossen hat, ein. Die Deutschen seien keine Revanchisten, sondern ein Volk, das ein Verhältnis zu seiner Würde habe. Diese Würde bestehe darin, „daß wir die Frage der Einheit *der Nation nicht aufgeben – auch* nicht in Teilbereichen". Die Forderung Ost-Berlins nach Verwirklichung der vor einigen Jahren von Honecker aufgestellten „Geraer Forderungen", darunter vor allem die Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft, wies der Kanzler zurück. Er sei nicht bereit, um eines guten Besuchsklimas willen einen Teil „unserer *Grundsätze*" aufzugeben. Dagegen könne über alle pragmatischen Fragen, wie etwa beim Umweltschutz, vernünftig miteinander gesprochen werden. *Kohl* reagierte auch auf Erklärungen führender *Sozialdemokraten wie Egon Bahr* und Hans-Jürgen Wischnewski, man *sollte über eine Verwirklichung der* Honecker-Forderungen sprechen. *Wenn die Sozialdemokraten* das wollten, so der Kanzler, dann werde sich die Union mit ihnen kämpferisch auseinandersetzen müssen.

Eine „konzertierte Aktion, die Moskau mit der Revanchismus-Kampagne *eingeleitet und durchgesetzt*" habe, sieht der CDU/CSU-Fraktions*chef Alfred Dregger hinter* den Besuchsabsagen. Nun müsse in den sozialistischen *Staaten* Mitteleuropas als auch in Westeuropa mit „schwierigen Wochen, vielleicht sogar Monaten" gerechnet werden, „bis die Machtfrage in Moskau geklärt" sei. Gerade jetzt sei Gelassenheit notwendig und die „in höflichen Worten sichtbar gemachte Überzeugung, daß von dem Zustandekommen dieser *Besuche* weder unsere *Zukunft* noch die Zukunft der deutsch-deutschen *und der bulgarisch-deutschen* Beziehung abhängt". Eine ähnliche Be*merkung* Dreggers, *gemünzt auf* den Honecker-Besuch, war von „DDR"-Vertretern als Begründung für das Nicht-Zustandekommen der Visite zum geplanten Zeitpunkt im September herangezogen worden.

Dregger fügte in Berlin hinzu, es werde sich bald zeigen, ob Ceausescu *seine eigenständige Position* wahren könne.

cgs. Wien

Das Zustandekommen des Ceausescu-Besuchs wird allgemein als Nagelprobe auf die rumänische Politik der relativen Unabhängigkeit betrachtet. Rumänien befinde sich gegenüber den Sowjets in einer etwas besseren Situation, da der Besuch in Bonn als „Staatsbesuch" und nicht als protokollarisch niedrig einzustufender Arbeitsbesuch wie im Falle Honecker und Schiwkow klassifiziert sei, hieß es in osteuropäischen Kreisen. Außerdem habe Bukarest – im *Gegensatz* zu den Bulgaren und der „DDR" – die Visite am Rhein auch in den *eigenen Medien bereits* angekündigt.

Dennoch wird auch *in diesen Kreisen* die bei weitem massivste Einwir*kung Moskaus auf* Ceausescu erwartet, um ihn von der Reise nach Bonn abzuhalten. Besonders verübelt wird den Rumänen die Erklärung Ceausescus, jedes Land habe das Recht auf eine eigene Außenpolitik.

Kategorisch dementiert wurden von einem Sprecher der rumänischen Botschaft in Wien Darstellungen, daß rumänische Truppen an dem gegenwärtig in der CSSR stattfindenden Manöver „Schild 84" des Warschauer Pakts teilnehmen. Berichte des tschechoslowakischen Fernsehens über eine solche angebliche Beteiligung be*zeichnete der rumänische Diplomat* in einem Gespräch mit der WELT als falsch. „In der Tschechoslowakei befinden sich lediglich rumänische Stabsoffiziere, nicht aber rumänische Einheiten." Dementiert wurde auch eine Meldung in der westlichen Presse, Bukarest habe anläßlich der letzten Manöver des Warschauer Pakts in Bulgarien einen Durchmarsch sowjetischer Truppen durch rumänisches Territorium gestattet.

In der slowakischen Stadt Banska Bystrica (Altsohl) sind gestern alle Verteidigungsminister des Warschauer Paktes, *darunter der Rumäne Konstantin* Olteanu, eingetroffen.

Immer weniger Pfleger für immer mehr Pflegefälle

Mit einem Zwei-Milliarden-Programm will Bonn die häusliche Betreuung fördern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Aufgrund des veränderten Altersaufbaus in der Gesellschaft ist mit immer mehr – vor allem – älteren Hilflosen und mit immer weniger für sie sorgenden jüngeren Menschen zu rechnen. Im Zeitraum von 1950 bis 1982 hat sich die Zahl der 70- bis 79jährigen um 100 Prozent erhöht. 1950 waren etwa 1500 Personen in der Bundesrepublik älter als 95 Jahre. 1982 waren es fast 26 000.

Die ganze Not auf einem Sektor der Gesellschaft, der keine große Lobby hat, wird im „Bericht der Bundesregierung zu Fragen der Pflegebedürftigkeit" mit der Feststellung aufgezeigt, daß zur Zeit der Untersuchung jeder Dritte der über 80jährigen ohne *Pfleger nicht auskommen konnte.* Die notwendigen Hilfen erhielten und erhalten, *so* der Bericht, den Bundesfamilienminister Heiner Geißler vorgelegt hat und der vom Kabinett verabschiedet wurde, die Pflegebedürftigen fast ausschließlich durch Angehörige oder im Wege der Nachbarschaftshilfe. 33 Prozent aller Pflegepersonen gaben an, mehr als sechs Stunden täglich beim Pflegen der Hilfsbedürftigen tätig zu sein.

Neue Zahlen fehlen

Seit sechs Jahren gibt es keine aktuellen Informationen mehr über die Anzahl und die Lage der zu Hause lebenden wahrscheinlich 1,6 Millionen pflegebedürftigen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine umfassende Erhebung ist auch über wahrscheinlich 260 000 in „Einrichtungen" untergebrachten mehr oder weniger hilflosen Menschen überfällig. Zu Erkenntnissen über ihre Einkommensverhältnisse muß eine Statistik von 1977 herangezogen werden: Danach haben 25 Prozent von ihnen kein Einkommen und weitere 32 Prozent können weniger als 600 Mark monatlich ausgeben.

Mit einem Programm, für das zwei Milliarden Mark eingesetzt werden sollen, will die Bundesregierung jetzt erreichen, daß die häusliche Pflege entsprechend dem Grundsatz „Ambulante Versorgung *hat* Vorrang vor stationärer Versorgung" und entsprechend dem hohen Wert der persönlichen Zuwendung gefördert und unterstützt werden soll.

Das Bündel von Maßnahmen ist erklärtermaßen Ersatz für die in Erwägung gezogene Einführung einer *„Pflegeversicherung" beziehungs*weise des Erlasses eines Pflegegesetzes. Die Bundesregierung ist aber, wie Geißler in Bonn sagte, zu dem Ergebnis gekommen, daß dies „aus finanz- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten und wegen der noch nicht gelösten Sachprobleme" nicht in Betracht kommen könne.

Langfristig sollen nach dem nun vorliegenden Plan die Krankenkassen als *Pflichtleistung* die Kosten einer Haushaltshilfe für Pflegefälle übernehmen. Erkrankt die „Pflegeperson", dann wird der bestellte *zeitweilige Ersatz ebenfalls von den* Krankenkassen bezahlt.

Bei Pflegebedürftigen soll künftig zur Wiedererlangung der Bewegungsfähigkeit nach akuten Erkrankungen oder nach Unfällen verstärkt eine zum großen Teil von den Krankenkassen zu zahlende Rehabilitation stattfinden. Dazu gehören Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- und Beschäftigungstherapie.

Geißler kündigte ferner an, daß die Aufnahme pflegebedürftiger Elternteile in Eigenheime und in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus erleichtert werden soll. Hier müsse das Wohnungsbindungsgesetz geändert werden, an dem es bisher scheitert, daß solche alten Menschen in *„geförderte Wohnungen"* einziehen, nur weil ihr Einkommen eine gewisse Höhe überschreitet.

„Sozialstationen", von denen es in der Bundesrepublik gegenwärtig etwa 1500 gibt und die mit jeweils vier bis zwölf Fachkräften und einem großen Stamm von ehrenamtlichen Helfern Einzugsgebiete zwischen 20 000 und 60 000 Einwohnern betreuen, sollen in Zukunft kontinuierlich ausgebaut werden.

Steuererleichterungen?

Die ambulanten Dienste, zu denen im ländlichen Bereich noch etwa 3000 Gemeinde-Krankenpflegestationen gerechnet werden, sind nach Feststellungen des Familienministeriums zu wenig auf die große Gruppe der Pflegebedürftigen und zu stark auf die Krankenpflege ausgerichtet. Rehabilitative Maßnahmen werden nur bei *19 Prozent* der *Pflegebedürftigen* durchgeführt.

Angedeutet wird in dem Bericht, daß weitere steuerliche Entlastungs*maßnahmen* über die *jetzt schon* bei Vorliegen eines Pflegefalles aktuellen hinaus geplant sind. Dazu heißt es wörtlich: „Die Bundesregierung wird prüfen, ob die steuerliche Berücksichtigung von Haushaltserschwernissen und sonstigen finanziellen Belastungen in den Fällen häuslicher Pflege verbesserungsbedürftig ist und es weiterer Regelungen bedarf." Alle Maßnahmen sollen schrittweise verwirklicht werden: als erstes die Unterstützung der häuslichen Pflege durch die Krankenkassen in dem erweiterten Umfang.

Aufschluß über Boff-Gespräch zum Jahresende?

KNA, Rom

Die brasilianischen Kardinäle Lorscheider und Arns haben im Zusammenhang mit dem Gespräch zwischen Kardinal Ratzinger, Vorsitzender der Kongregation für Glaubensfragen im Vatikan, und dem brasilianischen Franziskaner-Pater und prominenten Vertreter der „Befreiungstheologie", Leonardo Boff, die Qualität von Boffs Verteidigung und den guten Ausgang des Treffens gelobt. Der Vorgang, an dem die beiden brasilianischen Kirchenführer, Mentoren des Franziskaners, zeitweise teilnahmen, ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Die Glaubenskongregation wird, wie angekündigt, ihren Brief vom 15. Mai mit der Kritik an Boffs Buch „Kirche: Charisma und Macht" veröffentlichen, ergänzt um *die Ergebnisse des Kolloquiums.* Da mit der Publikation erst zum Jahres*ende oder Anfang 1985 zu rechnen ist,* wird sich erst dann zeigen, inwieweit die von der Glaubenskongregation als „gefährlich" bezeichneten Positionen durch die Anhörung bereinigt werden konnten.

Deutsch-sowjetisches Treffen ungewiß

dpa, Moskau

In Moskau ist immer noch ungewiß, ob nach dem Tode des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Leonid Kostandow eine UdSSR-Delegation am 24. November – wie ursprünglich geplant – zu Wirtschaftsgesprächen *nach Bonn* kommen wird. Bisher ist offenbar noch *kein Nachfolger für Kostandow* als einer der beiden Vorsitzenden der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission gefunden worden. Sie war zuletzt im November vergangenen Jahres in Moskau zusammengetreten. Westliche Wirtschaftskreise in der sowjetischen Hauptstadt weisen darauf hin, daß die Benennung eines neuen Vorsitzenden der sowjetischen Delegation sich möglicherweise noch hinziehen könne, da es für den Kreml nicht leicht sei, Kostandow als Experten für die deutsche Wirtschaft zu ersetzen.

Harte Kritik an Jugoslawiens KP

dpa, Belgrad

Die Belgrader „Politika", eine der führenden Zeitungen in Jugoslawien, hat die Spitze des Bundes der Kommunisten (BKJ) wegen ihrer Uneinigkeit und Unentschlossenheit angegriffen. Das Verhalten der Spitzenfunktionäre rufe „ernste Beunruhigung und Unzufriedenheit in breiteren Reihen der Mitglieder" hervor und vertiefe „die Kluft zwischen Führung und Mitgliedschaft", heißt es in einem Kommentar von Najdan Pasic, der dem Zentralkommitee der Partei angehört und Präsident des Verfas*sungsgerichts der Republik Serbien* ist. Teile der leitenden Funktionäre träten „*aggressiv*" für die *Sonderinteressen* der einzelnen Republiken und für eine Selbständigkeit der Republikorganisationen der Partei innerhalb der Bundespartei ein.

„Antisemitischer Terror in UdSSR"

AFP, Moskau

In einem offenen Brief an den sowjetischen Staatschef Konstantin Tschernenko hat eine Gruppe sowjetischer Juden den seit Monaten in der UdSSR herrschenden „antisemiti*schen Terror*" angeprangert. In dem Text, der auch der westlichen Presse in Moskau übermittelt wurde, *fordern* die 20 Unterzeichner die „Freilassung aller politischen und zionistischen Gefangenen, die in psychiatrischen Anstalten festgehalten werden". Die Unterzeichner betonen, sowjetische Behörden versuchten auswanderungswillige Juden als geistig krank und schizophren hinzustellen.

Die Zahl jüdischer Emigranten ist nach westlichen Zahlen von rund 51 000 im Jahre 1979 auf 1340 im vergangenen Jahr gesunken. Bei einer jüdischen Gesamtbevölkerung von rund 1,8 Millionen in der UdSSR geben sowjetische Juden die Zahl der Ausreisegesuche mit 20 000 bis 25 000 an.

Ölminister Riads reist offiziell nach Kairo

AP, Kairo

Zum ersten Mal seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Saudi-Arabiens zu Ägypten im Jahre 1979 wegen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages wird ein Mitglied der saudischen Regierung offiziell Kairo besuchen. In einem Interview der Kairoer Tageszeitung „Al Achbar" teilte der ägyptische Erdölminister Abdel Hadi Kandil mit, sein saudischer Kollege Ahmed Saki Jamani werde noch in diesem Monat in Kairo erwartet. Gesprächsthema ist die Koordinierung der Ölpolitik Ägyptens und der Organisation erdölexportierender Länder.

Reagan: Jalta ist kein Alibi für die Sowjets

USA nehmen Teilung Europas in Einflußsphären nicht hin

TH. KIELINGER, Washington

Zum zweitenmal in drei Wochen hat US-Präsident Reagan den auf die Jalta-Vereinbarungen gestützten Anspruch Moskaus, Osteuropa zu beherrschen, *zurückgewiesen. Auf* einem polnisch-amerikanischen Volksfest in Doylestown (Pennsylvania) wich der Präsident von seinem vorbereiteten Redetext ab und sagte: „Laßt uns nicht verführt werden, das Jalta-Abkommen jenen zur Deckung zu überlassen, die es verletzt haben. Das Abkommen war nie dazu gedacht, (den Sowjets) die Macht zu geben, Osteuropa so zu beherrschen, wie sie es getan haben."

Bereits am 17. August hatte der Präsident klargestellt, daß die USA „jede Interpretation des Jalta-Abkommens zurückweisen, die so tut, als ob Amerika der Teilung Europas in Einflußsphären zustimmt". Außenminister Shultz sagte drei Tage später: „Wir werden niemals die Idee eines geteilten Europa hinnehmen."

1983 hatte die amerikanische Zurückweisung einer solchen Interpretation des Abkommens von Jalta Schlagzeilen gemacht, als Vizepräsident George Bush nach Beendigung einer Osteuropa-Reise am 30. September in Wien in ähnlicher Manier die Haltung der Reagan-Administration darlegte. In einem Interview mit der „Washington Post" bestätigte jetzt der frühere Staatssekretär im State Department, Lawrence Eagleburger, daß dies lediglich die Fortführung amerikanischer Politik während der gesamten Nachkriegsära sei. Er nannte es „ein Grundprinzip unserer Außenpolitik, mit der wir seit Jahren leben". Es wäre „falsch und unmoralisch, wenn wir sagten, Osteuropa sei jetzt und für immer ein Teil des sowjetischen Imperiums". (WELT v. 10. 9.)

Eagleburger machte aber auch klar, daß damit nicht gemeint sei, die Amerikaner sprächen Moskau jedes Sicherheitsinteresse westlich der sowjetischen Landesgrenzen ab. Vielmehr ziele Washington darauf hin, „den eisernen sowjetischen *Griff* zu lockern", so daß die Menschen dort *„einige Flexibilität, einige Alternativen"* bekommen.

Das *Interesse* an *„differenzierten"* Beziehungen zu Osteuropa (Eagleburger) dokumentierte sich am Dienstag vergangener Woche in zwei parallelen Ereignissen, die beide die „DDR" betrafen. Zur Feier des 10. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin wurden in beiden Städten in den jeweiligen Residenzen der Botschafter diskrete Abendessen veranstaltet, bei denen in Washington Staatssekretär Armecost, die Nr. drei im State Department, und in Ost-Berlin der gleich*rangige Diplomat aus dem „DDR"*-Außenministerium teilnahmen.

Die Reagan-*Administration muß* freilich erkennen, daß ihre dynamischere Politik in Richtung Osteuropa von Moskau nach allen Kräften sabotiert wird. „Wir versuchen, sowjetische Sterilität zu durchbrechen und stellen *jetzt* fest, daß der Kreml noch genügend Leben in sich hat, diese Versuche zu vereiteln", sagte ein höherer Beamter, kurz nachdem auch der bulgarische Staatschef Schiwkow seinen Besuch in Bonn abgesagt hatte. In Washington sieht man aber in *den jüngsten geplatzten Terminen* nicht unbedingt das Ende der Bemühungen, zu Osteuropa unterhalb der Gesprächsebene der beiden Supermächte variable Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Wallmann bleibt hart

„Ausländer-Erlaß rechtswidrig" / Regierungspräsident will Bericht

dpa, Wiesbaden

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) ist nach wie vor nicht bereit, die vom hessischen Innenminister Horst Winterstein (SPD) verfügten LockerUngen beim Nachzug von Angehörigen ausländischer Arbeitnehmer in die Praxis umzusetzen. Wallmann erklärte gestern, auch nach einem vertraulichen Gespräch mit Winterstein bleibe er bei seiner Auffassung, daß der neue Ausländer-Erlaß „rechtswidrig ist und Bundesrecht verletzt". Bis jetzt jedenfalls fühle er sich „nicht berichtspflichtig" gegenüber dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, sagte der Frankfurter OB und Landesvorsitzende der hessischen Union.

In dem Gespräch mit Wallmann, an dem auch Staatssekretär Andreas von Schoeler und ein Rechtsexperte der Stadt Frankfurt teilnahmen, hatte Winterstein den Frankfurter Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß er über jeden einzelnen Fall, der sich auf den neuen Ausländer-Erlaß beziehe, Bericht zu erstatten habe. Der Regierungspräsident werde dann als Polizeiaufsichtsbehörde die „rechtlich gebotene Entscheidung" treffen und dem Oberbürgermeister „Anweisung erteilen". Die Rechtsgrundlage für dieses Verfahren liefert nach Angaben des Innenministeriums Paragraph 61 des Hessischen Gesetzes über Sicherheit und Ordnung (HSOG).

Wallmann: Die Erhöbung des Nachzugsalters sei mit „inhumanen Folgen" für die Nachziehenden verbunden, die sowohl bei der Suche nach einer Unterkunft als auch einem Arbeitsplatz erhebliche Schwierigkeiten haben würden. Noch 1982 habe auch Ministerpräsident Holger Börner (SPD) erklärt, daß er es für „menschlicher und sozialer" halte, das Nachzugsalter bei höchstens sechs Jahren zu begrenzen. Er könne nicht verstehen, wieso Börner seine Auffassung innerhalb von zwei Jahren geändert habe. Auch den Hinweis des hessischen Sozialministers Armin Clauss (SPD), die Lockerung des Nachzugs von Ausländern werde keineswegs zu einer neuen „Schwemme" führen, könne er nicht verstehen, sagte Wallmann.

Seite 2: Chaos Ausländerpolitik





Wieder nötig?

hg. – Nun will er also wieder Seelen massieren, der Präsident des Bundeskartellamtes: Wolfang Kartte hat die Großen aus Handel und Industrie für den 18. Oktober nach Berlin eingeladen, um sie noch einmal davon zu überzeugen, daß ungerechtfertigte Rabatte der Industrie an den Handel ebenso wie der Verkauf von Waren unter dem Einstandspreis der „Gemeinsamen Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs" zuwiderläuft, die jetzt im Sommer endlich fortgeschrieben worden ist. Ist das denn schon wieder nötig?

Im Prinzip nicht: Gerade die Großen vermeiden zur Zeit alles, was nach einem Verstoß gegen dieses freiwillige Übereinkommen der Spitzenverbände riecht. Selbst die Händler „auf der grünen Wiese" machen mit. Und offenbar bemüht sich auch die Industrie, ihre Rabattgewährung an den Handel mehr an der Kostenersparnis und weniger an der Macht der Kunden zu orientieren. Was also soll das Ganze?

Es soll den Mittelständlern in der Fraktion klarmachen, daß für ein Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis kein Handlungsbedarf besteht – der Handel verzichtet ja freiwillig. Die Klarstellung scheint nötig, denn mittlerweile liebäugeln nicht nur CDU/CSU, sondern auch SPD und FDP mit dieser Idee. Als ob es dem Wettbewerb oder gar dem Verbraucher nützen würde, wenn um jeden kleinen Lebensmittelhändler ein staatlicher Naturschutzzaun gezogen wird. Im Gegensatz zum freiwilligen Verzicht wäre dies eine gesetzlich vorgeschriebene Wettbewerbsbeschränkung. Die paßt nicht in die Marktwirtschaft. Und so gesehen massiert der Präsident die falschen Seelen.

Partnerschaft

Mk. – Am Wochenende ist die 22. Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts" in Berlin zu Ende gegangen. Die Veranstalter sprechen von einem Erfolg dieser Ausstellung, deren primäres Ziel es ist, die Exporte der Entwicklungsländer außerhalb des Rohstoffbereichs zu fördern. Auch in diesem Jahr wurde die Kontaktbörse wieder genutzt. Die Geschäftsabschlüsse außerhalb der Kontingente, die für diese Messe in sensiblen Bereichen gewährt werden, können sich sehen lassen. Dieses wird immer wichtiger. Denn inzwischen hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Dritte Welt mit ihren Schuldenproblemen um so leichter fertig werden kann, desto stärker der Handel intensiviert wird, und zwar nicht nur der mit den Industriestaaten, sondern auch zwischen den Entwicklungsländern, wozu in Berlin auch das Feld bereitet wurde. Die Intention dieser Messe, die einmal aus der deutschen Industrieausstellung hervorgegangen ist, ist heute mindestens noch so aktuell wie vor mehr als 20 Jahren.

Privatisierung

Von GERD BRÜGGEMANN

Seit Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung im Mai 1983 die Absicht verkündete, „den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen", die wirtschaftlichen Aktivitäten des Bundes also, wo nötig und möglich, zu privatisieren, ist wenig geschehen. Zwar tauchte das Thema im Jahreswirtschaftsbericht 1984 auf und das Bundesfinanzministerium als geschäftsführende Behörde wollte schon im Frühjahr eine Prüfung, welche Unternehmen für eine Privatisierung geeignet seien, *abgeschlossen haben. Aber dabei* blieb es bisher.

Jetzt meldete sich der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium Friedrich Voss (CSU) zu Wort. Statt indes, wie erhofft, die Grundlinien künftiger Privatisierungspolitik aufzuzeigen, teilte er mit, was nach seiner Ansicht nicht zur Disposition stehe. Und da er an erster Stelle ein Unternehmen nannte, das sich nach allgemeiner Ansicht zur Privatisierung geradezu anbietet, darf Schlimmes befürchtet werden. Die Rede ist von der Deutschen Lufthansa, an der der Bund mit knapp 75 Prozent beteiligt ist.

Nun wird in diesem Zusammenhang natürlich nicht nur über die Fluggesellschaft diskutiert; es gibt auch eine Reihe von Beteiligungen in der Industrie, bei Banken und im Dienstleistungsgewerbe, aus denen der Staat sich zurückziehen kann, ohne schlimmeren Schaden zu nehmen, als daß einige angenehm gepolsterte Vorstandssessel für ehemalige Politiker und Staatssekretäre verlorengingen. Aber ein Verzicht auf die Lufthansa wäre ein falsches Signal.

Was den Staatssekretär Voss veranlaßt hat, zu den richtigen und vernünftigen Privatisierungsplänen der Bundesregierung in diesem besonders geeigneten Fall das falsche Signal zu geben, ist ebenso unklar wie die Frage, ob sein Vorgehen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg abgestimmt war. Manches spricht dagegen. In Bonn wird die Vermutung gehandelt, Voss könnte im Auftrag seines Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß aktiv geworden sein, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus ist.

Strauß wird nachgesagt, er argwöhne, die Lufthansa könne ihre Beschaffungspolitik ändern, sprich weniger Airbusse kaufen, wenn der Bund seinen Anteil auf 51 Prozent – an *weniger ist ohnehin nicht gedacht* – reduziert. Solch Argwohn ist in jeder Hinsicht unbegründet. Die Lufthansa hat ihre Flotte bisher nach sachlichen Gesichtspunkten geordert, darunter reichlich Airbusse. Warum sollte sich das ändern?

Voss hat sich freilich gehütet, sich zu dieser Version zu äußern. Statt dessen erklärte er, man könne Stimmen, die einen Anteil von 51 Prozent für zu gering halten, um staatliche Luftverkehrspolitik zu betreiben, „nicht einfach mit der Hand wegwischen". Bei den Stimmen, die der Staatssekretär da erhört hat, handelt es sich vor allem um die des Lufthansa-Vorstandsvorsitzenden Heinz Ruhnau. Schon vor Monaten hatte der Lufthansa-Chef und ehemalige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium ein umfangreiches Papier nach Bonn geschickt, in dem er seine Bedenken gegen eine Privatisierung, oder besser die ins Auge gefaßte Teilprivatisierung, vortrug.

Ruhnaus Einwände zielen neben dem von Voss vorgetragenen Gesichtspunkt auf die Möglichkeit, daß die „*Identifizierung* der staatlichen Administration" mit der Lufthansa als nationaler Linienfluggesellschaft spürbar verringert werde, ja er sieht die Gefahr, ausländische Interessen könnten Einfluß auf das Unternehmen gewinnen. Nun zeigt eine Prüfung der Ruhnau-Papiere, daß die zusammengestellten Bedenken doch wenig überzeugend sind. Weder wird eine nationale *Luftverkehrspolitik* behindert, noch droht ausländischer Einfluß. Daß auch die Lufthansa selbst bei einer Verringerung des Bundesanteils größere Flexibilität zum Beispiel bei den immer wieder notwendig werdenden Kapitalerhö*hungen erhielte, sei nur am Rande* erwähnt.

Wie wenig staatliche Luftverkehrspolitik und staatlicher Anteil an der nationalen Luftverkehrsgesellschaft miteinander zu tun haben, beweist das Beispiel der Schweiz, deren *Swissair immer schon private Eigner* hatte. Aber auch die Privatisierungspläne der britischen Regierung für British Airways deuten in keinem Aspekt darauf hin, daß in Whitehall künftig keine Luftverkehrspolitik mehr betrieben werden soll.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg sollte sich deswegen von den Einwänden, die Voss und Ruhnau vorbringen oder noch für sich behalten, nicht irritieren lassen. Die Lufthansa gehört zu den Unternehmen, deren Privatisierung nötig und *möglich ist.* Wird die Fluggesellschaft von der Liste gestrichen, wäre das verbleibende Konzept nicht mehr viel wert.

WERKZEUGMASCHINEN / USA versuchen, ihren Markt besser abzuschotten

Die Talfahrt der Produktion setzt sich weltweit unvermindert fort

HEINZ HILDEBRANDT, Bielefeld

Im vergangenen Jahr hat sich die weltweite Talfahrt der Werkzeugmaschinenproduktion unvermindert fortgesetzt. Erneut sank der Produktionswert – um 16 Prozent auf nur noch 18,9 Milliarden Dollar. Er lag damit fast um 30 Prozent unter den Werten von 1980 und 1981. Betroffen waren davon alle Anbieter.

Auch die Japaner, die seit 1982 in der Weltproduktion führen und damals die Amerikaner auf den zweiten Platz verwiesen und überhaupt die einst dominierenden Hersteller das Fürchten lehrten, mußten Einbußen hinnehmen. Die Stärke der Japaner liegt dabei weitgehend auf dem preislichen Sektor, was entgegen landläufiger Meinung durchaus nicht auf ein niedriges Lohnniveau zurückzuführen ist, sondern auf kostensparende modernste Fertigungsverfahren. Dazu gehören nicht nur roboterunterstützte Produktionen, sondern auch optimal verkürzte Durchlaufzeiten. Zudem haben die Japaner sehr schnell die Perspektiven computergesteuerter Anlagen erkannt und diese mit der ihnen eigenen Flexibilität weiterentwickelt.

Sorgenfrei sind aber die Japaner nicht mehr. Sowohl ihr Produktions- als auch ihr Exportvolumen ging 1983 zurück und zwar jeweils um zwölf Prozent, Auswirkungen vor allem der amerikanischen Importzurückhaltung. Es ist daher verständlich, daß man in Japan mit sehr viel Sorge die Forderungen der amerikanischen Produzenten nach Importrestriktionen betrachtet, die durchaus noch nicht vom Tisch sind.

Selbstverständlich richten sich solche Absichten in erster Linie gegen den *Anbieter aus Fernost, sie würden* jedoch auch deutsche Hersteller hart treffen. Hinter diesen Plänen steht das Bemühen der amerikanischen Hersteller, ihren geschrumpften Binnenmarkt besser abzuschotten. Dort sank der Verbrauch an Werkzeugmaschinen 1983 um 45 Prozent. Die Produktion ging sogar um 50 Prozent auf 1,87 Milliarden Dollar zurück, die Exporte um 30 Prozent und der Import um 24 Prozent. Wesentlich besser sehen dagegen die vorläufigen Zahlen für 1984 aus. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen im ersten Quartal wieder um 93 Prozent, die aus dem Ausland auch noch um 66 Prozent.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik zeigt ähnliche Aspekte auf. Auch hier sank die Werkzeugmaschinenproduktion 1983, und zwar um 4 Prozent auf 9,4 Milliarden Mark. Der Aufschwung war an der Branche vorbeigegangen, sie profitierte auch nicht von der positiven Entwicklung in der Automobilindustrie, denn diese investierte vor allem im Montagebereich, weniger jedoch in der mechanischen Fertigung wie dem Motoren- und Getriebebau, dem potentiellen Markt für Werkzeugmaschinen.

Verringert haben sich im Vorjahr auch die Importe, allerdings nur um ein Prozent auf knapp 1,5 Milliarden Mark. Der japanische Anteil daran betrug elf Prozent, 1981 waren es noch 27 Prozent. Rückläufig waren jedoch auch die Exporte aus der Bundesrepublik, ihr Wert von 5,8 Milliarden Mark bedeutete ein Minus von sieben Prozent. Die größten Einbrüche gab es bei den Auftragseingängen, gegenüber dem schon niedrigen Vorjahreswert gingen sie um zehn Prozent auf 8,2 Milliarden Mark zurück, durchweg als Folge der rückläufigen Inlandsnachfrage.

Hier aber zeigt sich jetzt ähnlich wie in den USA ein erster Lichtblick. Die Auftragseingänge sind im ersten Halbjahr 1984 deutlich gestiegen, sie lagen um 35 Prozent über den allerdings niedrigen Vorjahreswerten, bei den Inlandsaufträgen lag das Plus bei 41 Prozent, im Exportbereich bei 31 Prozent.

Das läßt zumindest hoffen, aber aus dem Schneider ist die Branche noch längst nicht. Trotz hartem Wettbewerb auf dem Weltmarkt, der an Schärfe sicher nicht nachlassen wird, haben die deutschen Werkzeugmaschinen-Hersteller auch in Zukunft ihre Chancen. Sie müssen allerdings mit ihren Angeboten auf der Linie liegen, die diese Zukunft aufzeichnet. Das ist vor allem die Mitwirkung am Aufbau computergesteuerter, integrierter Fertigungsstraßen, bei denen neben industrieller Steuerungstechnik auch entsprechende Systemsoftware gefordert wird.

INDUSTRIEKONJUNKTUR

Ifo: Erholung geht weiter, aber mit weniger Dynamik

AP, München

Das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik erwartet nach einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, daß die Erholung der Industrieproduktion noch zumindest bis Ende 1985 anhalten wird, wenn auch in geringerem Tempo als in diesem Jahr. In der im Juli erstellten Prognose hätten die 400 beteiligten Großunternehmen ihre Voraussagen vom Januar für dieses Jahr um 0,75 Prozentpunkte nach unten auf ein Produktionswachstum von 3,8 Prozent korrigiert. Dies, so berichtete *das Institut gestern*, ist überwiegend auf den Arbeitskampf in der Metallindustrie und seine Folgen zurückzuführen.

Da ein Teil der Ausfälle erst im nächsten Jahr aufgeholt werden könne, seien die Produktionserwartungen für 1985 nun um einen halben Prozentpunkt höher mit zwei Prozent angegeben worden. Bei der nominalen Umsatzentwicklung werde für 1984 im Inland ein Plus von vier Prozent erwartet, ein Prozentpunkt weniger als in der Schätzung von Januar. Dieser leichte Rückgang werde allerdings durch die dynamische Entwicklung beim Export kompensiert.

Für 1984 erwarteten die Unternehmen ein Umsatzplus im Export von neun Prozent, nach plus zwei Prozent im Jahr 1983. Dazu trage die weltwirtschaftliche Erholung bei, vor allem aber der Wettbewerbsvorteil durch den hohen Dollarkurs. So habe die deutsche Ausfuhr in die USA Anfang dieses Jahres um knapp 60 Prozent über dem Wert vom Vorjahr gelegen. Für 1985 erwarten die Unternehmen ein Umsatzplus im Inland von fünf Prozent, aber nachlassende Wachstumsimpulse aus dem Ausland. Lediglich um sechs Prozent glaube die Industrie im kommenden Jahr ihre Ausfuhren steigern zu können. Damit werde die Industrieproduktion ihre konjunkturelle Erholung in allen Industriehauptgruppen mit Ausnahme der Investitionsgüterindustrie nur abgeschwächt fortsetzen. In der Verbrauchsgüterindustrie dürfte sie sogar in eine Stagnation einmünden, warnten die Wirtschaftsforscher.

Die Investitionsneigung der Unternehmen habe sich „unverkennbar gefestigt und verstetigt". Gegenüber Januar seien die Investitionsansätze für 1984 zwar nur um einen Prozentpunkt auf ein Plus von sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht worden. Doch 1985 wollten die Unternehmen nun sechs Prozent mehr für Investitionen ausgeben.

Etwas günstiger als im Januar schienen auch die Aussichten für die Arbeitsplätze. Zwar bedeuteten die Angaben der Unternehmen hochgerechnet für dieses und das nächste Jahr einen Abbau von insgesamt 100 000 Arbeitsplätzen. Doch seien das 60 000 weniger als noch nach den Voraussagen vom Januar. Von dem Abbau betroffen dürften weiterhin hauptsächlich die Beschäftigten im Grundstoffbereich sein, namentlich in der Eisen- und Stahlindustrie.

AUF EIN WORT

„Im Fall der deutschen Pharma-Industrie droht erstmals die Gefahr, daß ein innovationskräftiger, international erfolgreicher Industriezweig nicht der ausländischen Konkurrenz, *sondern hausgemachten* Reglementierungen erliegt. Wenn marktwirtschaftlich arbeitende Unternehmen Bürokratien unterstellt werden, gibt es keine Zukunft mehr für diese Industrie."

Prof. Dr. med. Hans Rüdiger Vogel, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V., Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Fangmengen in der Diskussion

dpa/VWD, Brüssel

Die für Fischereifragen zuständigen EG-Minister haben gestern die Verhandlungen aufgenommen über eine Verringerung des Sprottenfangs, die Erhöhung der Beifangmengen bei Wittling (Merlan) und ein neues Fischereiabkommen der Gemeinschaft mit den USA, da das alte im Juni *abgelaufen ist. Schwierigkeiten gibt* es bei der Frage, ob dem Wunsch Dänemarks nach einer Erhöhung der Wittling-Beifänge von bisher zehn auf 20 Prozent stattgegeben werden soll. Vor allem Großbritannien widersetzt sich diesen Bestrebungen. Bei den Höchstfangmengen für Sprotten schlägt die EG-Kommission dem Rat vor, sie auf 100 000 Tonnen statt bisher 175 000 zu begrenzen.

BRUTTOSOZIALPRODUKT

Der Anteil der Investitionen steigt bis 1988 auf ein Viertel

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Von einem jährlichen Wirtschaftswachstum von real 2,5 Prozent bis 1988 geht die Bundesregierung in ihrer gesamtwirtschaftlichen Projektion aus. Dabei soll der Anstieg des Preisniveaus auf durchschnittlich drei Prozent begrenzt werden. Die Zahl der Erwerbstätigen wird nach dieser Vorausschau des Wirtschaftsministeriums um jährlich 0,5 Prozent zunehmen, und zwar von 25,2 auf 25,8 Millionen zwischen 1983 und 1988.

Die Aussichten für eine befriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung und eine Verbesserung der Beschäftigungslage hingen entscheidend vom Investitionsklima ab. Dieses günstig zu gestalten sei das Hauptziel der mittelfristigen wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung.

Nach dieser Projektion wird der Anteil der Brutto-Investitionen am Sozialprodukt, der im vergangenen Jahr bei 21,7 Prozent lag, bis 1988 auf 25 Prozent steigen. Noch stärker als der Rückgang des Anteils des privaten Konsums von 56 auf 55 Prozent werde der des Staatsverbrauchs (von 20 auf 18 Prozent) ausfallen. Der Anteil des Außenbeitrages werde unverändert bei 2,5 Prozent liegen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß Tarifauseinandersetzungen das mittelfristige Wirtschaftswachstum nicht beeinflussen würden. Es werde erwartet, daß künftige Arbeitszeitregelungen ausreichend flexibel sein werden und die Unternehmen *nicht untragbar belasten werden.*

Die Weltwirtschaft zeige insgesamt ein wieder freundlicheres Bild. Konjunkturelle Risiken könnten sich in den USA aus dem doppelten Konsolidierungbedarf bei Bundeshaushalt und Handelsbilanz ergeben. Je länger die Konsolidierung aufgeschoben werde, um so größer werde das Risiko eines heftigen Umbruchs.

EG-SUBVENTIONSKODEX

Bangemann stimmt Ansicht der Stahlindustrie zu

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der deutschen Stahlindustrie sei eine Verlängerung des EG-Subventionskodex für diesen Wirtschaftszweig und höhere als bisher vorgesehene Hilfen in anderen Mitgliedstaaten unzumutbar. Damit stimmte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann der vor einigen Tagen von der Stahlindustrie geäußerten Auffassung zu, daß der Subventionskodex wie vorgesehen Ende 1985 auslaufen müsse. Nach den geltenden Bestimmungen dieses Kodex dürfen von 1986 an außer Zinssubventionen *für vorher gewährte* Darlehen und für das Eintreten aus Bürgschaften hinaus keine Beihilfen mehr gewährt oder gezahlt werden. Diese Frist könnte nur nach einstimmiger Ratsentscheidung gemäß Artikel 95 des Montan-Union-Vertrages verlängert werden.

Der Bundeswirtschaftsminister hat vor einigen Tagen in einem Gespräch mit EG-Vizepräsident Davignon und EG-Kommissar Andriessen die große Sorge der Bundesregierung gegenüber Plänen anderer EG-Mitgliedsländer deutlich gemacht, die Umstrukturierung der Stahlindustrie mit zusätzlichen Hilfen über die Frist des Subventionskodex hinaus zu subventionieren. Denn dadurch würde die *gesamte Stahlpolitik der Gemeinschaft* und das bisher bei der Umstrukturierung Erreichte in Frage gestellt werden. Auch die Glaubwürdigkeit der EG-Kommission und des Ministerrats wäre unter solchen Umständen gefährdet.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums haben die beiden Mitglieder der EG-Kommission die deutsche Auffassung grundsätzlich geteilt. Sie hätten zugesagt, in diesem Sinne auf andere Mitgliedstaaten der EG einzuwirken. Allerdings lägen Anträge auf Verlängerung der Subventionszahlungen in Brüssel noch nicht vor. Die Kommission wolle jedoch Kontakt mit den Regierungen aufnehmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

UdSSR steigert Ölexport

New York (VWD) – Wirtschaftliche Probleme im Inland zwingen die Sowjetunion gegenwärtig, den Erdölexport in den Westen zu forcieren. Um die wegen schlechter Ernte notwendigen Getreideimporte aus dem Westen finanzieren zu können, haben die UdSSR und andere Ostblock-Länder die Ausfuhr von Rohöl und Mineralölprodukten im laufenden Quartal um weitere 100 000 Barrel pro Tag *(BPD) auf eine Rate von rund* 1,8 Mill. BPD erhöht, geht aus Daten der Internationalen Energie-Agentur in Paris hervor. 1980 waren es nur 1,1 Mill. BPD. Da die sowjetische Rohölförderung bestenfalls stagniert, nach anderen Berichten sogar leicht rückläufig ist, gehen die erhöhten Exporte zumindest zum Teil zu Lasten des Inlandsverbrauchs.

Finanzberatungen

Straßburg (VWD) – Die Finanznot der Europäischen Gemeinschaft und die schwierigen Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal stehen im Mittelpunkt der Sitzung des Europäischen Parlaments (EP) von heute bis Donnerstag in Straßburg. Die Parlamentarier erwarten einen Bericht über die Finanzlage der EG. Der Ministerrat hatte sich am Freitag nicht auf einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt einigen können. Die Minister hatten das Haushaltsloch auf 2,24 Mrd. DM beziffert.

Autoimporte gesunken

Paris (J.Sch.) – Die französischen Automobilimporte sind in diesem Jahr erstmals zurückgegangen. Jedoch hatten die ausländischen Wagen unter der Absatzkrise weniger zu leiden als ihre inländischen Konkurrenten. *So erhöhte sich ihr Zulassungs*anteil im 1. Halbjahr 1984 (1983) auf 34,93 (31,54) Prozent. Mehr als jeder dritte in Frankreich verkaufte Wagen war damit ein Ausländer. An der Spitze stand Ford mit 7,93 (7,14) Prozent gefolgt von VW-Audi mit 5,63 (5,85), Fiat mit 5,46 (4,47), General Motors-Opel 4,15 (3,83) und der Austin-Gruppe mit 1,65 (1,51) Prozent. Aufgeholt haben BMW und Mercedes, während die Japaner unter ihrem behördlichen Drei-Prozent-Limit blieben.

„Medica" mit Börse

Düsseldorf (dpa) – Die Geräteausstellung zur Düsseldorfer „Medica", einem der weltgrößten medizinischen Fortbildungskongresse, wird in diesem Jahr vom 21. bis 24. November erstmals mit einer Börse für Lizenzen, Patente und Technologietransfer verbunden. Geplant ist, damit ein Forum für Angebot und Nachfrage im medizinisch-technischen Bereich zu schaffen.

Japan lädt ein

Tokio (VWD) – 50 Unternehmer aus den USA, Kanada und Westeuropa will das japanische Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) für den 25. September bis 18. Oktober nach Japan einladen. Ziel des von MITI und vom japanischen Wirtschaftsverband Keidanren sowie der japanischen Außenhandelsorganisation Jetro geförderten Programms ist, den aus je 21 Unternehmern bestehenden Gruppen Gelegenheit zu geben, Charakteristiken des japanischen Managements und Vertriebssystems kennenzulernen.

Was bei den Kreditinstituten übrigbleibt

Erfolgsrechnung 1983 in Mrd DM

Rohertrag – Steuern – Gewinn

Sparkassen 7,4 – 5,2 – 2,2
Kreditgenossenschaften 3,3 – 2,3 – 1,0
Kreditbanken 4,0 – 2,5 – 1,5
übrige Institute 4,7 – 2,4 – 2,3

© Globus 5285

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute, die sich schon 1981 und 1982 günstig entwickelte, habe sich im Geschäftsjahr 1983 erneut verbessert, stellt die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht für August fest. Der Jahresüberschuß erhöhte sich 1983 um rund 16 Prozent auf insgesamt 19,4 Mrd. DM. Auch der Staat profitiert von diesem positiven Ergebnis: Von dem 7,4 Mrd. DM Überschuß der Sparkassen flossen 5,2 Mrd. DM in die Staatskasse. Die Kreditbanken wurden mit 61 Prozent besteuert. QUELLE: GLOBUS

FRANKREICH / Zinsen wieder auf Niveau von 1981

Abkopplung vom Dollar

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auch das französische Zinsniveau ist ins Rutschen geraten, obwohl die US-Zinsen hoch geblieben sind. Frankreich profitiert damit indirekt von der deutschen Stabilisierungspolitik, die es der Bundesrepublik erlaubte, sich von der amerikanischen Zinsentwicklung weitgehend abzukoppeln. Im Schutze des Europäischen Währungssystems (EWS) konnte die französische Notenbank die Zinsermäßigungspolitik der Bundesbank nachvollziehen.

Zum vierten Mal innerhalb von vier Monaten hat die Banque de France ihren Interventionszins am Geldmarkt um einen Viertelpunkt ermäßigt. Mit elf Prozent für Tagesgeld entspricht das Zinsniveau demjenigen kurz vor der sozialistischen Machtübernahme. Danach waren die Geldmarktzinsen zur Verteidigung des Franc bis auf 20 Prozent in die Höhe getrieben worden.

Nachdem die französischen Banken, deren wichtigste Refinanzierungsquelle der Geldmarkt ist, Mitte August den bis dahin seit Anfang 1983 unveränderten Basiszins (für Ausleihungen an erste Adressen) von 12½ auf 12 Prozent ermäßigt hatten, erwartet das Finanzministerium noch vor Jahresende eine neue Kreditverbilligung. Die Banken dagegen möchten zunächst einmal abwarten, wie sich der Franc im EWS behauptet.

Gegenwärtig wird er vor allem durch die relative Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar geschützt. Aber früher oder später muß er wegen der seit seiner letzten Abwertung (März 1983) insbesondere gegenüber der Bundesrepublik entstandenen Inflationsdifferenz unter Druck geraten. Allerdings ist nicht sicher, ob die Banque de France dann die Zinsen wieder erhöht. Paris könnte auch „rechtzeitig" abwerten.

Am französischen Rentenmarkt jedenfalls spekuliert man auf weitere Zinssenkungen. So hat sich allein in der letzten Woche die Rendite für private Anleihen auf 13,51 (13,64) Prozent durch staatlich garantierte (über sieben Jahre Laufzeit) auf 12,28 (12,43) Prozent ermäßigt. Die noch leicht über diesen Sätzen neu emittierten Anleihen finden reißenden Absatz. Denn es winkt eine Realverzinsung von über acht Prozent, falls sich die OECD-Prognose bestätigt, daß die französische Inflationsrate von zur Zeit 7½ Prozent bis Ende nächsten Jahres auf fünf Prozent zurückgeht.

ITALIEN / Ein Plan der Notenbank sieht Umstellung der Lira vor – Franc als Vorbild

Drei Nullen sollen gestrichen werden

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Spätestens wenn sich die Inflationsrate bei einer einstelligen Zahl stabilisiert hat und keine zweistelligen Horrorzahlen mehr zu befürchten sind, wird die italienische Währung die Mehrzahl ihrer Nullen verlieren. Eine Planstudie der Zentralbank sieht vor, daß der heutige Nominalwert der Lira im Verhältnis von 1000 auf 1 umgestellt wird, also drei Nullen gestrichen werden. Ähnlich gingen 1964 die Franzosen vor, die 100 alte in einen neuen Franc umwandelten.

Der von dem Vizedirektor der Banca d'Italia, Antonio Fazio, ausgearbeitete Plan sieht für die Umstellung einen Zeitraum von zwei Jahren vor. Die vor kurzem auf den Markt gelangte neue 100 000-Lire-Banknote ist bereits so gestaltet, daß drei Nullen weggelassen werden können, ohne das zeichnerische Gesamtbild zu stören. Käme es heute schon zu der Umstellung, läge der Wert der D-Mark und des Schweizer Franken unter dem der neuen Lira. Der Lirakurs betrüge dann etwa 1,80 D-Mark.

Das Projekt erscheint den Währungsexperten aber noch verfrüht zu sein. Von dem italienischen Europaminister, dem Sozialisten Francesco Forte, Mitte Juli dieses Jahres erstmals in aller Öffentlichkeit propagiert, ist die Umstellung von der weichen auf die harte Lira inzwischen von dem christlich-demokratischen Schatzminister Giovanni Goria nur als Endpunkt einer Sanierungsphase deklariert worden, in der alle strukturellen Probleme der italienischen Wirtschaft – vom Abbau des Haushaltsdefizits bis zur Beseitigung der Indexbindung von Löhnen und Gehältern – gelöst werden müssen. Die Einführung der neuen Lira ist nur möglich, wenn die Gewißheit besteht, daß es zu keiner neuen Inflationswelle kommt.

Als Gründe für die Schaffung einer neuen Lira nennt die Banca d'Italia vor allem die Vereinfachung der Rechenoperationen in Wirtschaft und Verwaltung sowie den psychologischen Einfluß auf die Bevölkerung, der von einer solchen Zäsur ausgehen würde. Wirtschaftsbeobachter heben in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die politische Wirkung hervor, die eine Umstellung ausüben dürfte, wenn hinter ihr eine von einem Sozialisten geführte Mitte-Links-Koalition steht.

Den Übergang zu einer einstelligen Inflationsrate wird die italienische Wirtschaft nach zehnjähriger Gewöhnung an zweistellige Zahlen voraussichtlich bereits zur Jahreswende schaffen. Die Voraussetzung für eine Währungsumstellung unter den Bedingungen, die wirtschaftspolitisch als sinnvoll gelten, wird dagegen erst in zwei Jahren erfüllt sein, wenn wie geplant die Inflationsrate von heute zehn Prozent und sieben Prozent im Jahre 1985 auf fünf Prozent gesunken sein wird.

Stets vorausgesetzt, daß es bis dahin international nicht wieder zu einem neuen Inflationsschub kommt, dem sich Italien am allerwenigsten entziehen könnte. Die Erfahrung lehrt in dieser Hinsicht nichts Gutes: Schon in dem von dem damaligen Haushalts- und Planungsminister Filipo Maria Pandolfi im Jahre 1978 ausgearbeiteten Dreijahresplan sollte die Umstellung von der weichen auf die harte Lira am Ende dieser Dreijahresspanne erfolgen. Pandolfi konnte eben nicht ahnen, daß ausgerechnet im Jahre 1981 die Inflationsrate die 20-Prozent-Marke überschreiten würde – und damit zunächst alle Pläne zunichte machte, die Lira von ihren Nullen zu befreien.

BERGARBEITERSTREIK / Neue Verhandlungen

Scargill gegen Urabstimmung

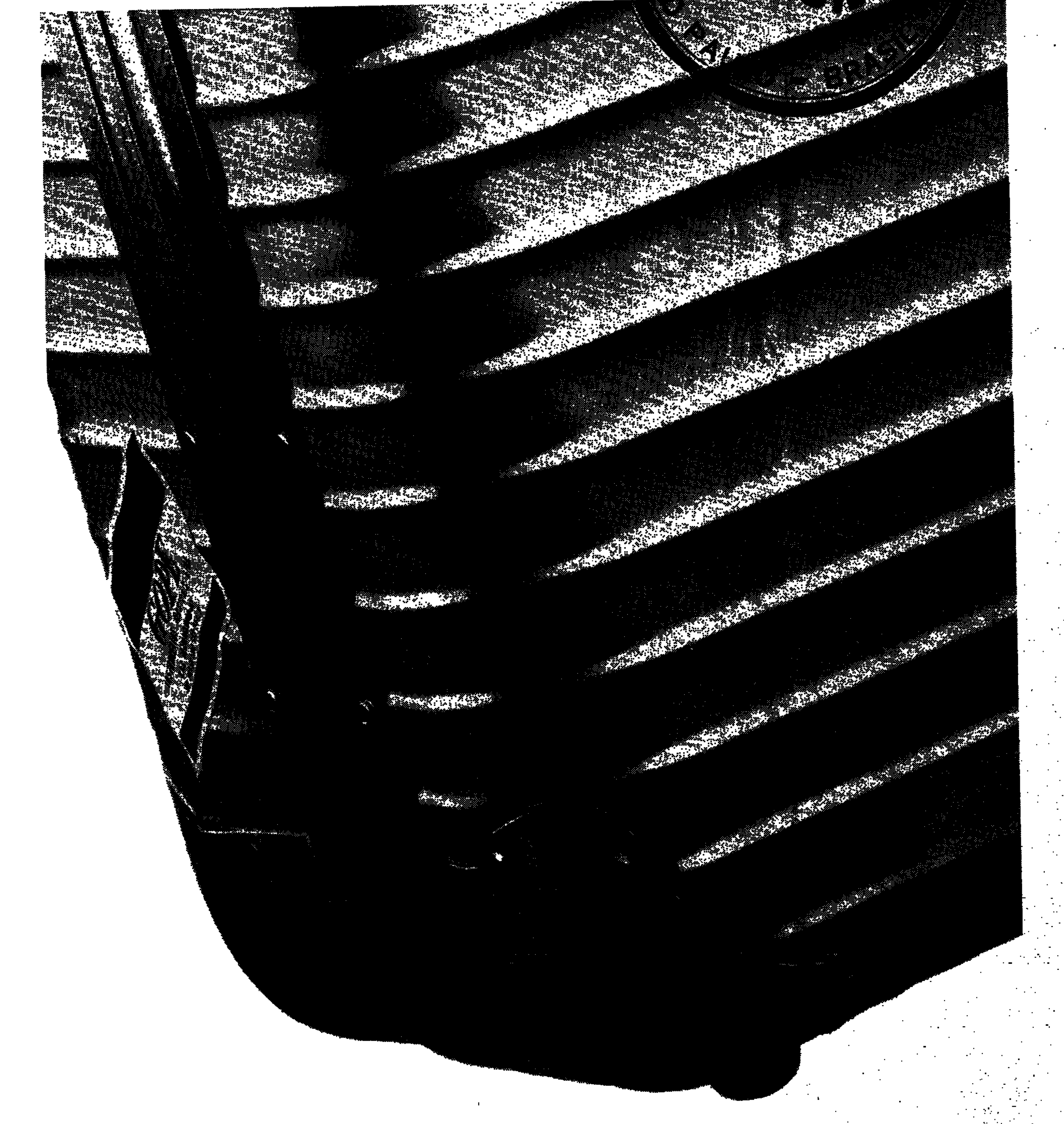
WILHELM FURLER, London

Spitzen-Vertreter der staatlichen Kohle-Behörde National Coal Board und der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM haben in Edinburgh ihre Verhandlungen zur Beendigung des sechsmonatigen Streiks im Kohlebergbau fortgesetzt. Die Eingangsverhandlungen waren am Sonntag nach nur zwei Stunden abgebrochen worden, ohne daß Erklärungen über bisherige Fortschritte abgegeben wurden.

Die Verhandlungen finden vor dem Hintergrund einer Resolution statt, die auf dem Jahreskongreß des Dachverbandes der britischen Gewerkschaftsorganisation TUC in der vergangenen Woche mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Darin werden alle Gewerkschaften zur „totalen Unterstützung" der Bergleute-Gewerkschaft aufgerufen. Der Transport von Kohle und Koks sowie von Kohle ersetzendem Öl soll unterbunden werden. Die Führung des TUC unter ihrem neuen Generalsekretär Norman Willis ist entschlossen, diese Resolution so weit wie möglich in die Tat umzusetzen, um Regierung und Arbeitgeberseite zu Konzessionen und damit zu einer möglichst raschen Beilegung des Konflikts unter Druck zu setzen.

Eine der stärksten Stützen der militanten Bergarbeiter ist die mächtige Transportarbeiter-Gewerkschaft. Sie wird von heute an mit den Funktionären der Bergarbeiter-Gewerkschaft über wirksamere Solidaritätsaktionen ihrer Mitglieder beraten. In die Blockade von Kohle- und Öltransporten sollen vor allem Seeleute, Eisenbahner und Lkw-Fahrer einbezogen werden, deren Unterstützung bislang nur äußerst halbherzig war.

Der linksradikale Präsident der Bergleute-Gewerkschaft, Scargill, hat inzwischen Presseberichte zurückgewiesen, wonach über das Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungsrunde von den Gewerkschaftsmitgliedern in einer Urabstimmung entschieden werden soll. Ein solches Ergebnis, wenn es überhaupt zustande käme, werde von einer Delegierten-Konferenz bewertet. Bislang hat sich die Führung der Bergarbeiter-Gewerkschaft hartnäckig geweigert, unter ihren Mitgliedern eine Urabstimmung für oder gegen eine Fortsetzung des Arbeitskampfes abhalten zu lassen.



Venezuela bleibt auf Sparkurs

rtr, Caracas

Venezuela ist nach den Worten seines Präsidenten Jaime Lusinchi dabei, die Wirtschaftskrise zu überwinden. In einer vom Fernsehen übertragenen Rede an die Nation forderte er am Sonntag abend zugleich seine Landsleute zu harter Arbeit und weiteren Opfern auf. Lusinchi verwies auf die Maßnahmen, die seine Regierung in ihrer siebenmonatigen Amtszeit zur Eindämmung der öffentlichen Ausgaben, zur Belebung der Wirtschaft und zur Erhaltung des Lebensstandards ergriffen habe. Auch 1985 müsse im Haushalt gespart werden, kündigte der Präsident an. Die Regierung werde zugleich eine „maßvoll expansive" Wirtschaftspolitik einleiten, vor allem, um die Importe zu verringern.

Die Preissteigerung, die in diesem Jahr voraussichtlich 15 bis 20 Prozent betragen wird, werde unter Kontrolle gebracht werden. Höhere Preise seien jedoch notwendig, um die gestiegenen Kosten aufgrund der massiven Abwertung der Landeswährung im vergangenen Jahr aufzuwiegen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung sei zwischen 1978 und 1983 um 19,7 Prozent gefallen, betonte Lusinchi. Es sei jedoch utopisch anzunehmen, daß das Land schon unter seiner fünfjährigen Amtszeit den Lebensstandard von 1978 wieder erreichen könne.

Zu den Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerbanken unterstrich er die venezolanische Verhandlungsposition, den Internationalen Währungsfonds (IWF) aus den Verhandlungen herauszuhalten. Venezuela ist mit 34 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet.

Erträge steigen um sieben Prozent

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bei leicht nachlassendem gesamtwirtschaftlichen Wachstum rechnet die BHF-Bank im nächsten Jahr mit einem geringeren Anstieg der Unternehmenserträge um rund sieben Prozent als in diesem Jahr (etwa neun Prozent). Auf Basis dieser Schätzungen ergibt sich derzeit eine Börsenbewertung mit dem durchschnittlich 10,1fachen der 85er Erträge.

In der Chemie- und Bauindustrie erwartet sie wegen stagnierender oder schwächerer Branchenkonjunktur niedrigere Ergebnisse, und zwar besonders bei den Großchemiekonzernen. Bei BASF wird nach einem diesjährigen Gewinnanstieg von 20,50 auf 24,50 DM je Aktie mit einem Rückgang auf 19 DM gerechnet, für Bayer lauten die entsprechenden Werte 26,50 DM, 32 DM und 27 DM und für Hoechst 23,50 DM, 28 DM und 23 DM. Den Rückgang der nach der DVFA-Formel berechneten Erträge begründet die BHF-Bank vor allem mit dem Wegfall von Sondereinflüssen, die 1984 für einen Gewinnsprung sorgen; sie betrachtet das Ertragsniveau trotzdem als hoch.

Einige Unternehmen der Investitionsgüterindustrie, besonders im Elektrosektor, sollten von der anhaltenden Automatisierungswelle profitieren und überdurchschnittliche Gewinnzuwächse erzielen. So zum Beispiel SEL von elf Mark im letzten und in diesem Jahr auf 15 DM, PKI von 29,50 über 35 auf 40 DM und Siemens von 44,50 über 52 auf 58 DM sowie Nixdorf von 20 DM (1984) auf 24 DM. Für Mannesmann schätzt die Bank einen Anstieg von 7,50 über 13 auf 16 DM und für Porsche eine Verbesserung von 58 über 75 auf 95 DM.

IWF / Einfuhr der Dritten Welt ist stark gesunken

Die USA importierten mehr

AP, Washington

Die Entwicklungsländer haben nach einer Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) im ersten Quartal 1984 ihre Importe stark reduziert, um angesichts der steigenden Zinssätze das Geld für die Tilgung der hohen Auslandsschulden aufzubringen. Wie es in der IWF-Untersuchung heißt, sanken die Importe Brasiliens gegenüner dem vierten Quartal 1983 um eine Milliarde Dollar auf 3,4 Mrd. Dollar.

Brasilien ist das im Ausland am höchsten verschuldete Land und zugleich größter Käufer Lateinamerikas. Anfang der 80er Jahre erreichten die brasilianischen Importe pro Quartal noch einen Umfang von etwa sechs Milliarden Dollar.

Bei den Industrieländern stellt der IWF dagegen einen steigende Importe fest. In der ersten Hälfte dieses Jahres erhöhten sich die Importe der Industriestaaten gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983 um 11,3 Prozent auf 664,5 Mrd. Dollar.

Allein die USA konnten ihre Importe im Berichtszeitraum um 31,8 Prozent auf 167,5 Mrd. Dollar steigern. Für die Bundesrepublik errechnete der IWF dagegen nur einen Importanstieg um 2,1 Prozent auf 79,6 Mrd. Dollar. Beträchtlich fällt die Steigerung der Japaner mit 11,5 Prozent auf 68,9 Mrd. Dollar aus.

Ähnlich wie bei den Ländern der Dritten Welt sieht das Ergebnis der weniger industrialisierten Länder Europas aus. Mit Ausnahme Portugals sank der Umfang der Wareneinfuhren in den ersten drei Monaten 1984 in Griechenland, der Türkei, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien.

POLEN / Kräftiger Gewinnanstieg bei Intershop

Laden-Kette wird ausgebaut

J. G. G., Bonn

Die polnischen Intershop-Läden, „Pewex", in denen ausschließlich für Westdevisen eingekauft werden kann, haben im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 261 Mill. Dollar gemacht. Das sind 120 Mill. Dollar mehr als 1982, erklärte „Pewex"-Generaldirektor, Tadeusz Bielski. Die staatliche Ladenkette verfügt über 650 Geschäfte, in denen man alles von der Nadel bis zur Hi-Fi-Anlage westlicher Produktion und polnischer Exportproduktion kaufen kann. Das Netz soll weiter ausgebaut werden, ebenso der bisherige Mitarbeiterstamm von 4500 Bediensteten.

In einem Land, in dem viele Menschen Verwandte im Westen und auch ein Devisenkonto haben, hätte diese staatliche Ladenkette weiterhin Zukunft, sagte der Konzernchef. Laut Bielski ist das „Pewex"-System „kein Widerspruch zum marxistischen Gleichheitsprinzip". Hier spielten pragmatische Erwägungen eine Rolle. Außerdem erhält die Regierung „harte Valuta, die zur Stimulierung der eigenen Produktion notwendig sind."

Für den Westtouristen seien die „Pewex"-Waren zudem noch billiger als in der Heimat. Whisky bester Qualität kostet bei „Pewex" zum Beispiel 4,80 Dollar pro Flasche, ein paar Jeans der Güteklasse I 17 Dollar. Bielski betrachtet die „Pewex"-Geschäfte als „Schwamm", der die Dollars und andere Westvaluta vom polnischen Schwarzmarkt absaugt und für die dann die Regierung Rohstoffe und Ersatzteile im Westen kaufen kann. Er sprach ferner davon, daß für viele Polen die „Pewex"-Geschäfte eine „verzauberte Welt" seien. Ein polnischer Journalist dozierte: „In unserer klassenlosen Gesellschaft haben wir zwei Grundklassen: Eine, die Zugang zu Devisen und zu „Pewex" hat. Die andere, die diesen nicht hat."

KAPITAL & WERT / Vorstände zurückgetreten

DAL erwirkt Arrestbefehle

INGE ADHAM, Frankfurt

Die beiden in der rechtlichen Auseinandersetzung zwischen der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL) und der Anlagegenossenschaft Kapital & Wert (K & W) in die Schußlinie geratenen Kapital & Wert-Vorstände *Uwe Gabbert und Jochen Stummel* sind zurückgetreten.

Hintergrund für den Schritt bildet ein von der DAL beim Landgericht Mainz erwirkter Arrest in Höhe von knapp 13,7 Mill. DM auf das Vermögen der K & W. Würde dieser Arrest zugestellt, müßte die Anlagegenossenschaft Konkurs anmelden. Zwar hat K & W gegen den Arrest Berufung beim Oberlandesgericht Koblenz eingelegt, aber zunächst sind damit die Konten der K & W gesperrt. Damit soll verhindert werden, daß Vermögen verschoben wird, so DAL-Vorstandsvorsitzender Prof. Wielens, der auch gegen DAL-Gründer und Ex-Vorstand Kühl, dessen ehemaligen Stellvertreter Zöller und den früheren DAL-Steuerberater Paulus und seine Frau sowie gegen Stummel in der Schweiz Arrestbe*fehle* erwirkte.

Die DAL will nach Angaben von Wielens der K & W den Arrest vorerst nicht zustellen. Denn man wolle durch den Arrest nicht die Genossenschaft und ihre Mitglieder treffen. Im Klartext: Mit einer K & W mit anderem Management wäre die DAL durchaus bereit zu verhandeln. Dabei geht *es vor* allem *um die Wahrung* von DAL-Ansprüchen gegen die RSB (früher Geld und Wert), eine Kühl-Gründung, die ebenso wie DAL mit der K & W kooperierte und dabei zum Schaden der DAL begünstigt worden sein soll.

Am Donnerstag haben die rund 9000 Kapital & Wert-Genossen auf einer außerordentlichen Vertreterversammlung in Mainz, die über eine Kapitalerhöhung bei der Genossenschaft entscheiden soll, Gelegenheit, Weichen zu stellen. Ausgelöst wurde die Auseinandersetzung zwischen K & W und DAL im Zuge des „Großreinemachens" bei dem notleidend gewordenen Leasingunternehmen. Aufschluß über die genaue Höhe der dort angefallenen Fehlbeträge wird ein inzwischen für „frühestens" Anfang 1985 angekündigtes Treuarbeit-Gutachten geben.

WOHNUNGSBAU / Prof. Ernst Helmstädter zur Kritik des Kronberger Kreises

Förderung keine Kapital-Fehlleitung

PETER JENTSCH, Bonn

Gegen die Vorwürfe, der Wohnungsbau absorbiere zu viel Kapital, so daß nicht genügend Raum für gewerbliche Investitionen bleibe, hat sich Professor Ernst Helmstädter von der Universität Münster gewandt. In einem gestern in Bonn vorgelegten und im Auftrag des Verbandes der privaten Bausparkassen angefertigten Gutachten kommt Helmstädter, der auch Mitglied des Sachverständigenrates ist, zu dem Ergebnis, in der Bundesrepublik gebe es keine Kapitalfehllenkung in den Wohnungsbau; daher werde dadurch weder das Wirtschaftswachstum geschwächt, noch die Arbeitslosigkeit erhöht.

Helmstädter bezog sich in seinem Gutachten vor allem auf die Kritik des „Kronberger Kreises" und auch der Deutschen Bundesbank an der staatlichen Wohnungsbaupolitik, die zu einer Kapitalfehllenkung in den Wohnungssektor geführt habe. Der „Kronberger Kreis" spitzte diese Kritik im Juni dieses Jahres auf die griffige These zu: „Es werden immer mehr Schlafplätze und immer weniger Arbeitsplätze geschaffen." Ähnlich hatte die Deutsche Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht 1982 kritisiert, daß ein großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis z. B. über Steuervergünstigungen in den Wohnungssektor geleitet worden sei.

In seinem Gutachten kommt Helmstädter zu dem Schluß, von einer Kapitalfehllenkung könne mit Ausnahme des inzwischen bereits revidierten Bauherrenmodells generell keine Rede sein, allenfalls von einer „politisch gewollten Kapitalumlenkung".

So könne trotz der niedrigen Eigenkapitalquote keine Rede davon sein, daß von der Finanzierungsseite Restriktionen für gewerbliche Investitionen bestünden. Helmstädter: „Nicht weil zu wenig Mittel vorhanden sind, wird wenig investiert, sondern weil die geringen Ertragsaussichten die Verschuldung nicht lohnen." Im übrigen habe die Bundesbank gerade darauf hingewiesen, daß sich die Ersparnisbildung der Unternehmen von 1981 bis 1983 mehr als verdoppelt habe, von 29,1 Mrd. DM auf 72,1 Mrd. DM. Bessere Ertragsaussichten würden die zu mehr Investitionen erforderliche Verschuldung (Senkung der Selbstfinanzierungsquote) ermöglichen.

Im übrigen sei derjenige Investor, der in das eigene Haus oder in das eigene Unternehmen investieren wolle, stets zu außerordentlichen Sparleistungen speziell für diesen Zweck bereit. Diese Sparleistungen werde er in gleichem Umfang für andere Zwecke nicht erbringen. Das entsprechende Eigenkapital stehe somit in gleicher Höhe für andere Investitionen nicht zur Verfügung.

Auch die These, durch Wohnungsbauinvestitionen würden lediglich „Schlafplätze", durch Industrieinvestitionen aber „Arbeitsplätze" geschaffen, wies Helmstädter zurück. Es gebe keine Belege dafür, daß der *geförderte Wohnungsbau* beschäftigungspolitisch wertvolle Anlageinvestitionen behindere.

Dagegen hatte aber der Sachverständigenrat, dem Helmstädter jetzt angehört, in seinem Jahresgutachten 1982 betont: Gewerbliche Investitionen haben „Vorrang vor dem Bau von Wohnhäusern".

RUHRKOHLE-HV / Neuordnung beschlossen

Stahlkonzerne ausgeschieden

dpa/VWD, Essen

Die außerordentliche Hauptversammlung der Ruhrkohle AG, Essen, beschloß gestern in nichtöffentlicher Sitzung einstimmig die seit langem diskutierte umfassende Neuordnung. Dadurch sind die Stahlkonzerne Mannesmann AG, Klöckner-Werke AG, Salzgitter AG und Krupp Stahl AG, die 1969 zu den Gründungsmitgliedern der Bergbau-Einheitsgesellschaft gehörten, aus dem Kreis der Ruhrkohle-Aktionäre ausgeschieden. Übrig geblieben aus dem Kreis der Stahlindustrie, *dem großen Kohleabnehmer*, sind nur noch die Thyssen AG mit 12,7 Prozent Anteil und die Hoesch Stahl AG mit 10,1 Prozent.

Die Veba AG erhöhte ihren Anteil von 27,2 auf knapp 40 Prozent. Sie ermöglichte mit Teilen ihres Aktienpakets – nach Angaben der Ruhrkohle – Hoesch durch die Bildung einer gemeinsamen Holding die Inanspruchnahme des steuerlichen Schachtelprivilegs (mindestens 25 Prozent Anteil).

Die Vereinigte Elektrizitätswerke *Westfalen AG (VEW), Dortmund, die* bisher über ihre Gewerkschaft Alte Haase lediglich einen Anteil von 0,2 Prozent an der RAG besaß, ist jetzt über ihre 100prozentige Tochter, Beteiligungsgesellschaft für Energieunternehmen (BGE), Großaktionär mit rund 22 Prozent Anteil.

Die Hauptversammlung gab außer*dem die Zustimmung, daß VEW die* Société Nouvelle Sidechar, die 8,3 Prozent an der RAG besitzt, erwerben darf. VEW will in späteren Verhandlungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundeskartellamt erreichen, daß diese beiden Institutionen *ihren mit* Beherrschungsüberlegungen begründeten Vorbehalt gegen diesen Erwerb aufheben.

Schließlich wurden 9,7 Prozent Ruhrkohle-Aktien, die sich im eigenen direkten oder indirekten Besitz der RAG befinden, in einer Verwaltungsgesellschaft Ruhrkohle-Beteiligung GmbH zusammengefaßt. Damit auch diese Gesellschaft das steuerliche Schachtelprivileg erhält, übertrugen andere Ruhrkohle-Aktionäre noch für knapp eine Million DM Aktien auf diese Beteiligungs-GmbH, so *daß die RAG nun 10,1 Prozent ihres* Grundkapitals hält.

WERBEWIRTSCHAFT / Sechs bis sieben Prozent Plus

Der Aufschwung geht weiter

hg. Bonn

„Der Wirtschaftsaufschwung ermutigt die Unternehmen zu mehr Werbung." So begründet der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) *in Bonn* seine Erwartung, daß die Werbeeinnahmen der Medien in diesem Jahr um sechs bis sieben Prozent steigen werden. Grundlage dieser Prognose ist eine Befragung der 42 ZAW-Mitgliedsorganisationen. Sollte sie sich als richtig erweisen, dann müßten in diesem Jahr die Werbeumsätze um knapp 1 Mrd. DM auf über 15 Mrd. DM steigen.

Der Spitzenverband der Werbewirtschaft räumt allerdings in seiner Mitteilung ein, daß der derzeitige Höhenflug zum Teil auch Ausdruck einer Verschärfung des Wettbewerbs ist; dies gelte vor allem am Automarkt und im Computerbereich. Hier seien viele Unternehmen von den Marktverhältnissen gezwungen worden, ihre Werbeaktivitäten auszuweiten.

Im übrigen wächst bei den ZAW-Mitgliedsverbänden der Optimismus: Fast zwei Drittel der Organisationen rechnen jetzt mit einer weiteren Steigerung der Werbeetats, teilt der Zentralausschuß weiter mit; bei der letzten Befragung im Frühjahr seien es erst 53 Prozent gewesen. Stabile Etats werden von 33 Prozent der Befragten erwartet, und nur sechs Prozent richten sich auf geringere Werbeausgaben ein.

„Noch einmal davongekommen" ist die Branche offensichtlich aus *dem Arbeitskampf in der Druckindustrie*. Niemand habe „katastrophale Folgen" beklagt, berichtet der ZAW; drei Prozent meldeten starke und 36 Prozent erhebliche Auswirkungen. Geringe oder gar keine Folgen hätten 61 Prozent der Organisationen zu spüren bekommen. Der Spitzenverband schließt daraus, daß viele Unternehmen ihre durch den Arbeitskampf verhinderten Werbeeinschaltungen anschließend nachgeholt haben. „Äußerst stabil" ist laut ZAW die Arbeitsmarktlage für die 310 000 Beschäftigten in der Werbung und ihren Zulieferbetrieben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Mehr neue Produkte

Weinstadt (dpa/VWD) – Die B. Birkel & Söhne GmbH, Weinstadt, sieht sich zunehmend auf dem Weg vom Teigwarenhersteller zum „Nahrungsmittelunternehmen". Diese Entwicklung führt Klaus Birkel auf in den letzten Jahren eingeführte Produkte zurück. Während die Teigwaren noch vor acht Jahren den gesamten Umsatz ausmachten, haben jetzt neue Produkte wie Fertiggerichte, Nudelsoßen und Paniermehl bereits einen Anteil von 25 Prozent am 1983 erzielten Gesamtumsatz von mehr als 400 Mill. DM. Das sind knapp 10 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Pipeline für Kolumbien

Bogotá (dpa/VWD) – Die kolumbianische Regierung hat den 200 Mill.-Dollar-Auftrag (570 Mill. DM) zum Bau einer Ölpipeline an die deutsche Firma Mannesmann und die britische Engineering Group vergeben. Mit dem Bau der 300 Kilometer langen Leitung (geplante Tagesförderung 120 000 Barrel zu je 159 Liter) vom neu *entdeckten Ölfeld „Cano Limon"* zum Magdalena-Fluß soll im Oktober 1985 begonnen werden.

Gewinn verdoppelt

Düsseldorf (Py.) – Die niederländische Verenigde Machinefabrieken Stork N. V., Amsterdam, erwartet für das Geschäftsjahr 1984 ein deutlich über dem Vorjahr liegendes Ergebnis. Im 1. Halbjahr hat sich der Konzern-Nettogewinn auf 7,2 Mill. hfl verdoppelt. Das Betriebsergebnis stieg auf 16,4 (13,9) Mill. hfl. Seit Anfang des Jahres erhöhte sich der Auftragseingang auf 1,19 (1,14) Mrd. hfl. Der Umsatz ging abrechnungsbedingt auf 631 (763) Mill. hfl zurück. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich um 505 auf 11 868, davon 4122 im Ausland.

Erfolgreiche Tochter

Minden (hdt.) – Die vor 50 Jahren in Zürich gegründete erste Auslands-Niederlassung der Melitta-Werke, Minden, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 27 Mill. DM. Sie hält allein bei Filtertüten ei*nen Marktanteil von 70 Prozent*, beliefert den schweizerischen Markt jedoch auch mit weiteren Artikeln des Stammhauses. Die in Egerkingen ansässige Gesellschaft ist gleichzeitig die Holding für die Melitta-Vertriebstöchter in Nordamerika und in Skandinavien, die mit rund 200 Mill. DM Umsatz etwa 30 Prozent zum internationalen Geschäftsvolumen der Gruppe beisteuern.

Plus beim Fliesenexport

Düsseldorf (Py.) – Italien, weltweit größter Hersteller von Keramikfliesen, hat 1983 rund 51 Prozent der Produktion von rund 315 Mill. qm (plus 13,5 Prozent) in alle Welt exportiert. Vor allem die Bundesrepublik führte rund 37 Mill. qm (plus 23,3 Prozent) aus Italien ein und ist damit das größte Abnehmerland für die italienische Fliesenindustrie. Der gute Export glich den Rückgang des Inlandsmarktes aus und hielt den Umsatz auf Vorjahreshöhe. Den größten Fliesenverbrauch haben die europäischen Länder mit etwa 53 Prozent des Marktes.

Holzindustrie mit Zuwachs

dpa/VWD, Frankfurt

Die deutsche Holzindustrie hatte 1983 ein „sehr gutes" Jahr. Wie Verbandsgeschäftsführer Erich Naumann in Frankfurt berichtete, wuchs der Umsatz um 8,7 Prozent auf 46,4 Mrd. DM. Dabei waren die Zuwachsraten der einzelnen Branchengruppen allerdings unterschiedlich. Den höchsten Anstieg erreichte der Fertigbau mit einem Plus von 23,1 Prozent auf 14,4 Mrd. DM. Bei der Holzverarbeitung stieg der Umsatz von 4,3 Prozent auf 27 Mrd. DM. Dagegen stagnierten die Umsätze der Holzwerkstoffindustrie und der Musikinstrumentenhersteller.

Im laufenden Jahr hat sich vor allem im Inland die Geschäftslage in der Möbelindustrie seit dem zweiten Quartal verschlechtert. Grund hierfür sei auch die Formaldehyd-Diskussion gewesen, sagte Naumann. Für den Export werde allerdings für das ganze Jahr ein Zuwachs von neun Prozent erwartet. Die Holzbranche mit den verwandten Industriezweigen umfaßt zur Zeit 2600 Betriebe mit rund 222 000 Beschäftigten.

Karosseriebau setzt auf Spezialitäten

dpa/VWD, Frankfurt

Das deutsche Karosserie- und Fahrzeugbauhandwerk mit seinen rund 5500 Fachbetrieben setzt auf Spezialiäten. Wie der Zentralverband Karosserie- und Fahrzeugtechnik (ZKF) zu der von heute bis zum 16. September in Frankfurt stattfindenden „automechanika" mitteilt, weise die Zulassungsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes für die ersten sechs Monate 1984 bei den geschlossenen Kasten- und Spezialaufbauten ein Plus von 1,5 Prozent aus. Sattelanhänger mit Spezialaufbauten hätten danach sogar 25 Prozent zugelegt.

Im vergangenen Jahr haben die ZKF-Fachbetriebe mit rund 55 000 Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr konstant 4,8 Mrd. DM umgesetzt. Etwa 70 Prozent entfielen auf die Bereiche Instandsetzung, Wartung und Zusatzausstattung von Personenwagen und Nutzfahrzeugen, ein wachsender Anteil von inzwischen gut 30 Prozent entfiel auf den Neubau von Aufbauten und Anhängern.

Maschinenbauaktien gesucht

Autowerte bis auf Porsche unter Druck

DW. – Der Börsenstart in die neue Woche erfolgte zunächst nur zögernd und bei teilweise nachgebenden Aktienkursen. Es kam zu Meinungskäufen in solchen Papieren, denen die Prognose einen weiteren Anstieg prognostiziert hat. Dabei erzielten Maschinenbau- und Stahlaktien weitere Kursgewinne. Auf der anderen Seite gerieten Autowerte erneut unter Druck. Eine Ausnahme war Porsche, wo der Kurs die 1000-DM-Grenze seit langer Zeit erstmals wieder übersprungen hat. Hauptverlierer im Autobereich waren Daimler-Aktien.

Gestützt wurden die Meinungskäufe in ausgesuchten Papieren auch durch den stabilen Rentenmarkt, wo die Anzeichen auf eine weitere Zinssenkung hindeuten. Dies kam jedoch den Bankaktien wieder nicht zugute. Sie standen völlig im Schatten des Wandelbezugsrechtes der Deutschen Bank, das letztmalig notiert wurde und sich wie am Freitag auf 3,25 DM stellte. Interesse finden zunehmend Versicherungswerte, von denen jetzt auch Magdeburger Feuer einen Aufwärtssprung taten. Die in den vorangegangenen Wochen favorisierten Technologieaktien litten teilweise unter Gewinnmitnahmen, von denen auch Nixdorf-Vorzugsaktien nicht verschont blieben. Großchemieaktien änderten sich kaum.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt stockten um 13 DM auf und Audi NSU um 6 DM. Nachgegeben haben Bilfinger um 3 DM, Deutsche Atlanten um 5 DM und Edelstahl Witten um 7 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 10 DM. Allianz Leben erhöhten um 100 DM und Allianz Vers. um 9 DM.

Frankfurt: Brau AG verhöhten um 4 DM auf 1160 DM und Chemische Verwaltung gaben um 11 DM nach. Flachglas schlossen mit 205 DM und Hartmann und Braun mit 450 DM. Holzmann verloren 9 DM und Varta 3 DM auf 172 DM.

Hamburg: Triton hatten einen Verlust von 4,50 DM. Jute Bremen wurden mit 164 (minus 3 DM) gehandelt. Beiersdorf ging zu 345 DM (minus 2 DM) aus dem Markt. Von den Versorgungpapieren waren HEW 1 DM schwächer, NWK-Vz. mit 161 DM unverändert. Für Reichelt wurden 105 DM (plus 6 DM) bezahlt. Phoenix Gummi tendierten bei 124,90 DM (plus 0,90 DM).

München: Etienne Aigner erhöhten um 1,50 DM und Audi NSU um 7 DM. Bay. Lloyd stockten um 10 DM auf 300 DM auf und Deckel AG um 1 DM auf 140 DM. Energie Ostbayern verbesserten sich um 9,50 DM auf 235 DM und Heilit um 4 DM auf 274 DM. Nachgegeben haben Paulaner Bräu um 10 DM und Otto Stumpf um 2 DM.

Berlin: Schering konnten sich um 3,50 DM, Lehmann um 2,70 DM, DeTeWe um 2 DM und Rheinmetall um 1 DM erholen. Kempinski schwächten sich um 9 DM ab. Herlitz Vz. gaben um 2 DM, Berthold um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1,20 DM nach.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 145,7 (145,8)
WELT-Umsatzindex: 2526 (1958)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	10. 9.	7. 9.
AachM Beteil. 9+2,5	965	963
Aach. M. Vers. 7	330G	525G
Aach. Rück. 9	905T	915T
Aseag *4	490B	490bB
Ach-Gägg 4	107	106
Adca 0	116	113
Adler 9	295G	295
Ach AG 4	103bG	105,2
AEG-Telef. 0	95,4	95,1
AEG-Kabel 8	305T	297T
Aesculap 8	320G	320G

	10. 9.	7. 9.
H Br. H. Hypo 10	312G	310G
Hn Brech. Jute *0	98	98G
H Brehenb.-C. *28	550T	560T
H Br. Straßb. *0	550B	660B
H Br. Vulkan 0	60,2	61
H Br. Wollk. 6	124G	126
F BBC 6	197	197,5
S BSU Textil %20	1290G	1290G
D Buckau-W. 4,1	128	130
D Buderus *12	402G	402G
M Bgl. Br. Ing. *11+1	750G	750G
S Bgl. Brh. Rav. *0	340G	340,1

	10. 9.	7. 9.
M En. Oberfr. 4,5	220Brt	229bB
M En. Ostb. 5+1	–	225,5
H Elkraft 0	38,2	40
B Engelhardt 7	224B	224B
D Enka 6,67	163,5	161
M Erlus 10	500TG	480bG
M Erste Kulmb. 9	1000bB	1000bB
S esbi *0	15B	15bB
S Essl. Masch. *6	220G	–
M Esterer **16	570G	570TG
D Farb. Liqu. RM 0	7,8	7,55
F Flachglas 8	205T	210
D Ford *0	1050T	1050T

	10. 9.	7. 9.
H Holsten-Br. 6+1	255	255
F Holzmann 10	369	378
D Horten 6	166,5	166
B Hw. Kayser *12	251G	251G
D Hussel 8	251	252
D Huta Heg. 0	70	63T
M Hutschenr. 9	224G	224
H Hypo Hbg. 12,5	415G	415
D IKB 7	179,5	177
S IWKA 8	248,1	248
M Isar-Amper 6,5+1	291	291bG
D Isenbeck *9,5	134G	135,5G

Ausland

Wien

	10. 9.	7. 9.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	207	207
Gösser-Brauerei	324	321
Länderbank Vz.	209	208
Österr. Brau AG	300	298
Perlmooser	346	345
Reininghaus	396	398
Schwechater Br.	149	146
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	141	141
Universale Hoch-Tief	207	205
Veitscher Magnesit	221	221
Index	53,51	54,46

Kopenhagen

	10. 9.	7. 9.
Den Danske Bank	247	251
Jyske Bank	440	459
Kopenh. Handelsbk.	246	254
Nova Industri	–	1960
Privatbanken	220	225
Ostasiat. Komp.	170	178
Dan. Sukkerfabr.	620	625
For. Bryggerier St.	650	670
Kgl. Porc. Fabr.	400	410

Brüssel

	10. 9.	7. 9.
Arbed	1685	1675
Brux. Lambert	2390	2395
Cockerill Ougrée	282	277
Ebes	2810	2800
Gevaert	3580	3540
Kredietbank	7200	7250
Pétrofina	7450	7460
Soc. Gén. d. Belg.	1940	1935
Sofina	7000	7000
Solvay	4355	4380
UCB	5390	5480
Index	160,59	159,50

Singapur

	10. 9.	7. 9.
Cycle + Car.	–	3,50
Cold Storage	3,24	3,30
Dev. Bk. of Sing.	7,85	7,90
Fraser + Neave	5,65	5,75
Kl. Kepong	2,55	2,61
Mal. Banking	–	–
Nat. Iron	4,10	4,14
OCBC	9,55	9,70
Sime Darby	2,13	2,17
Singapur Land	–	3,96
Un. Overs. Bank	4,50	4,60

Sydney

	10. 9.	7. 9.
Ampol. Explor.	2,70	2,80
Westpacific Banking	3,70	3,80
Bridge Oil	2,55	2,70
Brok. Hill. Prop.	10,00	10,30
Coles	3,85	3,85
CRA	4,70	4,92
CSR (Theiss)	3,00	3,15
Metals Expl.	0,55	0,58
MIM-Holdings	2,65	2,80
Myer Emporium	1,90	1,88
North Broken Hill	2,15	2,22
Oakbridge	0,80	0,85
Peko Wallsend	4,70	4,98
Poseidon	2,99	2,95
Thomas Nat. Tr.	1,95	1,96
Waltons Bond	0,35	0,34
Western Mining	2,99	3,10
Woodside Petr.	1,20	1,25
Index	–	725,60

Optionshandel

Frankfurt: 10. 9. 84: 699 Optionen = 37 950 (37 500) Aktien, davon 118 Verkaufsoptionen: = 6350 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-100/2,5, 1-90/8,7, 1-95/6,8, 1-100/4,05, 1-110/1,5, 4-100/7,5, BASF 10-150/6, 1-15/10,6, 1-160/6,2, 4-150/16,9, 4-160/11, 4-170/6, 4-180/3, Bayer 10-160/8,5, 10-170/2,5, 1-170/7,6, 1-180/3,9, 4-160/18,6, 4-170/11,5, 4-180/6, 4-190/3,9, BMW 4-420/5,5, Bay. Vereinsbank 4-320/10, Commerzbank 10-150/3,8, 10-160/1,1, 1-150/8,1, 1-160/3,9, 1-170/2, 4-150/15, 4-160/6,5, 4-170/4, Conti 10-120/1,1, 1-120/5,2, Daimler 1-590/5, 4-590/19, Dt. Babcock St. 1-170/4,4, Dt. Babcock Vz. 10-150/9,85, Deutsche Bank 1-360/7, 4-340/24,8, 4-360/13,2, Dresdner Bank 1-160/5, 4-160/7,2, 4-170/4, GHH St. 10-140/2,5, 1-150/6, 4-150/8,4, Hoechst 10-170/3,4, 1-170/8,4, 4-17/13,5, 4-180/8, 4-190/4,1, Hoesch 10-100/1,9, 1-100/5,5, 1-110/2,5, Kaufhof 1-230/7, KHD 1-240/8, Klöckner 10-60/2, 1-60/4, 1-65/2,9, 4-60/7,4-65/4,5, 4-70/2,1, Lufthansa Vz. 4-160/10, Mannesmann 10-130/12, 10-140/7,5, 10-146/2,6, 10-150/2,5, 1-140/13,6, 1-150/7,2, 1-160/3,2, 4-140/17, 4-150/10, 4-160/6,5, Preussag 1-150/10, RWE St. 1-160/5,85, Schering 4-370/13,5, Siemens 10-400/6,9, 10-410/3,9, 1-390/28, 1-410/15, 1-430/4,4, 4-420/16,5, 4-430/9,8, Thyssen 1-80/3,5, 4-85/4,55, Varta 1-170/8,4, 4-180/5,3, Veba 1-162,5/7,9, 1-170/4, 4-170/7, VW 10-170/7, 1-170/13,4, 1-180/8, 1-190/5, 1-200/2, 4-180/12, 4-180/8,5, 4-200/4,5, Alcan 1-85/6, Chrysler 10-70/16, 10-80/8, 1-90/4,5, Elf 10-69,3/6,2, 10-70/6, IBM 10-320/41, Philips 10-38,8/8,5, 10-40/6, 1-45/3, 4-45/4,7, Royal Dutch 1-140/10,6, Sony 1-45/3,5, Sperry 1-110/16, 4-110/18,9, Unilever 1-250/10, Xerox 4-130/5,3. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-100/6, 4-90/4,4, BASF 1-150/2,6, Bayer 10-170/2,6, 1-160/2,5, Commerzbank 4-140/1,7, 4-150/5,5, Conti 1-117/2,9, 1-120/5, Deutsche Bank 10-320/1,8, 4-300/2,9, GHH Vz. 10-130/1,05, Hoechst 4-170/6,8, Klöckner 10-60/3, 1-55/2, Lufthansa St. 10-160/3, 4-160/12,4, Lufthansa Vz. 4-160/12,6, Mannesmann 1-150/5, Siemens 10-400/4,95, 1-00/8,4, 1-380/3,1, 1-390/5,4, 4-390/5, Veba 1-160/1,45, VW 10-170/1,6, 1-170/4,6, 1-180/10,4, 4-170/7, Alcan 1-85/4,9, Chrysler 10-85/4,1, 1-65/6,5, General Motors 1-200/8,4, IBM 1-350/8,5, 1-360/13, 4-360/12. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5⅜–5½	4⅛–5⅜
3 Monate	10⅞–12⅛	5⅝–5¾	4¾–5
6 Monate	12⅛–12⅜	5¾–6	5 –5¼
12 Monate	12⅝–12⅞	6⅛–6¼	5 –5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	235,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	228,00	282,72
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	230,00	283,86
Krüger Rand, neu	1028,00	1211,82
Maple Leaf	1004,00	1184,46
Platin Noble Man	986,00	1175,34
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	181,00	230,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	947,00	1143,42
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,46
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	121,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	550,62
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurse⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York²)	2,9820	2,9900	2,9382	2,95	3,04
London¹)	3,801	3,815	3,76	3,74	3,89
Dublin¹)	3,089	3,103	3,04	2,96	3,13
Montreal³)	2,2626	2,2706	2,2306	2,23	2,33
Amsterd.	88,630	88,750	88,465	87,25	89,75
Zürich	120,050	120,250	120,50	119,00	121,75
Brüssel	4,955	4,975	4,899	4,88	5,08
Paris	32,505	32,685	32,135	31,75	33,50
Kopenh.	27,510	27,630	27,20	26,25	28,00
Oslo	35,150	35,270	34,84	34,00	35,75
Stockh.**)	35,010	35,170	34,625	34,00	35,25
Mailand²) **)	1,617	1,627	1,585	1,58	1,68
Wien	14,215	14,285	14,186	14,12	14,35
Madrid**)	1,768	1,778	1,734	1,72	1,84
Lissabon**)	1,917	1,937	1,882	1,55	2,35
Tokio	1,2166	1,2186	–	1,18	1,24
Helsinki	47,940	48,140	46,88	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,06	0,28
Athen*) **)	2,5030	2,5560	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4774	2,4964	–	2,38	2,50
Johannesbg.*)	1,7916	1,8106	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Im Freiverkehr soll es im Fernen Osten zu kleinen Umsätzen über DM 3,– bereits gekommen sein, in Europa wurde am 10. 9. diese psychologische Hemmschwelle jedoch bisher noch nicht überschritten. Im Markt verhielt man sich ob des erreichten Niveaus abwartend, so daß ein leichtes Nachgeben des Kurses auf 2,9835 niedrigst zu beobachten war. Die amtliche Notiz wurde mit 2,9860 festgestellt, wobei die Deutsche Bundesbank 34,8 Millionen Dollar an den Markt abgab. Unter den erneut meist höher bewerteten übrigen amtlich notierten Währungen ragte der Japanische Yen mit einem Kursgewinn von 4,5 Promille auf 1,2180 sowie das Britische Pfund mit einem Kursgewinn von 3,4 Promille auf 3,808 heraus. US-Dollar in: Amsterdam 3,3690; Brüssel 60,15; Paris 9,1650; Mailand 1839,90; Wien 20,9850; Zürich 2,4852; fr. Pfund/DM 3,096; Pfund/Dollar 1,2753; Pfund/DM 3,808.

Ostmarkkurs am 10. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt lagen die Abschläge für Pfund/DM am 10. September etwas niedriger. Dollar-Deports wurden unverändert gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,63/1,53	4,72/4,62	8,90/8,70
Pfund/Dollar	0,12/0,14	0,39/0,42	0,93/0,98
Pfund/DM	2,30/0,90	5,40/4,00	9,10/7,70
FF/DM	23/7	54/38	98/82

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 10. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–7,75 (6,87)–8,00 (7,12)–8,25 (7,31)–8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (5,50)–7,75 (6,91)–8,00 (7,18)–8,25 (7,40)–8,50 (7,58)–8,50 (7,71). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,70, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,80, Rendite 7,55.

Für Renten weiter Interesse

Am Rentenmarkt hielt die Anlagebereitschaft vor allem im Bereich der öffentlichen Anleihen an. Die Tendenz entwickelte sich unberührt von den Zinsschwankungen in den USA sowie vom Dollarkurs. Ein großer Teil der Anleger wartet offenbar immer noch auf einen Kursrückschlag. Seine niedrig limitierten Aufträge kamen wie schon an den Vortagen jedoch nicht zum Zuge. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Bei den Pfandbriefen veränderten sich die Kurse kaum. Bei den DM-Auslandsanleihen wartet man auf den neuen Emissionskalender.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

		10. 9.	7. 9.
F 6 Bdbahn 78 III	11/84	100	100
6½ dgl. 79	2/85	100,1G	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,85	100,85

Bankschuldverschreib.

	10. 9.	7. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
8½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,85G	100,85G
9 dgl. Pf 105	104,75G	104,75G
10 dgl. Pf 106	108,95G	108,95G
7 dgl. KS 132	97,45G	97,45G
8 dgl. KS 155	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 169	102,45G	102,45G

	10. 9.	7. 9.
M 5½ Bayer.Hsbk Pf 14	94G	94G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	97,25G	97,25G
7 dgl. Pf 3	96,75G	96,75G
6½ dgl. KS 14	98,5G	98,5G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	76G	75,75bG
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92G	92G
8 dgl. 47	90,5G	90,5
F 5 Helaba Pf 8	110,5	110,5
6 dgl. Pf 80	95,95G	95,95G
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 5	103G	103G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	83,5	83,25G
M 5 Vorbank Nbg. Pf 65	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77,5G	77,5G
7 dgl. Pf 100	100,25bG	100,25bG
D 8 WestLB Pf 350	100,95G	100,95G
6½ dgl. Pf 403	98,45G	98,45G
9½ dgl. Pf 1007	106,9G	106,9G
8 dgl. Pf 1015	100,4G	100,4G
7 dgl. KO 556	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 420	97,15G	97,15G

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Mit kräftigen Verlusten schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee schwächer aus dem Markt ging, konnte sich Kakao gut behaupten.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7. 9.	6. 9.
Sept.	348,50	349,75
Dez.	356,50	356,00
März	361,75	359,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	7. 9.	6. 9.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	235,20	234,55
Amber Durum	258,95	261,20

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,20	137,60
Dez.	143,80	142,30
März	150,80	149,20

[illegible]

Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 9.	6. 9.
Okt.	125,90	125,90
Dez.	126,90	126,90
März	129,50	129,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 9.	6. 9.
Terminkontr. Sept.	146,75	147,50
Dez.	143,70	144,80
März	142,25	143,10

Kakao New York ($/t)	7. 9.	6. 9.
Terminkontr. Sept.	2520	2492
Dez.	2267	2267
März	2195	2190
Umsatz	2272	5564

Zucker New York (c/lb)	7. 9.	6. 9.
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,32	4,39
Jan.	4,98	5,10
März	5,54	5,67
Mai	5,83	5,98
Juli	6,08	6,31
Umsatz	13 426	17 450

[illegible]

Zucker London ($/t), Nr. 6	7. 9.	6. 9.
Okt.	123,00-123,40	129,20-129,40
Dez.	133,00-134,80	137,00-140,00
März	150,20-150,40	155,60-155,80
Umsatz	4220	4876

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 9.	6. 9.
schw. Sarawak spez.	400,00	geschl.
weißer Sarawak	670,00	geschl.
weißer Muntok	677,50	geschl.

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Schweine Chicago (c/lb)	7. 9.	6. 9.
Okt.	47,20	47,80
Dez.	49,05	49,65
Febr.	51,80	52,45

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	7. 9.	6. 9.
Febr.	74,75	86,65
März	74,05	86,00
Mai	74,72	86,50

	7. 9.	6. 9.
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	248,00	245,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1375,00	1050,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	296,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Franz Becker

Güterdirektor a. D.

ehem. Landrat des Kreises Recklinghausen
Träger des Verdienstkreuzes 1. Kl.
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

24. April 1910 — 8. September 1984

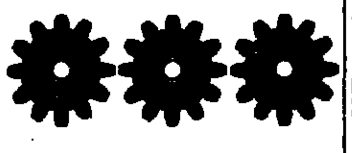
In Dankbarkeit und Liebe

Ilsemargret Becker geb. Dörrien
Nikolaus Becker und Frau Heidrun
mit Thorsten, Antje und Kathrin
Carlo Becker und Frau Ulrike
mit Carolin, Christina, Friedericke
und Charlotte
und Anverwandte

4355 Waltrop, Im Löhken 45

Die Beisetzung findet im Familienkreis am Donnerstag, dem 13. September 1984, auf dem Waltroper Friedhof statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALELF / Vor erstem Länderspiel gleich zwei Hiobsbotschaften für den neuen Teamchef

Beckenbauer muß auf Rummenigge und Förster verzichten: „Weinen tun wir deshalb nicht“

BERND WEBER, Hennef

Am späten Sonntagabend präsentierte sich der neue Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer den in mehrfacher Kompaniestärke angereisten Journalisten noch als der perfekte Strahlemann. Ja, er freue sich wirklich auf sein erstes Länderspiel am Mittwoch in Düsseldorf gegen Argentinien (Live im ZDF ab 20.15 Uhr) in seiner neuen Rolle, und lässig fügte er hinzu: „Muffensausen“ vor den hochgeschraubten Erwartungen der Öffentlichkeit habe er nicht. Auch nicht vor den Argentiniern, die endgültig ohne Maradona antreten werden, aber dennoch sehr stark seien. Das habe er feststellen können, als er sie in den beiden jeweils mit 2:0 gewonnenen Länderspielen gegen die Schweiz und in Belgien beobachtet habe. Aber: „Der deutsche Fußball ist ja auch noch etwas wert – trotz der verkorksten Europameisterschaft. Und was er wert ist, das wollen wir den Zuschauern schon zeigen.“

Solch optimistische Töne überraschten ein wenig, denn vergangenen Dienstag – bei seiner ersten großen Pressekonferenz in Düsseldorf – hatte Beckenbauer noch wesentlich moderatere Töne angeschlagen. Das hörte sich seinerzeit so an: „Seit zehn Jahren ist es im deutschen Fußball bergab gegangen. Wir werden mindestens zehn Jahre brauchen, um wieder an die Spitze zu kommen.“ Mithin, Franz Beckenbauer hat innerlich wohl einen Stimmungswandel vollzogen, und der hat eindeutig auf die 21 Spieler, die er jetzt noch in der Sportschule Hennef um sich versammelt hat, abgefärbt. Es ist, um es einmal salopp zu sagen, „wieder Stimmung im Laden“. Die Frustzeiten vergangener Jupp-Derwall-Tage sind vorbei. Was kein Vorwurf gegen den alten Bundestrainer sein soll. Nur muß man es dennoch ganz klar sagen: In der Persönlichkeit von Beckenbauer liegt genau der Segen, den der Deutsche Fußball-Bund (DFB) dringend braucht, um den nahezu bei allen Fans verlorengegangenen Kredit zurückzugewinnen. Die Stimmung von Beckenbauer verschlechterte sich auch nicht, als ihn gestern mehrere Hiobsbotschaften erreichten.

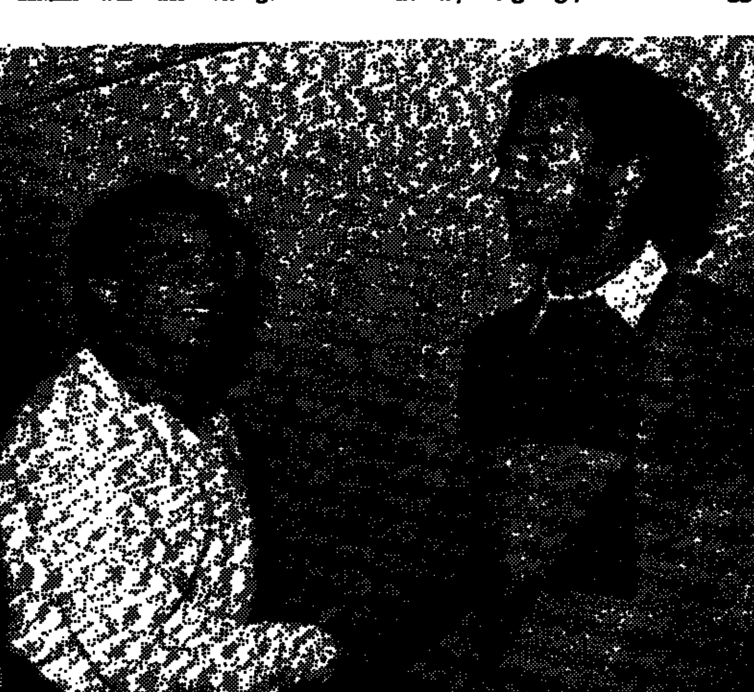
Zuerst packte Karlheinz Förster vom VfB Stuttgart seine Sachen zusammen und fuhr in Richtung Heimat zurück. Die Schmerzen im Sprunggelenk waren zu groß, weiteres Trainieren zwecklos geworden. An seinen Einsatz gegen Argentinien war überhaupt nicht mehr zu denken. Förster: „Da ist es wohl besser, daß ich mich in der gewohnten Umgebung auskuriere.“

Kaum war der Stuttgarter davongebraust, meldete sich ein zweiter Stammspieler ab – nämlich Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge. Er war am Sonntag abend mit Schmerzen in Hennef eingetroffen. Beim Pokal-Spiel seines Klubs Inter Mailand gegen den Zweitligaklub Avelino war Rummenigge kurz vor dem Seitenwechsel mit einem gegnerischen Verteidiger zusammengeprallt. Rummenigge zur WELT: „Der Schlag hat sofort höllisch wehgetan. Aber unser Vereinsarzt hat den Fuß in der Pause mit Eis behandelt, und danach ging's eigentlich wieder.“

Es ging sogar so gut, daß der Ex-Münchner in der zweiten Halbzeit noch ein schönes Tor schoß. Sonntag abend, wie gesagt, traf Rummenigge in Hennef ein. In der Nacht ging die Schwellung auch zurück, aber die Schmerzen traten wieder unvermindert heftig auf. Gestern morgen, während seine Kollegen trainierten, wurde der Inter-Star in ein Hennefer Krankenhaus gefahren, um den rechten Fuß vorsichtshalber röntgen zu lassen. Mit folgenschwerer Diagnose kehrte er zurück. Rummenigge hatte sich den vierten Zeh des rechten Fußes gebrochen. Und damit konnte er alle Hoffnungen, sich für seine schwachen Leistungen bei der Europameisterschaft zu rehabilitieren, abschreiben. Am Nachmittag noch flog der Stürmer nach Mailand zurück, um sich dort in die Behandlung von seinem Vereinsarzt Professor Boni zu begeben. Teamchef Beckenbauer kommentierte den Doppelschlag so: „Natürlich ist es bedauerlich, daß zwei meiner absolut stärksten Spieler ausfallen. Weinen werde ich deshalb bestimmt nicht.“

Wenngleich die offizielle Verkündigung der Mannschaftsaufstellung erst für heute angesagt ist, ist aber jetzt schon klar, wie der Teamchef umdisponiert hat. Für Rummenigge wird der Mönchengladbacher Frank Mill neben dem Bremer Rudi Völler stürmen. Für Förster wird der Hamburger Ditmar Jakobs Vorstopper spielen, und Hans-Günter Bruns wird die Libero-Rolle übernehmen. Optimismus auch bei ihm – und auch beim neuen Spielmacher Felix Magath, der verspricht: „Ich werde Beckenbauer, der wegen meiner Nominierung eine Menge Kritik einstecken mußte, nicht enttäuschen.“ Bleibt noch zu vermelden, daß Torwart Toni Schumacher wegen Rummeniggeѕ Ausfall zum ersten Mal Mannschaftskapitän sein wird.

Die wahrscheinliche Aufstellung: Schumacher – Bruns – Brehme, Jakobs, Frontzeck – Bommer, Matthäus, Magath, Falkenmayer – Völler, Mill.



Auf die Fußball-Künste von Felix Magath (links) hofft der neue Teamchef Franz Beckenbauer FOTO: DPA

Hörfunk-Hits (8): Was Hörern an die Nieren geht – „Zeitpunkte“ vom SFB

„Familienfunk ist kein Tanztee“

Ihr schafft *Konflikte*, eure Themen führen zu Auseinandersetzungen.“ Dieser Vorwurf, der den vier Redakteurinnen der SFB-Hörfunksendung „Zeitpunkte“ am häufigsten nachhallt, beweist gleichzeitig den Erfolg des Konzeptes dieser Sendung des „Frauenfunks“. „Zeitpunkte“, dienstags bis freitags von 10 Uhr 5 bis 11 Uhr zu hören, hat sich mittlerweile mit der zweithöchsten Einschaltquote aller SFB-Hörfunksendungen zu einem der Berliner Äther-Spitzenreiter entwickelt.

Daß dabei „Tabu-Themen“ wie Frauenhäuser oder künstliche Befruchtung oftmals zu kontroversen Diskussionen führen, ist erwünscht: „Wir versuchen, unsere Art von Betroffenen-Journalismus zu verwirklichen, anstatt nur über die Politik der Entscheidungsträger zu berichten“, umreißt Redakteurin Magdalena Kemper vom SFB-Frauenfunk das Konzept, das die „Zeitpunkte“ begleitet.

Eine Sendung von Frauen für Frauen, was vor allem durch die Sendezeit vorbestimmt ist. „In der Mehrzahl Frauen bei der Hausarbeit, aber auch am Arbeitsplatz“, charakterisieren die Redakteurinnen ihre Zielgruppe. Mit den „Zeitpunkten“ bietet der SFB ein bisher im Bundesgebiet einmaliges Konzept einer Frauensendung: Zwar kennen auch andere Sender den „Frauenfunk“, „jedoch in weit begrenzterem Rahmen als in Berlin“, so die „Zeitpunkte“-Macher.

Frei nach dem Motto der Programmdirektion „Familienfunk ist kein Tanztee“, weist jedes der täglichen Magazine vier Beiträge auf, die neben der Aktualität vom Bemühen gekennzeichnet sind, möglichst heiße Eisen zu behandeln. Mitunter gelingt das auch. So berichtete „Zeitpunkte“ schon über Frauenhäuser, als es diese in Berlin noch nicht gab, sich aber bereits abzeichnete, daß ein Bedarf für diese Zufluchtsstätten vorhanden war.

Bei der Suche nach „Themen, die Hörern an die Nieren gehen“, stießen die Damen von der Redaktion auch auf das Thema „Trauer“, bisher in der bundesdeutschen Hörfunklandschaft eher tabu. Die Folge: Nach der ersten Sendung, die konkrete Hilfestellungen für die Bewältigung persönlichen Schmerzes gab, bildeten sich in Berlin erste Trauer-Selbsthilfegruppen.

Zahlreiche Diskussionen entstanden aus Höreranregungen: ob Fragen des Mietrechts, der Homosexualität oder die Beschreibung möglicher Konflikte im Elternhaus, wenn Kinder dieses verlassen. Man geht beim SFB über die traditionellen Frauenthemen „Kinder, Küche, Kirche, Kunst“ hinaus, bezieht die Hörer in einem solchen Maße ein, daß „Zeitpunkte“ mittlerweile als eine der wenigen Sendungen gilt, die von der Programmdirektion in schönem Amtsdeutsch als „unverzichtbarer Bestandteil“ der Sendestruktur eingestuft werden.

Vor fünf Jahren begannen die „Zeitpunkte“ im Rahmen eines SFB-„Radiofrühlings“. Wie sehr bis heute das Vertrauen der *Hörer in dieses Magazin* gewachsen ist, dokumentiert die Tatsache, daß es bei bisher keinem Thema den Redakteurinnen schwerfiel, Betroffene vor das Mikrophon zu bekommen. „Wir lassen die Leute ausreden, eigene Gedanken entwickeln“, lautet die Grundidee, sei es bei einem Bericht über einen Warnstreik von Kaufhaus-Verkäuferinnen, sei es über den Alltag türkischer Hausfrauen in Berlin oder die *Elterninitiative „Pseudo-Krupp“*, die wegen des mehr und mehr sinkenden Renommees der Berliner Luft um die Gesundheit des Nachwuchses fürchtet.

Der Bitte zahlreiche Hörer, man *möge doch abends*, „wenn wir zu Hause sind“, interessante Themen wiederholen, würden die „Zeitpunkte“-Macher gerne entsprechen, nur: „Dafür fehlt uns die Sendezeit.“ Einzige Ausweichmöglichkeit bleibt da eine halbstündige Sendung „Zeit für Sie“ am Samstagnachmittag, die vor allem auf berufstätige Frauen zugeschnitten ist, denen zur üblichen Sendezeit kein Radio zur Verfügung steht.

Wer nun denkt, bei „Zeitpunkte“ blieben Männer völlig „außen vor“, erfährt von der Redaktion Überraschendes: „Der Anteil der Männer, die uns hören, ist in den letzten drei Jahren stetig gestiegen und beträgt *nun immerhin zehn Prozent* der Hörer.“ Aber nicht nur das: „Die Männer beteiligen sich darüber hinaus sehr intensiv mit Anrufen.“

FRIEDEMANN DIEDERICHS

KRITIK

Ein störrisches Puzzlespiel

Ich habe nach der Betrachtung des jüngsten Tatortes die Inhaltsangabe in der amtlichen Fernsehbroschüre der ARD gelesen, um dahinterzukommen, vergeblich, vergeblich! Das Wirrsal des Krimis **Heißer Schnee** (ARD) wollte sich mir nicht erschließen.

Andererseits war das Ganze nicht wert, noch lange aufrecht im Bett zu sitzen und auf die Eingebung zu warten. So kann ich also nur berichten, daß es sich um eine Bande von Drogenhändlern im Nutten- und Kasernenmilieu einer amerikanischen Garnison in der Bundesrepublik handelte, wobei die deutsche Kriminalpolizei und die amerikanische („Empi“ genannte) Militärpolizei gleichermaßen hilflos herumtappen, herumfahren, herumschießen und dergleichen mehr, bis die Sendezeit sich ihrem Ende nähert und der Kommissar Lenz das Stichwort erhält zu einer mündlichen Nacherzählung all dessen, was uns der Film 90 Minuten lang vorenthalten hatte.

Nun ja, es ist gewiß ein wackerer Vorsatz der Regisseurin Wilma Kottusch, nicht mit Dialogen, sondern mit Bildern zu erzählen, Film hat ja auch zuerst mal etwas mit Bild zu tun und dann erst mit dem Dialog, aber wenn das Chaos der Bildsequenzen keine Geschichte ergibt und der Zuschauer nur in einer Art Resümee des Kriminalbeamten den ungefähren Ablauf der Story erfährt, so spricht das entweder gegen die Theorie der Regisseurin oder gegen die Qualität ihrer Verwirklichung. Das zweite gilt, ohne Zweifel.

Was hilft es da, daß die Kamera sich erstklassig durch den Dschungel kämpft; was hilft es, daß die Darsteller die seltene Kategorie Mensch ins Spiel bringen, allen voran Brigitte Obermeier, die mit viel Geschick sich der Dirnen-Sentimentalität der üblichen Sittenfilme entzieht; was hilft es, daß die Kommissare, Gehilfen eingeschlossen, ihre beamteten Gesichter nicht zur Miene der polizeilichen Allwissenheit verziehen, sondern bieder im Zustande der schlichtmenschlichen Hilflosigkeit belassen – was hilft das alles angesichts des Frusterlebnisses während der Ausstrahlung dieser störrischen Puzzlestory? VALENTIN POLCUCH

NACHRICHTEN

Anklage gegen Steiniger

Hannover (dpa) – Mit einer Spielsperre muß Franz Josef Steiniger vom Fußball-Zweitligaklub MSV Duisburg rechnen. Der Kontrollausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) erhob gegen ihn Anklage „wegen Tätlichkeit“. Steiniger soll am 26. August im Zweitliga-Punktekampf gegen Hannover 96 (1:2) den am Boden liegenden Hannoveraner Frank Hartmann in die Beine getreten haben.

115 000 Mark verfehlt

Calgary (sid) – Franke Sloothaak und Paul Schockemöhle ritten beim Großen Preis von Calgary nur knapp an der Siegprämie von umgerechnet 115 000 Mark vorbei. Auf den dritten Rang mit einem Abwurf kam Sloothaak auf Farmer vor Schockemöhle auf Deister, der ebenfalls mit vier Fehlerpunkten für einen Abwurf belegt wurde.

Derwall verlor erneut

Istanbul (sid) – Der fühere Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall mußte am dritten Spieltag mit seinem Verein Galatasaray Istanbul bereits die zweite Niederlage in der türkischen Meisterschaft hinnehmen. Beim neuen Spitzenreiter Eskisehir unterlag die Mannschaft mit 0:3.

Langer verlor Anschluß

Sunningdale (sid) – Der englische Golfprofi Gordon Brand jr. sicherte sich in Sunningdale die mit insgesamt 195 000 Dollar dotierten Offenen Europäischen Meisterschaften mit 270 Schlägen. Bernhard Langer (Anhausen) fand in der Schlußrunde nicht mehr den Anschluß an die Spitzengruppe.

80jährige schlug Spieler

Speyer (dpa) – Beim Fußball-Amateurspiel zwischen Schwarzweiß Speyer und VfB Iggelheim (A-Klasse) mußte eine Viertelstunde vor Spielende ein Iggelheimer Spieler mit Verdacht auf Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. Eine 80jährige Zuschauerin schlug ihm mit dem Knauf ihres Regenschirms während eines Einwurfs auf den Kopf.

TENNIS

McEnroe – wer sonst?

dpa, Flushing Meadow

„Es ist ein unglaubliches Gefühl.“ Als John McEnroe den Siegesscheck in Höhe von umgerechnet rund 480 000 Mark überreicht bekam, mischten sich in ihm Glück und Müdigkeit. Glück über den 6:3, 6:4, 6:1-Triumph über den Tschechoslowaken Ivan Lendl, womit er in Flushing Meadow die US-Open zum vierten Male gewonnen hatte. Müdigkeit nach einem Wochenende, das der amerikanischen Nummer eins im Welt-Tennis alles an Kraft und Konzentration abverlangt hatte. McEnroe: „Mein Körper hat immer wieder zu mir gesagt: Jetzt ist genug. Doch auf wunderbare Weise ging es immer wieder weiter.“

Müde war jedoch auch Ivan Lendl, der sich wie McEnroe am Samstag weit über drei Stunden hatte quälen müssen, um gegen den Australier Pat Cash das Finale erreichen zu können. Kein Wunder, daß sowohl McEnroe als auch Lendl nach ihren Fünfsatz-Strapazen nur wenig Interesse an langen Ballwechseln hatten.

„Er hat sehr gut gespielt. Ich habe alles versucht, so brauche ich mir keine Vorwürfe zu machen“, berichtete Lendl, der nach 1982 und 1983 (jeweils gegen Jimmy Connors) sein drittes Finale hintereinander in Flushing Meadow verlor und zum ersten Male seit 1925 in einem amerikanischen Finale keinen einzigen Satz zu buchen vermochte. Der Tschechoslowake ist sich jedoch auch im klaren darüber, daß variantenreicheres Spiel allein gegen McEnroe nicht zum Erfolg führt. „Meine einzige Chance besteht darin, meinen Return zu verbessern. Wo finde ich einen Trainingspartner, der als Linkshänder so stark aufschlägt und der so gut Volley spielen kann wie McEnroe?“

Kein Zweifel, gegen McEnroe ist gegenwärtig kein Kraut gewachsen. Der Amerikaner gewann nach Wimbledon seinen zweiten Grand-Slam-Titel dieses Jahres, er hat 1984 von 68 Turnierspielen nur zwei (das Finale von Paris gegen Ivan Lendl in fünf Sätzen und in der ersten Runde der ATP-Meisterschaften gegen den Inder Vijay Amitraj) verloren.

LEICHTATHLETIK

Lebenslange Sperre droht

K.Bl. Bonn

Der Fall Tatjana Kasankina: Vor einer Woche gewann die sowjetische Weltrekordlerin beim internationalen Sportfest in Paris den 5000-m-Lauf in für sie indiskutablen 15:23,12 Minuten. Anschließend wurde sie zur Dopingkontrolle gebeten. Tatjana Kasankina sagte zu – allerdings nur in Begleitung eines sowjetischen Arztes. Das ist legitim, konnte jedoch in Paris nicht erfolgen, weil die sowjetische Equipe ohne Mediziner angereist war. Der sowjetische Delegationsleiter bestand deshalb ebenso wie Tatjana Kasankina darauf, die vom Internationalen Leichtathletik-Verband (IAAF) für derartige Veranstaltungen zwingend vorgeschriebene Dopingkontrolle nicht vornehmen zu lassen. Die Begründung der Läuferin und der sowjetischen Mannschaftsführung: Man führe Dopingkontrollen eben nur im Beisein eines sowjetischen Arztes durch.

Der Kölner Doping-Spezialist Professor Manfred Donike zur WELT: „Wir haben das Protokoll der medizinischen Kommission zum Fall Kasankina noch nicht vorliegen. Doch vorab läßt sich folgendes sagen: Daß eine Kontrolle im Beisein eines Mannschaftsarztes oder eines Mannschaftsdelegierten durchgeführt wird, ist lediglich eine Kann-Bestimmung. Es ist kein Muß, und es ist auf gar kein Fall ein Grund, die Dopingkontrolle zu verweigern. Eine Verweigerung entspricht rechtmäßig einem positiven Befund.“ Nach den internationalen Statuten muß die Kasankina deshalb auf Lebenszeit gesperrt werden.

Am 19. August stellte Tatjana Kasankina in Leningrad mit 8:22,62 Minuten einen neuen Weltrekord über 3000 m auf. Weil die IAAF erst ab 1. Januar 1985 Dopingbefunde bei Weltrekorden bindend vorschreibt, steht der Anerkennung dieser Bestleistung wohl nichts im Wege. Sollte den sowjetischen Unterlagen jedoch kein Dopingbefund beigefügt sein, wird das Ergebnis gemäß den Paragraphen zwar als Welt-, jedoch nicht als Europarekord anerkannt.

FUSSBALL

Streik: Keine Zuschauer

sid, Madrid

Der Streik der spanischen Fußball-Profis führte am zweiten Spieltag der ersten Liga zu einem Zuschauer-Debakel. Den 4:0-Erfolg des FC Barcelona, der auch ohne den ehemaligen Kölner Bernd Schuster angetreten war, über Real Saragossa verfolgten nur 2500 Zuschauer. Bei Atletico Madrid gegen FC Osasuna (3:0) waren sogar nur 500 Besucher im Stadion. Auch Uli Stielike war beim 1:1 seines Vereins Real Madrid bei Sporting Gijon nicht dabei.

Die 18 Erstliga-Klubs traten fast ausschließlich mit Jugend- und Amateurspielern an. Die einzige Ausnahme bildeten Profi-Spieler, die zur Zeit ihren Militärdienst ableisten und nicht streiken dürfen.

Die Spieler der insgesamt 78 Profi-Klubs waren zum vierten Mal seit 1979 in den Streik getreten, um gegen die sozialen Mißstände, vor allem in der zweiten und dritten Division, zu protestieren. In diesen Klassen sollen vielerorts noch Gehaltszahlungen ausstehen.

Barcelonas Trainer Terry Venables hatte sich gegen einen Einsatz der ausländischen Spieler wie Bernd Schuster und des Schotten Steve Archibald ausgesprochen, während Präsident Luis Nunes beide Akteure spielen sehen wollte. Durch den Erfolg verteidigten die Katalanen, die zum Auftakt mit Schuster einen 3:0-Erfolg bei Real Madrid gefeiert hatten, mit 4:0 Punkten und 7:0 Toren die Tabellenführung.

Die Fußballergewerkschaft AFE bezeichnete den Streik am zweiten Sonntag der neuen Saison als Erfolg. Von den 198 Erstliga-Spielern waren nur drei aus der Solidaritätsfront ausgebrochen: Ernesto Cerron und Manuel Ruiz von Deportivo Malaga und Jesus Pitarch von Valencia. In der zweiten Liga hatte Torwart Francisco Ruiz Brenes vom FC Cadiz als erster erklärt, er habe mit dem Streik nichts zu tun.

Annähernd 600 Profis hatten vor einer Woche auf einer von der AFE einberufenen Generalversammlung in Madrid fast einstimmig zugestimmt.

ZAHLEN

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Endspiele: Herren-Einzel: McEnroe (USA) – Lendl (CSSR) 6:3, 6:4, 6:1. – Damen-Doppel: Navratilova/Shriver (USA) – Hobbs/Turnbull (England/Australien) 6:2, 6:4. – *Mixed: Maleeva/Tom Gullikson* (Bulgarien/USA) – Sayers/Fitzgerald (Australien) 2:6, 7:5, 6:4. – **Bundesliga**, Gruppe 1: Iphitos München – Blau-Weiß Neuss 5:4, Bayer Leverkusen – Bamberg 5:4, Rot-Weiß Berlin – Klipper Hamburg 4:5. – Tabellenspitze: 1. Blau-Weiß Neuss (6:2 Punkte), 2. Klipper Hamburg (5:3). – Gruppe 2: Karlsruhe/Rueppur – Amberg 1:8, Etuf Essen – Hannover 4:5, Grün-Weiß *Mannheim* – Waldau Stuttgart 6:3. – Tabellenspitze: 1. Amberg (6:2), 2. Hannover (5:3).

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 13, 18, 23, 27, 36, 45, Zusatzspiel: 20. (Ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Westphal und die Einstellung*

Für die Funktionäre des Deutschen *Tennis-Bundes (DTB)* war der Hamburger Michael Westphal *schon nach seinem Davis-Cup-Sieg* gegen den Israeli Glickstein auf dem Weg in die Weltklasse. So schnell geht das hierzulande, dabei wird allzuoft übersehen, daß dieses Prädikat Weltklasse durch konstant gute Leistungen über einen langen Zeitraum hart erarbeitet werden muß.

Noch schlimmer aber war es, daß Westphal nun selber glaubte, schon zu den Großen der Branche zu zählen. Als er bei den Deutschen Hallenmeisterschaften in Mainz in der ersten *Runde kläglich* ausgeschieden war, beklagte er sich bitterlich über die Journalisten, die ihm Desinteresse und eine lasche Einstellung vorgeworfen hatten. Noch am selben Tag aber ging er in die Disco und tanzte hier bis zum Morgengrauen, obwohl um 11.00 Uhr sein Doppel angesetzt war. Was ist schon für einen Weltklassemann ein Doppel . . . ?

Am Wochenende verlor der Hamburger in den Diensten der Bundesliga-Mannschaft Blau-Weiß *Neuss gegen den Holländer Michael* Schapers (Nummer 122 der Weltrangliste) sang- und klanglos. Es war nicht der Umstand der Niederlage an diesem naßkalten Tag, erschütternd war die Art und Weise.

Ohne jeden Kampfgeist und manchmal mit zur Schau gestellter Gleichgültigkeit ließ er das Spiel laufen. Für Westphal war es ja nur ein Mannschaftsspiel. Merke: Für die vier Wochen Bundesliga bekommt einer wie er mehr als 50 000 Mark auf die *Hand*. Weil wirklich *Große* in Deutschland seit langem fehlen.

HEINZ HORRMANN





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 E. Marlitt und die Gartenlaube
11.35 Globus – Die Welt von der wir leben
12.10 Reportage vom Montag
Freie Fahrt mit Hindernissen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Rotkäppchen
Puppenspiel der Kleinen Bühne
15.30 Das feuerrote Spielmobil
16.00 Tagesschau
16.10 Sag ja, Gerhard!
Die Kleindarstellerin Franziska Acktun steht im Mittelpunkt dieses *Porträts von Jutta Netzsch, die* sich mit der 69jährigen über ihre Familie, „ihre“ Filme und ihre Träume *unterhielt.*
16.55 Die Illusionsmaschine
Hollywood läßt bitten
Nicht *nur für die kleinen Zuschauer* verspricht dieser Ausflug in die Traumfabrik Hollywood interessant zu werden.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Mit Sigi Harreis
21.00 Report
„Lufthansa“ und „Interflug“ – Gemeinsamer Anfang in Leipzig / *Staatsknete für die Grünen – Legal, illegal, scheißegal?* / Uran-Handel – Transport in der Bundes*republik / Der legalisierte Protest* – Hausbesetzer in Berlin
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Eiskaltes Spiel
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Internationale Filmfestspiele *Venedig '84*
In Gesprächen mit Regisseuren, Schauspielern, Produzenten und *Filmkritikern berichtet Wolf* Donner über aktuelle Trends in der Entwicklung der Filmkunst. *Außerdem stehen Ausschnitte der* gezeigten Spielfilme auf dem Programm.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Junge vom Leuchtturm
Neuseeland – Schulunterricht per Tonband
Film von C. und R. H. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Stefan Sulke
17.50 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Der Kreisläufer
19.00 heute
19.30 Die schöne Wilhelmine
Nach dem Roman von Ernst von Salomon
3. Teil: Heimsuchungen
20.50 Ingrid Bergmann
Ein Abend mit Freunden
zu Ehren der großen Schauspielerin
21.15 WISO
Auf Erfolgskurs auch ohne Subventionen – *Werften setzen auf* Spezialschiffe / Unsere Zukunft beträgt nur zwölf Wochen – Anpassungsprobleme im Alltag eines mittleren Unternehmens / Mehr Geld fürs Geld – Wie deutsche Sparer von den hohen US-Zinsen profitieren können / Machen Richter die Streikwaffen stumpf? – Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zu Warnstreiks / Rekordhöhe für den Dollar – Vorteile für die deutsche Wirtschaft
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Spielraum
Live aus Hamburg
Ist das Volk so tümlich?
Über Heimat und Dialekt
Moderation: Günter Verdin
Anschl. heute



Hunis (Sigin Gaowa) möchte den jungen Xiangzi (Zhang Fengyi) heiraten. Deshalb erzählt sie ihm, sie sei schwanger (Der Junge mit der Rikscha – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Der Tag, an dem der Regen kommt
20.45 Rückblende
Vor 165 Jahren: Clara Schumann – eine virtuose Unternehmerin
21.00 Formel Eins
21.45 Warten auf den Sturm
Die Sanierung der Godesberger Altstadt
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Das Feuerkreuz von Texas
Vietnam-Flüchtlinge in den USA
23.45 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Puppenbühne „Rhabarber“, Hamburg
19.00 Formel Eins
19.45 Foto als Hobby
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
15 Jahre Berichterstattung aus Arabien: Erfahrungen und Abenteuer
21.15 Die Kinder vom Bullenhuser Damm
22.20 Das Spiel von Robin und Marion
Singspiel von Adam de la Halle
23.35 Schach dem Weltmeister
Anatoli Karpow gegen Garri Kasparow
0.05 Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg (25)
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Fernseh-Garten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Gefangene von Zenda
Amerikanischer Spielfilm (1952)
22.55 Les cuisines régionales françaises (7)
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wir teilen uns eine Stelle
18.45 Rundschau
19.00 Der Schwan
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Grace Kelly u. a.
Regie: Charles Vidor
20.45 Die Sprechstunde
Klinisch geprüft – was heißt das?
21.30 Rundschau
21.45 Das historische Stichwort
Der Morgenthau-Plan wird bekannt
21.50 Öffnung in Albanien?
Informationen aus einem „unbekannten“ europäischen Land
22.35 Z. E. N.
22.40 Der Sportstammtisch
23.25 Rundschau

Ein Amt für Leone

M. v. Z. – Daß Italien Bedarf an Ministern hat, ist nichts Neues. Das Karussel der Regierungsstürze, Regierungsumbildungen und Ministerernennungen dreht sich dort so schnell, daß es einem Manne von einigem Ansehen kaum möglich ist, nicht Minister zu werden. Nicht zufällig erzählt man sich in Rom schon lange die Geschichte von den Leuten in einer kleinen Straße, die einen ihrer Nachbarn, einen wohlsituierten Herrn, immer besonders freundlich grüßen. Gefragt, warum das so sei, kommt die Antwort: „Er war noch nicht Minister".

In Italien ist inzwischen jeder ministrabel. Deshalb schlug die „Stampa" vor einigen Tagen vor, Sergio Leone, den „Vater des Spaghetti-Western", zum Transportminister zu ernennen. Denn wer so großartige Eisenbahnüberfälle inszenieren könne, sollte doch auch in der Lage sein, Eisenbahnüberfälle zu verhindern. Und ein solcher Mann werde gesucht.

Das bestätigen auch die Titelseiten der italienischen Zeitungen. „Achtung, Banditen!" liest man da in großen Lettern, oder „Auf Italiens Zügen reist man wie im Wilden Westen". Allein in den letzten Wochen wurden zwölfmal Züge mit Geldsendungen überfallen. Drei dieser Überfälle geschahen unmittelbar, nachdem der Innenminister angekündigt hatte, schlagkräftige Spezialbeamte würden künftig die Sicherheit in den Zügen und auf den Bahnhöfen garantieren.

Sergio Leone fühlte sich angesichts solchen Eifers zu einer Replik auf den ironischen Vorschlag der „Stampa" herausgefordert. Allerdings benutzte er dazu die Konkurrenz, den „Corriere". Zuerst schildert Leone einen klassischen Zugüberfall im Wilden Westen, um dann die Bemerkung anzufügen, daß angesichts dieser Maßstäbe das, was die italienischen Banditen leisteten, stil- und geschmacklos sei. Deshalb müsse, solange sich die Banditen, das Zugpersonal und die Reisenden nicht an die Regeln eines zünftigen Drehbuchs hielten, der bisherige Transportminister sein Amt weiter versehen. Mit ihm, Leone, dürfe man da nicht rechnen.

Frankfurt: Kirchner inszeniert „Eugen Onegin"

Elegant und larmoyant

Der Beifall ist einhellig, die Opernwelt ganz in Ordnung bei der ersten „großen" Saisonpremiere: Tschaikowskys „Eugen Onegin" in Frankfurt. Das war nicht unbedingt abzusehen: Schließlich führte Alfred Kirchner Regie, und von ihm hat man schon einiges Unverständliche gesehen. Davon kann diesmal nicht die Rede sein. Kirchner instrumentiert Tschaikowskys „lyrische Szenen" ganz sanftmütig. Vor einer Oper in einem Puschkinschen Textgebäude haben Schauspielleute wohl doch einen Heidenrespekt.

Ein paar gelungene, vom landläufigen Realismus (wie ihn etwa Noelte in München bei diesem Werk aufs herrlichste kultivierte) abhebende Bilder: die gemächliche, rhythmische Monotonie, mit der Larina und die Nanja ihre Kirschen entstielen und ins Einmachglas füllen; Tatjanas Briefbögen formen auf dem Fußboden das Abbild des Fensters, durch das das Mondlicht ins Zimmer fällt – will sagen: Tatjana schreibt ihren *Brief an Onegin vielleicht gar nicht* auf Papier, sondern vertraut ihre Gedanken, ihre Gefühle und Wünsche der Nacht und dem Mond an. Das ist schön und poetisch erfunden.

Auch wie Lenski auf dem Ball ganz außer sich gerät, Onegin in kurzen, irren Volten *umspinnt, ist erhellend*. Und großartig löst Kirchner die Polonaise im Schlußakt: Auf zwei Etagen und schiefen Elipsen kreisen die Tanzpaare schwindelerregend um Onegin herum – ein Abbild der Welt im Zerrspiegel, so, wie Onegin diese Welt plötzlich vorkommt.

Solchen gelungenen Szenen steht indessen viel Diffuses und Unerfülltes gegenüber. Und leider auch ein Porträt der Tatjana, wie es so nicht stimmen kann. Sie ist bei Kirchner ein Mädchen, das die Zähne nicht *auseinanderbekommt* und den Blick nicht zu heben wagt. Sie ist eigentlich gar nicht da. Sie hat keinen Standpunkt. Daß Onegin sie zurückweist, ist nur zu einleuchtend. Das aber macht für das Stück wenig Sinn. Sie hat ja durchaus ihre Position: ein schwärmerisches, du-süchtiges Naturell, das den brillanten Egozentriker Onegin verwirrt und verunsichert. Darin liegt der ganze Konflikt des Stücks begründet. Kirchner hat das nicht bemerkt. So bleibt auch Tatjanas Wandlung zum strahlenden Mittelpunkt der St. Petersburger Gesellschaft Stückwerk. Sie wird erwachsen nur durch ihre Ballgarderobe. Innerlich bleibt sie das dumme, gefühlige Ding vom Lande, das sich nun fast hysterisch der Wiederbegegnung mit Onegin entzieht.

Immerhin spielt Helena Doese dieses Mädchen, ganz intensiv und mit rührenden Zügen – ihre Stimme freilich klingt für die Tatjana ziemlich herb, blüht nicht so auf, wie es den Emotionen der Partie entspricht. Benjamin Luxon singt den Onegin in der Konversation auf lässige Art, in den Ausbrüchen aber doch etwas zu unbeherrscht.

Ein junger lyrischer Tenor stellt sich als Lenski vor: Hans Peter Blochwitz. Er wird, nach ein paar verquetschten Höhen zu Beginn, zur höchst angenehmen Überraschung. Die Stimme klingt ebenmäßig, hat einige Reserven, so daß auch die heftigeren Aspekte der Partie gemeistert werden.

Danica Mastilovic, Frankfurts hochdramatische Heroine, wechselt mit der Larina erstmals ins mütterliche Mezzofach, Marga Höffgen trägt wieder einmal besonnen die Filipjewna vor, Margit Neubauer gibt der Olga eigenartiges Profil: mehr erzwungene Lustigkeit als ein heiter-optimistisches Naturell. Fürst Gremins Arie wird bei Heinz Hagenau einmal nicht zum Singzucker, sondern zu einem Stück knarrender Alters-Bonhomie, Alfred Vökt trägt Triquets Couplet auf feine, geistvolle Art vor.

Tschaikowskys Untertitel „Lyrische Szenen" wird von der Ausstatterin Nina Ritter beherzigt, die sehr dekorative malerische Lösungen sucht, vor allem aber vom Dirigenten Peter Hirsch. Mit einem erstklassig disponierten Orchester spielt er Tschaikowskys Musik auf weiche, aber dennoch klar definierte Weise. Anschärfungen läßt er nicht zu. Schließlich hat die „Onegin"-Musik noch nicht die selbstquälerischen Züge des späten Tschaikowsky, sondern gefällt sich in einer eleganten Sentimentalität. Und ein larmoyantes Werk bleibt es so und so. REINHARD BEUTH

Kölner Schauspielstart mit Ibsens „Gespenstern"

Argot im Stahlbeton

Die Personen tragen das Habit der Jahrhundertwende, jedenfalls die Frauen. Sie wohnen indes in einem Raum, auf das kärglichste möbliert und elektrisch beleuchtet, dessen lang sich hinziehendes, ununterbrochenes Fensterband zu beiden Seiten ohne moderne Stahlbetontechnik nicht denkbar ist. Und sie sprechen, durchschossen von Fäkaljargon und gängigen Sprüchen, den Argot von heute.

Mit diesem Wechselbalg eröffnet das Schauspiel Köln seine neue Spielzeit. Und weil das die letzte ist, die Jürgen Flimm verantwortet, hat er alle Regisseure verpflichtet, die mit ihm sein erstes Kölner Jahr bestritten. In diesem Fall den immer noch jungen Israeli Arie Zinger, der damals den „Kaufmann von Venedig" in den Sand setzte. Diesmal inszenierte er „Gespenster" von Henrik Ibsen.

Das ist jenes Stück, dessen Technik Fontane 1897 so „rückhaltlos" bewunderte. Virtuos wird darin eine betrügerisch verheimlichte Vergangenheit enthüllt. Man sitzt zu Gericht über einstige Schuld, die sich anschickt, einen furchtbaren Tribut einzutreiben. Vergangenheit kehrt wieder und überwuchert die Gegenwart wie ein todbringendes Gewebe. Die Übersetzung des originalen Titels „Gengangere" lautet ja „Wiedergänger".

Das Geschehen spiegelt sich, wie auf dem Theater üblich, in Dialogen und Monologen, in Sprache also. Doch zu dieser hat Regisseur Zinger nicht das mindeste Verhältnis. Wahrscheinlich ist er zumindest des Deutschen nicht hinreichend mächtig. Die Häufung sinnloser und sinnwidriger Betonungen deutet darauf hin.

So sucht er denn Ausweichmöglichkeiten. Er begibt sich auf die Spuren von Peter Zadek, bei dem er in die Lehre ging, und übersetzt das Stück in eine Kette körperlicher Aktionen. Regine (Susanne Lothar) bespritzt Engstrand (Georg Martin Bode) mit Wasser. Man küßt sich und man betätschelt sich – Engstrand seine Tochter Regine, Oswald (Ignaz Kirchner) seine Mutter. Um der „Dramatik" willen wird arg gebrüllt, wenn auch ganz unmotiviert. Und wenn am Ende alle geflohen sind, wenn Oswald die Türen verrammelt, gibt es eine wilde Rangelei.

Alles bleibt ganz äußerlich, die Personen verkommen zu Hülsen, die die Schauspieler nicht zu füllen vermögen. Am schlimmsten ist das bei Ingrid Andree, die als Frau Alving erstmals das Mutterfach ausprobiert; man hat sie noch nie so leer gesehen.

Das mag auch an Klaus Steiger liegen, der vergeblich den Pastor Manders zu mimen sucht. Das Publikum ist solcherart weit davon entfernt, Ibsens Gestalten Geständnisse abzulauschen. Trotzdem Beifall, wahrscheinlich Ibsens wegen, des großen Klaren aus dem Norden, der hier so trübe interpretiert wurde.

KATHRIN BERGMANN

Am Puls einer Weltstadt: Die Akademie der Künste zeigt die schöne Ausstellung „Berlin um 1900"

Von der Lust im Licht-Luft-Sportbad

Noch bevor der Besucher die Akademie der Künste betreten hat, wird er von einigen Hohenzollern-„Puppen" aus der Siegesallee in Empfang genommen. „Die Siegesallee charakterisiert Berlin vollständig", so hatte der „Figaro"-Korrespondent Yules Huret 1906 geschrieben. Die von Eberhard Roters, Janos Frecot und einem munteren Team im Namen der Berlinischen Galerie, der Akademie und der Festspiele *inszenierte Ausstellung gibt den Festwochen* ihr Motto: „Berlin um 1900". Auf dem Plakat küßt eine Muse den Bären, das örtliche Wappentier. Und es wäre ja gelacht, wenn die Berliner in der Ausstellung nicht scharenweise an diesem Kuß teilhaben wollten. So interessant, *so farbig, ja, im* besten Sinne sinnlich ist sie gelungen.

Die Epoche eines neuen Aufbruchs, nicht zu verwechseln mit der zurückliegenden Gründerzeit, wird markiert. Ein „frischer Luftzug" fächelt, es weht „Morgenstimmung". Berlin ist die Neue unter den internationalen Weltstädten. Sauber und proper. Das noch nicht ganz komplette Selbstbewußtsein wird mit Schnauze wettgemacht. Aber der Großstadt-Appeal ist da. Ein anonymer Autor notiert 1905, „nicht der schöne oder kokette, sondern der männliche Mann ist das Ideal, dem nachgestrebt wird. Blockförmig und in geraden Linien zugehauen, breitschultrig, stattlich an Gliedern und Gelenken, mit großen Händen und Füßen, präsentiert sich der Berliner Bürger".



Temperament, Geschäft und schockweise Atmosphäre: „Blick auf den Belle-Alliance-Platz vom Halleschen Tor aus" (um 1897) von Franz Skarbina, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

Mit Baedeker, mit „Pharus-Fremdenführer" und Behrs „Ich weiß Bescheid in Berlin" geht es hinein ins Stadtbild. Rollschuhplan und Radfahrerplan. Nach Mitternacht lasziv im Café. Die Hochbahn schießt in der Bülowstraße aus der Häuserfront. Am Reichskanzlerplatz ist noch die reinste Öde. Aber schon U-Bahn-Anschluß. Eine originale Sitzbank von Alfred Grenander hat sich von der Station erhalten.

Strom bringt Bewegung in Leben und Commerz. Peter Behrens entwirft Kessel und Ventilatoren, die Geschichte machen. Osram und die AEG erleuchten die bis dato dustere Nacht zum hellichten Tag. Fotos, Bilder, Objekte und Dokumente lassen hier Anno damals lebendig werden. Die wissenschaftlichen Wochenschriften blühen, Robert Koch berichtet über die Erforschung der Cholera. Banknoten à 1000 Mark, Aktien der Berliner Handels-Gesellschaft verkörpern mit ihrem Papier-Temperament blühendes Geschäftsleben. Vorlesung, Professorenportraits, aber auch der Corporationsstudent am Frühstückstisch der Zimmerwirtin stehen für Forschung, Lehre und leibliche Bedürfnisse der Universitäre.

Gegensätze machen die Großstadt lebendig bis tief in die verschiedenen Lebensbereiche. In der großen Halle findet man einerseits das unübersehbare Kaiserportrait und die ausufernde malerische Reportage des getreuen Anton von Werner von der Enthüllung des Wagner-Denkmals nebst diversen kleineren Plastiken und Bildern – stellvertretend für die „offizielle Kunst" –, eine Karikatur von Bruno Paul aus dem „Simplicissimus" liefert die passende Fußnote. Und auf der anderen Seite die neue, die nicht repräsentative Kunst der Secessionisten und anderer Individualisten. Corinth, Munch, Leistikow, Liebermann. Harry Graf Kessler in lässiger Haltung. Kein Untertan. Liberaler neuer Geist. Nur wenige Schritte von einem Foto, das die armselige Behausung des Peter Hille in Schlachtensee wiedergibt, Salonmobiliar des Jugendstils. Ein wahnsinniger Schreibtisch van de Veldes – wie eine schnittige Jacht.

Sudermann, Holz, Schlaf und Dehmel im geruhsameren Ausstellungsdepartement für die Literatur. Die „Blätter für die Kunst", von George gegründet. Und ein Heftchen „Die Verrohung der Literatur. Ein Beitrag zur Haupt- und Sudermännerei". Vergleichsweise unterbelichtet bleibt die Abteilung Theater. Der Geburtszangenskandal von der „Vor Sonnenaufgang"-Premiere Hauptmanns ist das schneidende Datum. Hier regieren Reinhardt, die Durieux, Moissi, die Höflich, Schildkraut, Wegener, Kayssler. Orlik malte den epochalen „Oedipus" im ehemaligen Cirkus Schumann, dem Großen Schauspielhaus. Tietz und Wertheim heißen die Einkaufs-Paläste an der Leipziger Straße. Landhäuser von Messel, March und natürlich Muthesius.

Alternative der Jahrhundertwende üben *Hochsprung im Licht-Luft*-Sportbad am Kurfürstendamm, lauschen Rudolf Steiner, halten sich vielleicht an die Satzungen der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft oder begrüßen die „Reform der Frauenkleidung auf gesundheitlicher Grundlage". „Penthesileia" heißt das „Frauenbrevier für männerfeindliche Stunden". Freikörperkultur ist Weltanschauung.

Ein neuer Typus entsteht: der Büro-Angestellte, „Das Schreibmaschinenfräulein", „chic, flott und abgearbeitet". Zille und Baluschek zeichnen, malen Schattenseiten der Industrialisierung. Ganz allerliebst: eine Schaufensterpassage mit Sommerkleid, Mieder, „Gerade-Front-Korsetts", Schuhen von Stiller, Handschuhen von Potolowsky, einem violettfiebrigen Nachmittagskleid. Eine Hofschauspielerin durfte das Hofkleid aus seegrünem Seidensatin erwerben, als die deutsche Kaiserin es wegen Hoftrauer „nicht abnahm".

Ein stilisierter Zeitungskiosk erinnert an die großen Berliner Zeitungszeiten der Scherl und Mosse und Ullstein. Zur Großstadt gehört auch das Fernweh, *die Flucht ins Freie*. Und wär's nur für ein paar Stunden mit dem „Hip Hip Hurra Wanderruderführer" oder zur „Weißbieridylle".

Haben wir schon Majestät in Jagduniform gesehen? Die Weihnachtsbescherung Berliner Kinder? Unser Be*richt kann nicht mehr sein als erste* Impression nach einem Rundgang im Geschwindschritt. Die Ausstellung ist unerschöpflich. Noch auch ist der 500-Seiten-Katalog nicht studiert (Vertrieb: Nicolaische Verlagsbuchhandlung, im Handel 38, in der Ausstellung 34 Mark).

Die Schau, vom Bundesinnenministerium finanziert, ist unerhört dicht. Jede Vitrine eine eigene Ausstellung. Voller Mitteilung und Anregung. All dies wäre noch wenig ohne die glänzende Inszenierung von Lorenz Dombois. Man kennt die Akademie nicht wieder. So ausgetauscht ist ihr Innenleben. So stark ist die Atmosphäre. Berlin um 1900 wird lebendig. Die Epoche, die den näheren, angeblich Goldenen Zwanzigern voranging. Dies zu schauen ist ein Vergnügen. Es weiterzudenken nicht minder. (Bis 18. Okt.) PETER HANS GÖPFERT

Andrzej Zulawskis Film „Die öffentliche Frau"

Egoistische Heilssuche

„Softporno", „Schwulstfilm", „Melodrama" – mit solchen Vokabeln reagierten einige auf den neuesten Streifen des seit 1979 im Pariser Exil lebenden polnischen Regisseurs Andrzej Zulawski. Aber wer sich Zulawskis Film „Die öffentliche Frau" vorurteilslos ansieht, erhält einen ganz anderen Eindruck. Dieser Film reißt mit, schmerzt, erschüttert.

Da ist die grandios agierende Valerie Kaprisky als Ethel, die weiß Gott mehr zu bieten hat als lediglich ihren Körper; da ist Francis Huster als Lucas Kesling, der seine starr-exaltierte Despotenmaske in kürzesten Schlüsselszenen mit Hilfe einer perfekten, hochnuancierten Gegenmimik immer wieder zur Seite fegt. Und da ist schließlich die phantastische Kameraführung von Sacha Vierny, der im Verein mit den fast an ihren physischen Leistungsgrenzen operierenden Schauspielern dafür sorgt, daß der Zuschauer in einen wahren Strudel von Bildern, Gesten und Worten gerät.

Zur Geschichte: Kesling, von Geburt Deutsch-Franzose, hat sein steriles Autorenfilmer-Dasein in Deutschland über und dreht nun in Paris einen Film, dem Dostojewskis Roman „Die Dämonen" zugrunde liegt. Seinem Team teilt er darüber mit: „Eine *idealistische Geschichte, in den Staa*ten des Ostblocks lange verboten. Eine Absage, die Welt mit Gewalt zu verändern. Eine aktuelle Geschichte!"

Kesling, der in seinem Film auch die Hauptrolle spielt, findet in Ethel, die sich ihr Geld bisher mit Aktfotografiererei verdiente, ein Talent, das er erkennt, weil er das Mädchen über den Film hinaus begehrt, das ihm jedoch genau deshalb nie genügt. Die Hysterie des gnadenlosen Regisseurs bekommen alle zu spüren, aber Ethel allein erfährt den Kern des Ver-Rücktseins von Lucas: „Ich will allein sein! Ich will nicht lieben!" Das ist eine Notlüge, die für den Lügner tödlich ausgeht. Getreu dem Ende der Romanfigur, die Kesling spielt, *endet auch er: Er erhängt sich.*

Kesling, der die Realität nicht aushält, flieht in die Wirklichkeit seines Films – und Zulawski gelingt es meisterhaft, die Erzählperspektiven so sehr ineinander zu verschieben, daß an wesentlichen Stellen nicht mehr unterschieden werden kann zwischen dem Spiel im Spiel und dem der Wirklichkeit. Was die abgeschlossene Welt der ästhetischen Sinn- und Gottsuche Keslings immer wieder auf- und unterbricht, sind per TV hereingetragene Versatzstücke des politischen Zeitgeschehens, unter anderem der Mord an einem litauischen Erzbischof, der in die UdSSR zurückkehren will.

Ethel gerät schließlich in den Bann eines zweiten Ver-Rückten, des tschechischen Geheimdienstagenten Milan, der eben den litauischen Geistlichen ermordet hat und später ebenfalls Selbstmord begeht. Zwischen den beiden so unterschiedlichen Männern wird Ethel zwar ein Star, aber nicht glücklich. Über allen schwebt ein Diktum, das der Lebensgefährte von Ethels Mutter angesichts von derem Tod aufrichtet: „Sie haben sich sehr geliebt. Sie haben nur nicht gewußt, auf welche Weise."

In dieser Geschichte prallen radikal verschiedene Menschen aufeinander, denen es nicht gelingt, menschlich miteinander umzugehen. Macht- und Vervollkommnungswahn beherrschen die Szene. Menschen werden zerstört, weil sie auf egoistische Weise ihr Heil finden wollen. Mag sein, daß es Zulawski hin und wieder auf die Spitze treibt, ins Grelle und Schrille abstürzt. Aber das ändert nichts daran, daß „Die öffentliche Frau" ein verwirrend guter Film ist.

ULRICH SCHACHT

V. Kaprisky als Ethel und L. Wilson als Milan in Zulawskis Film FOTO: DIE WELT

Berlin: „Jesus Christ Superstar" kehrt zurück

Herodes im Amischlitten

Die Rockoper „Jesus Christus Superstar" war schon, als sie vor einem Dutzend Jahren erschien, eine bewußte Provokation, eine gewollte Geschmacklosigkeit. Oberammergau am Broadway. Man hängte sich an ein schwimmendes Jugendbewußtsein an, an die Flower-Power-Bewegung, an die vagen Sehnsüchte der Hippies, an die religionsbedürftige Hilflosigkeit der „Aussteiger".

Rockmusik, sagte man sich, ist gut und in der Mode. Und die lauten Töne von Webber und Tom Rice, muß man zugeben, sind partiell wirksam geblieben, wenn auch ihr hektischer Ton heute und in dieser Aufführung vom Berliner Theater des Westens sich denn doch streckenweise wie ein sehr alter Hut ausnimmt.

Die Leidensgeschichte Jesu zu einem Musical in Bluejeans auszuwerten, das sollte vorsätzlich auf die Nerven gehen, es wollte provozieren. Es sollte eine unsichere Jugend ins Theater ziehen, einem nervösen Zeitbewußtsein eine Art sehnsüchtiger Nahrung geben. Das gelang damals trotz allem. Eine Geschmacklosigkeit blieb es.

Warum sich die beiden neuen Leiter des Theaters des Westens (Götz Friedrich und Helmut Baumann) als Auftakt für ihre Intendantenägide *ausgerechnet diesen inzwischen so* sehr ergrauten Gegenstand gewählt haben, bleibt nach diesem Abend in den windigen Berliner Messehallen unerklärlich. Jetzt schmerzt die alte, schlimme Mischung aus Radau, gestampfter Empfindsamkeit, aus Medientrallala und gefalteter Demut besonders. Es vergrämt ihre längst überholte, ranschmeißerische und veroperte „Jugendlichkeit" besonders. Die Provokation ist raus.

Man hört jetzt noch kritischer zu als vor mehr als einem Jahrzehnt. Helmut Baumann tischt die oft schier unerträglich schlechte, alte, deutsche Übersetzung der heilig profanierten Texte auf, die uns damals schon sprachlich weh tat. Er arbeitet (unter dem tapferen Rolf Kühn) mit einem dröhnend besetzten Großorchester. Die ruppigen Tanzszenen im Masseneinsatz werden nur sehr provinziell und herkömmlich ausgeführt. Pep und Witz fehlen.

Herodes darf, direkt von der Straße hinter den Messehallen, in einem gewaltigen Ami-Schlitten hereinfahren und seinen lästerlichen Gesang von der Kühlerhaube herunter exekutieren. Die Sänger (und Jesus selber) hängen am Kehlkopfmikrofon. Ihr biblischer Text ist trotzdem nur immer gelegentlich zu verstehen, meist nur zu erraten. Wahrscheinlich ist das auch besser so. Nur die Darstellerin der nuttigen Maria Magdalena kann sich da tonlich durchsetzen. Sie allein singt und spielt wirksam eine Art Operngestalt.

Sonst war die alte, überlebte Vorlage durch eine aufwendige Überproduktion schier verdeckt und ihrer einstigen, rohputzartigen Herausforderung, die sie einmal doch hatte, völlig beraubt. Die Provokation von ehedem war versuppt. Trotzdem gab das offenbar handverlesene Publikum diesem eher trübseligen Aufguß nach jeder der Musiknummern tobenden Beifall, am Ende schier trampelnde Ovationen. Nur wenige Buh-Rufe der anspruchsvolleren Gegenwehr waren zu hören. Dabei war doch Jesus Superstar deutlich wieder mal ans Kreuz geschlagen worden.

FRIEDRICH LUFT

KULTURNOTIZEN

Internationale Orgeltage finden von morgen an bis zum 19. September in der Annakirche von Aachen statt.

Die Ausstellung „Nudes Nus Nackte" (vgl. WELT v. 27. 8.) in der Galerie Beyeler in Basel ist bis zum 13. Oktober verlängert worden.

Der Kanadier Louis Lortie erhielt den ersten Preis beim 36. Internationalen Pianisten-Wettbewerb „Ferruccio Busoni" in Bozen.

Österreichische Buchwochen beginnen heute in Köln. Rund 1000 Neuerscheinungen werden bis zum 29. September in der Kölner Zentralbibliothek vorgestellt.

Werke von Joseph Beuys („Ölfarben 1949–1967") werden bis zum 28. Oktober in der Herbstausstellung der Tübinger Kunsthalle gezeigt.

Das Kino „Kamera im Stiegelbräu" in Freising erhielt vom Bundesinnenministerium den mit 40 000 D-Mark dotierten ersten Preis für „das beste Programm mit einem besonders hohen Anteil guter deutscher Filme".

JOURNAL

Polens Kultur in der Zeit der „Solidarnosc"

J. G. G. **Bochum**

„August 80 bis 84" heißt eine Wanderausstellung, die an der Universität Bochum eröffnet wurde. In ihr wird der Einfluß der „Solidarnosc" und des Kriegsrechts auf die polnischen Kulturschaffenden verdeutlicht: Plakate, Grafiken, Bilder, Lyrik und Prosa, die diese Ära behandeln und die teilweise in Haft und Untergrund entstanden sind. Eine Ausstellung der aktuellen polnischen Untergrundspresse sowie ein Epitaph für die während des Kriegsrechts umgekommenen Menschen sind angegliedert. Zu den Ausstellern gehören auch der heute in Essen lebende „Maler der Solidarnosc" Andrzej Piwarski (Danzig) und der Liedermacher und Schauspieler Grzegorz Nurkowski.

Theaterfest auf dem Hambacher Schloß

E. N. **Neustadt/Pfalz**

Auf dem Hambacher Schloß bei Neustadt in der Pfalz, Ausgangspunkt der niedergeschlagenen Revolution von 1848, beginnt morgen ein Theaterfestival mit Musik, Pantomime und Kabarett. Es dauert bis zum 16. September. Veranstalter ist das Kultusministerium von Rheinland-Pfalz. Beteiligt sind u. a. die Compagnia Teatro Paravento aus der Schweiz, die Louisiana Red (USA) und die Frankfurt City Blues Band, die Münchner Lach- und Schießgesellschaft sowie die südafrikanisch-irische Musikgruppe Nomad und Leaf.

Ungarndeutsches Museum in Backnang eröffnet

dpa, **Backnang**

In der Patenstadt der Ungarndeutschen, in Backnang (bei Stuttgart), ist ein zentrales Ungarndeutsches Heimatmuseum eröffnet worden. Mit über 300 Quadratmeter Ausstellungsfläche auf zwei Stockwerken ist die neue Einrichtung das größte der ungarndeutschen Heimatmuseen in der Bundesrepublik. Es werden die geschichtlichen und kulturellen Leistungen der Ungarndeutschen in ihrer alten Heimat (besonders in der Nordbatschka) dargestellt, und zwar von der Zeit ihrer Ansiedlung im 18. Jahrhundert bis zur Vertreibung im Jahr 1946.

Zeitgenössische Musik beim Festival von Metz

AFP, **Metz**

Beim 13. Internationalen Festival für zeitgenössische Musik kommen in diesem Jahr vom 3. bis 7. Oktober in Metz und Nancy 18 Neuschöpfungen zur Aufführung, darunter zehn als Welturaufführung. In den Konzerten werden Werke von über 20 Komponisten aus zehn Staaten gespielt, darunter von Pierre Boulez und Witold Lutoslawski. Das Eröffnungskonzert am 3. Oktober in Nancy steht unter der Leitung von Lutoslawski, am 5. Oktober kommt die Neufassung von Bloulez' „Reponse" zur Aufführung.

Schloß Morsbroich öffnet im Herbst 1985

dpa, **Leverkusen**

Das in den sechziger Jahren durch kühnen Avantgardismus berühmt gewordene Leverkusener Kunstmuseum, Schloß Morsbroich, das seit 1981 wegen Funktionsmängeln geschlossen ist, wurde mit einem Kostenaufwand von insgesamt 3 Millionen Mark saniert und umgebaut. Durch die nach Entwürfen von Prof. Oswald Matthias Ungers ausgeführten Arbeiten hat sich die Nutzungsfläche, vor allem durch den Ausbau des Daches, auf das Vierfache vergrößert.

Yilmaz Güney †

Er war eine der schillerndsten Figuren der türkischen Filmszene: Yilmaz Güney, der am Wochenende mit 46 Jahren verstorben ist. Seit Jahren lebte er im Ausland, weil zu Hause eine lebenslängliche Haftstrafe auf ihn wartete. Güney hatte wegen Totschlags in einem türkischen Gefängnis eingesessen und war von einem Urlaub nicht mehr zurückgekehrt. Seine Erfahrungen auf der Flucht faßte er in dem Drehbuch zu dem Film „Yol" zusammen, der 1982 in Cannes die „Goldene Palme" gewann. Die Regie führte zwar Güneys Freund Serif Görem, aber zweifelsohne ist „Yol" vor allem Güneys Film.

Ursprünglich war der Regisseur, 1938 als Sohn eines kurdischen Bauern in Adana geboren, Filmschauspieler. 1958 begann Güney zu schreiben. Gleich die erste seiner Geschichten, „Ungleichung mit drei Unbekannten", brachte ihn in Verruf: er sei Kommunist, und er mußte ins Gefängnis. Güney hat sich immer gegen den Vorwurf gewehrt, Kommunist zu sein. „Ich *kämpfe gegen jede Form der Unter*drückung", sagte er, „die einzige Ideologie, die ich anerkenne, ist die Menschlichkeit." In seinem französischen Exil schuf er 1982 seinen letzten Film „Die Mauern". Wieder ist hier die Kulisse ein Gefängnis. Doch, wie Güney sagt, „niemand kann unsere Seelen einkerkern – außer wir tun es selbst". MvS

Algenschlange verpestet Adria auf 70 Kilometer

Hoteliers gehen Ministerpräsident Craxi um Hilfe an

KLAUS RÜHLE, Rom

Eine blutrote, schleimige Brühe säumt den Adriastrand von Ravenna bis Rimini und verpestet die Luft. Die Badegäste ergreifen die Flucht. Hotels und Restaurants stehen leer. Das schöne Septemberwetter, von dem die Fremdenverkehrsindustrie der adriatischen Küste sich ein Trostpflaster für die enttäuschende Sommersaison versprochen hatte, bleibt ungenützt, weil die Invasion der roten Algen den Aufenthalt an den bekannten Badeorten wie Rimini, Cervia oder Cesenatico zur Tortur macht.

Das Phänomen der roten Algen, die im Frühherbst die italienische Adriaküste heimsuchen, ist nicht neu, doch nie zuvor erreichte diese Heimsuchung so dramatische Ausmaße wie jetzt. Ein niedriger Wall stinkenden roten Schlammes trennt auf rund 70 Kilometer das Festland vom Meer. Einem Meer, das sich im Koma zu befinden scheint. Die Wasseroberfläche ist mit toten Fischen übersät, die tonnenweise auf Lastwagen geladen, abtransportiert und verbrannt werden müssen.

„Eine ökologische Katastrophe" nennen die Bürgermeister der betroffenen Orte die Algenplage und fordern das Einschreiten der Regierung in Rom. Die örtlichen Behörden bemühten sich, die erregten Hoteliers und Fischer auf einer improvisierten Arbeitstagung in Cesenatico zu beruhigen, indem sie Maßnahmen zur Bekämpfung der Algenpest versprachen. Doch die geschädigten Berufsgruppen wollten sich mit schönen Worten nicht länger zufriedengeben. Zudem zwang der mörderische Gestank verwesender Algen und Fische zur Abkürzung der Konferenz. Jetzt muß sich die römische Regierung mit dem Problem befassen. Umweltminister Alfredo Biondi hat sich an Ministerpräsident Bettino Craxi gewandt und um dessen persönliches Eingreifen gebeten.

Die Ursache der periodischen Verpestung weiter Teile der italienischen Adriaküste durch die roten Algen ist in erster Linie in den riesigen Mengen von industriellen Abfallstoffen zu suchen, die unaufhörlich von der Po-Mündung ins adriatische Meer fließen. Angereichert durch landwirtschaftliche Chemikalien von Feldern und Fluren, die im Herbst durch Regenfälle in den Fluß gespült werden.

All diese umweltfeindlichen Stoffe enden in der Adria. Phosphor und Stickstoff bedrohen die Lebensfähigkeit im Meer. Die roten Algen absorbieren gierig den verbleibenden Sauerstoff und rauben ihn den Fischen, die ihn vergeblich japsend an der Wasseroberfläche suchen.

Das Massensterben der Fische stellt eine ernste Bedrohung für die Existenz ungezählter Fischer längs der Küste dar. Ein sterbendes Meer hätte gleichermaßen den Ruin des örtlichen Fremdenverkehrs zur Folge. Von ihm leben dort 5000 Hotels und Pensionen und 20 000 Betriebe, die mit dem Tourismus eng zusammenhängen.

Um Tourismus und Fischfang gegen den gemeinsamen Feind, die roten Algen, zu verteidigen, müßte die Regierung radikale Maßnahmen ergreifen, die verhindern, daß Italiens wichtigster Strom, der Po, weiterhin Giftquelle der Adria bleibt. Und das erfordert neue Gesetze und viel Geld. Die Katastrophe, die jetzt besteht – sie war vorherzusehen.



See(len)voll FOTO: ERHARD JORDE

Bei Pinkerton und Burns klingelt es in den Kassen

Amerikaner geben 20 Milliarden für ihre Sicherheit aus

WOLFGANG WILL, New York

In den Vereinigten Staaten blüht das Geschäft mit der persönlichen Sicherheit. Stars und Direktoren sowie Firmen, die ihre leitenden Angestellten schützen lassen, dürften in diesem Jahr an die 20 Milliarden Dollar, umgerechnet 60 Milliarden Mark oder fast das Doppelte des Verteidigungshaushalts der Bundesrepublik Deutschland, für den persönlichen Schutz investieren. Zu alteingesessenen Firmen wie Pinkerton's und Burns sind Dutzende neuer Unternehmen gekommen, die dieses Geschäft von ehemaligen FBI- oder CIA-Agenten profihaft leiten lassen.

Hollywood-Star Burt Reynolds etwa wird wenigstens von einem persönlichen Leibwächter immer begleitet. Wenn er an entlegenen Orten filmt, heuert er zusätzlichen Schutz an. Sein „Stamm-Leibwächter" erhält dafür einen Tagessatz von 750 Dollar – Spesen extra. Bei Reynolds ist es nicht anders als bei Michael Jackson, Paul Newman oder anderen Stars des Zelluloid: Sie schützen sich nicht nur vor Kriminellen, sondern „erwehren" sich durch ihre „Leibgarden" – bei dem schmächtigen Jackson sind das oft gleich 12 Mann – auch gleichzeitig vor Aufdringlichkeiten weiblicher Fans. Dieser persönliche Schutz dürfte den Star-Sänger im Monat mehrere 100 000 Dollar kosten. 20 000 Dollar zahlt der vergötterte Popstar allein seinem Zoowächter zu Hause.

Geheimgehalten werden die Maßnahmen, die Industrie und Wirtschaft getroffen haben. Namen sind hier ohnehin tabu. Aber unbestritten ist beispielsweise, daß Konzerne wie Motorola Telegramms Inc., Chicago, oder William Brose Productions, Hollywood, riesige Umsätze mit Filmen und Broschüren machen, in denen „Direktoren-Schutz" unter Titeln wie „Kidnap-Executive Style" oder „Beware" erläutert wird. Pinkerton's und Burns, einst „nur" Wach- und Schließgesellschaften, bestreiten heute einen großen Teil ihrer Gesamtumsätze, die mehrere Hundert Millionen Dollar betragen, aus dem „Sicherheits-Geschäft". Sie werden von Firmen engagiert, um „Risiko-Analysen" anzufertigen. Solche Studien kosten wenigstens 100 000 Dollar. Dafür wird eine „Bedrohungs-Analyse" für die Firma und ihre Direktoren angefertigt, werden Sicherheitsmaßnahmen empfohlen, um Bombenanschläge und Entführungen zu verhindern.

Der frühere FBI-Agent Charles Bates, der eine Sicherheitsagentur in San Francisco betreibt, ist der Ansicht, daß heute 80 Prozent aller US-Großunternehmen entsprechende Maßnahmen ergriffen haben. Das geht auch aus einer Schätzung hervor: 1973 gaben US-Firmen für Sicherheit 3,2 Milliarden Dollar aus, 1978 war diese Summe auf 7,1 Milliarden Dollar angestiegen, um nunmehr 20 Milliarden zu erreichen. Das sind reine „Privat-Summen": Nicht inbegriffen sind Maßnahmen der US-Regierung oder der UNO oder der Botschaften in Washington und der Generalkonsulate in New York.

Es blühen die Geschäfte mit Fließband-Autos von Chevrolet oder Pontiac, die gepanzert und damit überfallsicher gemacht werden. Spezielle Kurse, die das Ausweichen eines Autos vor einer Barriere, das Wenden auf der Stelle lehren, sind ständig ausgebucht: Ein solcher Viertagekurs etwa für Direktoren-Chauffeure kann bis zu 10 000 Dollar kosten. Den Sicherheits-„Boom" hat der Überfall auf die US-Marines in Beirut ausgelöst: „Ein Fanal", so ein New Yorker Sicherheitsexperte, „Kriminelle und Terroristen werden immer gefährlicher und dreister – die Vorsichtsmaßnahmen, die wir jetzt erleben, sind erst ein Anfang. Vorbeugen ist besser als heilen." (SAD)

WETTER: Unbeständig, kühl

Wetterlage: In einer lebhaften westlichen Strömung ziehen Tiefausläufer über den Atlantik nach Mitteleuropa und gestalten das Wetter unbeständig und kühl.



Vorhersage für Dienstag:

Im Norden wechselnde Bewölkung und einzelne Schauer. Am Nachmittag erneut Eintrübung und nachfolgend Regen. Höchsttemperaturen um 14 Grad, im Bergland um 10 Grad. Frischer Wind aus westlichen Richtungen. Tiefsttemperaturen nachts 12 bis 9 Grad. Im Süden wechselnd wolkig und einzelne Schauer. Höchsttemperaturen bei 16, Tiefstwerte um 10 Grad

Weitere Aussichten:

Weiter unbeständig, im Süden vorübergehend Wetterbesserung

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	30°
Bonn	12°	Kopenh.	14°
Dresden	13°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	15°
Frankfurt	14°	Madrid	23°
Hamburg	11°	Mailand	17°
List/Sylt	13°	Mallorca	27°
München	9°	Moskau	17°
Stuttgart	11°	Nizza	27°
Algier	28°	Oslo	12°
Amsterdam	14°	Paris	16°
Athen	28°	Prag	10°
Barcelona	23°	Rom	24°
Brüssel	13°	Stockholm	13°
Budapest	21°	Tel Aviv	29°
Bukarest	22°	Tunis	28°
Helsinki	11°	Wien	16°
Istanbul	23°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 6.52 Uhr, Untergang: 19.43 Uhr; **Mondaufgang**: 20.45 Uhr, Untergang: 8.48 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kraken zogen zwei Fischer in die Tiefe

AP, Wellington

Bei der Unterwasserjagd sollen nach Darstellung einer neuseeländischen Zeitung vor kurzem zwei Fischer aus dem pazifischen Inselstaat Kiribati von Riesenkraken ertränkt worden sein. Wie die in Wellington erscheinende Zeitung „New Zealand Herald" gestern meldete, wurden die mit Harpunen jagenden Fischer von den Kopffüßlern gefaßt und in die Tiefe gezogen. Der Minister für Naturschätze in Kiribati, Babera Kirata, wurde zitiert, die Kraken seien drei bis vier Meter lang und damit viel größer gewesen als die übliche Beute örtlicher Fischer.

Unter Berufung auf Kirata berichtete die Zeitung weiter, die Fischer benutzten bei der Krakenjagd eine Fangmethode, bei der sie zuließen, daß sich die Kraken mit ihren Fangarmen an ihnen festklammerten. Sie tauchten dann auf und töteten die Tiere, indem sie ihnen eine Nervenleitung zwischen den Augen durchbissen. „Wir werden einen anderen Weg finden müssen, Kraken zu töten", soll Kirata nach dem gemeldeten Tod der zwei Fischer gesagt haben.

Geschichten von Riesentintenfischen waren früher fester Bestandteil von Seemannsgarn. Heute weiß man, daß es sich bei diesen gewaltigen Tieren nicht um einen Mythos, sondern um tatsächlich lebende Kopffüßer (Cephalopoden) handelt. Dennoch ist bislang recht wenig über diese Meeresbewohner bekannt. Die im offenen Ozean lebende Gattung Architeuthis kann jedenfalls 18 bis 25 Meter lang werden und fast eine halbe Tonne wiegen.

LEUTE HEUTE

Klare Philosophie

US-Präsident **Ronald Reagan** hat einen gesunden Schlaf. „Trotz seiner schwierigen Verantwortung schläft er nachts ausgezeichnet", beteuerte seine Frau **Nancy** in einem Interview der „Los Angeles Times". Für den gesunden Schlaf ihres Gatten hat Frau Reagan folgende Erklärung: „Ronald ist ein geborener Optimist." Wer eine „klar festgelegte Philosophie" hat, schläft „besser als jene, die noch nach einer suchen".

„Epikur" Ustinow

Peter Ustinow (63), Schauspieler und Filmregisseur, ist mit dem erstmals verliehenen Epikur-Preis geehrt worden. Die mit 10 000 Dollar dotierte Auszeichnung nahm der Allroundkünstler in Badgasteins Nobelherberge „Grand Hotel de l'Europe" entgegen. In seiner Festrede witzelte der Vielsprachige: „Ich bin sehr geehrt über diesen Preis. Nur leicht unruhig. Wer weiß, ob es nicht draußen eine unangenehme Nachricht gibt. Alles erinnert mich hier an 1914." Kaiserlich ging es an dem Gourmet-Wochenende wahrlich zu. Zu Klängen einer Wiener Damenkapelle servierten Kellner im Frack ein zwölfgängiges Galadiner. Unter den Gästen weilten der Schauspieler **Jean-Pierre Aumont, Fürst von Metternich, Nancy Chopard**, eine Erbin des Genfer Juweliers, **Prinzessin Anita Hohenberg, Graf d'Haramburg-Hohenberg** und Vertreter des österreichischen Kleinadels. Der „Club Epicure" wurde 1983 in der Schweiz unter der Präsidentschaft des ungarischen **Barons Laszlo Behns de Vilagos** gegründet.

Offenbacher Krankenhaus bleibt weiterhin geräumt

Brandursache unklar / Stromversorgung nicht gesichert

AP, Offenbach

Das Stadtkrankenhaus Offenbach ist auch vier Tage nach dem Brand im Zentralarchiv und der dadurch ausgelösten Evakuierung weiterhin geschlossen. Wie Sozialdezernent Wolfgang Reuter gestern erklärte, ist noch nicht abzusehen, wann die rund 900 Patienten, die am Freitag in einer zweistündigen Rettungsaktion aus dem 14geschossigen Haupttrakt gebracht worden waren, wieder in die Klinik zurückkehren können und der normale Krankenhausbetrieb aufgenommen werden kann. „Alle Zeitangaben sind Spekulationen", sagte Reuter. Auch über die Brandursache gebe es bisher lediglich Vermutungen, so die, daß das Feuer durch eine implodierende Neonröhre entstanden sei. Einen Nachweis dafür und auch für die Theorie über einen Kurzschluß in einem Kabelschacht im Keller gebe es nicht. Mit ziemlicher Sicherheit könne Brandstiftung ausgeschlossen werden. Die Höhe des Sachschadens sei noch nicht zu beziffern.

Es gebe eine „enorme Menge technischer Probleme", sagte Reuter. Im Zentralarchiv sei durch den Brand eine Kabelbrücke mit zahlreichen Zu- und Ableitungen der Hauptstromversorgung völlig zerstört worden. Teile des Hauptgebäudes könnten nur mit einem Notaggregat versorgt werden. Die Aufzüge funktionierten inzwischen wieder. Problematisch sei die Versorgung der oberen Stockwerke mit Wasser, da die Pumpen nicht den notwendigen Druck aufbrächten. Dennoch werde ein Notbetrieb aufrecht erhalten. Rund 300 Patienten seien auf andere Gebäude und Kliniken, wie beispielsweise die Kinderklinik des Stadtkrankenhauses, verlegt worden. Zahlreiche Patienten seien – soweit dies möglich war – nach Hause entlassen worden. Andere wurden in Krankenhäuser in der Umgebung gebracht, etwa nach Frankfurt, Darmstadt oder Hanau.

Einige Klinikgebäude, wie die Chirurgie und die Urologie, würden notdürftig betrieben. Im Altbau würden die eingemotteten Operationssäle wieder reaktiviert. In den Krankenzimmern des Haupttraktes sei der Schaden durch den durchziehenden Rauch offenbar gering geblieben. Nach einer gründlichen Reinigung seien sie wieder benutzbar. Schwieriger dürfte es mit den hochtechnischen Geräten in den Operationssälen sein. Bisher sei noch nicht abzusehen, welche Geräte durch den Qualm völlig unbrauchbar wurden und welche noch reparabel seien. Gerade deshalb lasse sich keine Schadenshöhe angeben. Der hessische Sozialminister habe der Stadt Hilfe des Landes Hessen zugesagt, erklärte Reuter.

Der 14geschossige Hauptgebäude war am Freitagvormittag auf Anordnung des Katastrophenstabes geräumt worden, nachdem in der Nacht im Zentralarchiv im Keller ein Brand ausgebrochen war. Zwar konnten die Feuerwehren aus Offenbach, Frankfurt und umliegenden Orten das Feuer unter Kontrolle bringen und am Mittag löschen. Doch wegen der durch das ganze Haus ziehenden dikken Rauchschwaden wurde das Haus unter Einsatz von über 1000 Helfern evakuiert.

Britische Veteranen schmetterten deutsche Hymne

CLAUS GEISSMAR, London

Daß britische Veteranen in der Kathedrale von Ipswich bei einem Treffen mit ehemaligen deutschen Gegnern zum Abschluß die deutsche Nationalhymne gesungen haben, hat Bonns Botschafter in London, Rüdiger von Wechmar, so beeindruckt, daß er Außenminister Genscher in einer Extra-Demarche davon berichtete. Wechmar: „Wenn so etwas möglich ist, beweist das, wieviel sich in Europa doch geändert hat."

Es ist 70 Jahre her, seit Kaiser Wilhelm II. im deutschen Hauptquartier in Aachen im August '14 einen Tagesbefehl veröffentlichen ließ. Der Kaiser forderte darin seine deutschen Truppen auf, die „verachtenswerte kleine Armee" des britischen Generals French zu vernichten. Der kaiserliche Befehl hat die Briten damals so tief getroffen, daß sie dieses Kaiserwort zu ihrem Ehrentitel gemacht haben. Umso mehr, als „The Old Contemptibles", die „Verachteten", die kaiserlichen Truppen schließlich unter schweren Opfern doch noch vernichtend geschlagen haben.

Heute leben noch 2000 dieser kleinen Armee. Fast alle sind mehr als 90 Jahre alt. Der älteste, George Stevenson (97) aus Plymouth, ist mit einer Enkelin des Generals zu den Schlachtfeldern von Flandern gefahren, um zum letzten Mal an den Gräbern seiner toten Kameraden zu stehen.

In Ipswich leben noch fünf der „Old Contemptibles". Ihrer Initiative ist es zu verdanken, daß das Kaiserwort von 1914 in Englands Geschichtsbüchern durch ein versöhnliches Schlußkapitel ergänzt werden muß. Zu Ehren ihrer deutschen Kameraden ließen die alten Soldaten nun in der St.-Matthäus-Kirche von Ipswich das Deutschlandlied erklingen. Die Nationalhymne der Deutschen, vier Strophen lang von einem voll besetzten Gotteshaus von der Gemeinde stehend mit dem Text eines englischen Kirchenliedes („Glorius Things of Thee Are Spoken") gesungen – das hat auch 70 Jahre nach den Schlachten des Ersten Weltkrieges viele Herzen bewegt.

Die „Old Contemptibles" haben bisher jedes Jahr einmal ihrer toten Kameraden gedacht. Den 70. Jahrestag hatten sie jetzt zum Anlaß genommen, die Parade von Ipswich als großen Schlußakt zu feiern. Eine weitere Parade wird es nicht mehr geben. Die Helden sind zu alt geworden.

Zu dieser Schlußapotheose luden die alten Kameraden unter anderem einen Deutschen ein, der ihnen damals in den Schützengräben Frankreichs gegenübergelegen hat: Herbert Sulzbach (90). Sein Leben spiegelt alle Wirren dieses Jahrhunderts wider. Als Soldat des Kaisers wurde Sulzbach mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet. Sein Buch über den Ersten Weltkrieg („Zwei lebende Mauern") wurde noch von den Nazis veröffentlicht – dann mußte Sulzbach als Jude fliehen. Bei seinen „Feinden" des Ersten Weltkrieges in England suchte er Schutz. Für Tausende von deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges ist Sulzbach zum großen Vorbild geworden. Als britischer Offizier warb er vom ersten Tag an für eine Aussöhnung beider Nationen. Danach sah er als deutscher Diplomat darin 30 Jahre lang seine Aufgabe.



Gegner, die längst Freunde geworden sind: die „Old Contemptibles" und der deutsche Diplomat Herbert Sulzbach (2. v. l.) FOTO: ANGLIA PRESS

Terence Prittie, der Deutschland 50 Jahre kritisch beobachtet hat, nennt Sulzbach in seinem jüngsten Buch („My Germans") „einen Deutschen, von dem ich weiß, daß er sofort in den Himmel kommt".

Und so saß dieser 90jährige deutsch-jüdische Soldat des Ersten Weltkrieges in einer christlichen Kirche von Ipswich, um Engländer die Melodie des Deutschlandliedes singen zu hören. Herbert Sulzbach trug alle Auszeichnungen, die ihm jemals verliehen worden sind. Vom Eisernen Kreuz des Kaisers über das Bundesverdienstkreuz und den Orden des britischen Empires. In einer kurzen Ansprache sagte er: „Mein Herz ist zu voll, um alles in Worte fassen zu können, was mich bewegt."

Sein britischer Kamerad James Clegg (91), der ihm vor 70 Jahren direkt gegenübergelegen hat, stand auf und sagte, was die „Old Contemptibles" heute fühlen: „Zwischen unseren Nationen ist seit Jahrzehnten Frieden entstanden. Laßt uns dafür beten, daß dieser gesegnete Zustand ewig andauern möge." (SAD)

Akademischer Grad wird nicht im Paß eingetragen

dpa, Koblenz

Ein Bürger hat keinen Anspruch darauf, daß in seinem Reisepaß neben seinem Namen auch der erworbene akademische Grad eingetragen wird. Das entschied das Koblenzer Verwaltungsgericht gestern. Das Recht des Bürgers, einen akademischen Titel zu führen, werde dadurch nicht beeinträchtigt, befanden die Richter. Schließlich diene ein Reiseausweis nicht dem Zweck, alle personenbezogenen Merkmale seines Inhabers wiederzugeben. In erster Linie verfolge ein solcher Paß die sicherheitsrechtlichen Interessen des Staates. Mit dieser Entscheidung wies das Gericht die Klage eines Diplom Politologen ab, der beantragt hatte, diesen Titel in seinen Reisepaß aufzunehmen. Der akademische Grad sei (im Gegensatz zum Doktortitel, d.Red.) kein Namensbestandteil. Deshalb werde der Kläger wegen der verweigerten Eintragung nicht in seinem sogenannten Namenführungsrecht verletzt.

Selbstjustiz in Nizza

SAD, Nizza

Übel erging es drei Lkw-Dieben, die bei Nizza in Südfrankreich einen Sattelschlepper mit 3000 Flaschen Kognak gestohlen hatten. Die Männer wurden von zwei bulligen Fernfahrern gestellt, verprügelt und dann gefesselt bei der Polizei abgeliefert. Die Verprügelten gehören zu einer Bande, die auf Lkw-Diebstähle spezialisiert war. Die „Rächer" sehen sich einem Verfahren wegen schwerer Körperverletzung ausgesetzt.

Python am Steuer

AP, Hamburg

Der Schreck ist dem Angestellten einer Leihwagenfirma in Hamburg gestern morgen in die Glieder gefahren, als er in einem am Flughafen abgestellten Wagen seines Unternehmens plötzlich eine Python-Schlange entdeckte. Der Wagen war einem Schlangenfänger vermittelt worden, der das ein Meter lange Reptil in das Zoologische Institut der Universität bringen wollte.

Rätselhafter Tod

SAD, Canandaigua

Michael Scott (16) saß gerade mit einer Freundin vor dem Fernseher, als er plötzlich einen Anfall bekam und tot umfiel. Neunzig Minuten später geschah das gleiche, als Michaels Mutter ihrem jüngeren Sohn Christopher (10), die Nachricht mitteilen wollte. Auch er fiel zu Boden und war auf der Stelle tot. Die Obduktion der beiden blieb ohne Resultat. Die Herzen der beiden Brüder sind inzwischen in das nationale Herzinstitut in Bethesda, US-Bundesstaat Maryland, gebracht worden, wo ein letzter Versuch unternommen werden soll, die Todesursache doch noch zu klären.

Beben in San Francisco

rtr, San Francisco

Die Ausläufer eines Seebebens, dessen Epizentrum etwa 320 Kilometer vor der nordkalifornischen Küste lag, haben am Sonntagabend San Francisco sowie weite Teile der amerikanischen Nordwestküste erschüttert. Das Beben erreichte eine Stärke von 6,4 auf der nach oben offenen Richter-Skala.

ZU GUTER LETZT

Zu lesen in der WELT: „Wie selbstverständlich übernahm Weltmeister Nelson Piquet (Brasilien) aus der Position des Trainingsschnellsten vor dem italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi die Führung."